

Karl-Heinz Ohlig

Zweitausend Jahre danach

Überlegungen zur Situation des Christentums

Die in ihren Anfängen palästinische und jüdische Jesusbewegung ging unmittelbar nach ihrer Entstehung in die hellenistische Welt des Römischen Reiches ein, inkulturierte sich dort, verbreitete sich in seinem Raum und wurde gegen Ende des vierten Jahrhunderts römische Staatsreligion. In dieser Zeit und in den nachfolgenden Jahrhunderten bildete es in Analogie zu Politik/Gesellschaft Strukturen und Organisation sowie eine komplexe Lehrtradition aus, vor allem zur Gottesfrage (Bini- und Trinität) und Christologie (Jesus ist Gott und Mensch). Alles dies wurde in das sich formierende abendländische Mittelalter vermittelt und, besonders seit Augustinus, mit lateinischen Vorstellungen verbunden und erweitert (Erbsünden- und Rechtfertigungslehre, Ekklesiologie und Sakramentenlehre). Diese Vorgaben bestimmten auch das Christentum der Neuzeit, trotz aller konfessionellen Varianten.

Dieses Christentum war sehr effektiv, prägte die europäischen Gesellschaften und legte die Basis für seine weltweite Verbreitung im Zusammenhang mit der europäischen Dominanz und Kolonialpolitik. Diese Mission war sehr erfolgreich, so dass das Christentum zum einen heute die zahlenmäßig größte Religion darstellt, und die Mehrheit seiner Mitglieder mittlerweile außerhalb der europäischen oder westlichen Welt lebt. Diese Christen in Asien, Lateinamerika und Afrika bringen zwar durchaus erste erkennbare Ansätze einer kulturspezifischen Aneignung („afrikanische“, „indische“, „chinesische“, „lateinamerikanische“ Theologie) ins Spiel, sind aber grundsätzlich von der Theologie der europäischen Mission geprägt.

Aus dem Blick der westlichen Theologie geriet die ebenfalls beachtliche Verbreitung des Christentums im aramäischen und persischen Raum vom Euphrat bis Indien. Erst in neuerer Zeit finden die dortigen Entwicklungen eine erste Aufmerksamkeit und zeigen uns eine andersartige inkulturierte Theologie, die auch Basis der koranischen Bewegung war.

Seit einiger Zeit aber häufen sich die Probleme für das Christentum in der westlichen Welt (noch nicht so sehr in den außereuropäischen Kulturen). Die Mitgliederzahlen schrumpfen, in den Gottesdiensten sind junge Menschen und im Beruf stehende Erwachsene kaum noch zu finden, bisher unbefragt rezipierte theologische Überzeugungen und ethische Normen verlieren ihre frühere Geltung.

Man mag das auf den Priestermangel und die verfehlte amtskirchliche Reaktion auf dieses Phänomen zurückführen. Und tatsächlich lässt die jetzt praktizierte Umstrukturierung der Gemeinden – entsprechend der Zahl der noch aktiven Priester – zu Großgebilden eine Entwicklung erkennen, die sich in naher Zukunft noch verstärken wird und die wahrnehmbare Präsenz der Kirche vor Ort auf ein nicht mehr effizientes Minimum reduziert.

Doch ist das nicht die einzige Ursache für den bedrohlichen Schrumpfungsprozess. Eine große Rolle spielt auch, dass die traditionellen Dogmen (und Ethiken) so wie vor hunderten von Jahren unbefragt weiter verkündet werden und die Gestalt der Gottesdienste bestimmen.

Dies kann jeder, der will, in den Weihnachtsgottesdiensten aller Konfessionen erfahren: In Liturgie und Predigt dominiert ein Thema: Gott wurde Mensch, der neugeborene Jesus ist zugleich Gott. Hierbei wird keinerlei Rücksicht darauf genommen, dass gerade an Weihnachten viele den Gottesdienst besuchen, die das ansonsten nicht – oder ganz selten – tun. Sie werden dann mit einer mythischen Welt verflüsselter Zeiten konfrontiert und ohne interpretative Hilfestellung gelassen, die ihnen einen Weg zu einem Christsein aufzeigen könnte, das für sie realisierbar wäre.

Oder: In den bevorstehenden Lutherfeiern wird zwar auch, wie man hört, von den Schwächen und Zeitbedingtheiten des Reformators die Rede sein. Aber man darf erwarten, dass in Ansprachen und Beiträgen zum Zentrum seiner Theologie, zu seiner Rechtfertigungslehre, diese mit Verve bekräftigt wird, ohne eine differenzierte Aussage zu ihrer unbiblischen und mythischen Basis, die alles trägt, zur Erbsündenlehre des Augustinus, zu versuchen.

Dabei hätte des Christentum eine Chance, die andere Religionen, z.B. der Islam, nicht kennen: Im christlichen Raum und mit starker Mitwirkung von Theologen ist die Aufklärung entstanden und hat auch in der Theologie ihre Wirkungen entfaltet: Alles muss sich vor dem Forum der Vernunft rechtfertigen können, und die traditionellen Überzeugungen müssen hinsichtlich ihrer Entstehung und Verbreitung mit den Methoden der historischen Kritik untersucht und analysiert werden.

Das hat Folgen für die bisher fraglos als zum „Glauben der Kirche“ gehörenden Dogmen. Die historisch-kritische Bibelwissenschaft zeigt, dass so gut wie keines von ihnen eine biblische Grundlage hat, weder z.B. die Trinität noch die Erbsündenlehre. Lediglich die Vergottung Jesu findet sich in späten, schon vom hellenistischen Denken bestimmten neutestamentlichen Texten (Johannesevangelium, Deuteropaulinen), aber es wird deutlich, dass auch sie nicht zu den Anfängen des Christentums gehörte.

Diese Defizite versucht man, mittels des Schemas „implizit-explizit“ zu umgehen: Irgendwelche Passagen bieten angeblich „implizite“, d.h. noch nicht begrifflich entfaltete Hinweise auf das spätere Dogma, die dann im Verlauf der folgenden Jahrhunderte differenziert („explizit“) formuliert wurden. Mit diesem Schema kann man alles machen, immer findet sich eine Assoziation, die ausgebeutet werden kann. Aber es ist wissenschaftlich ohne Wert. Wie soll man z.B. aus der Gottesanrede Jesu („Vater“), die zur Zeit des Frühjudentums, in der Jesus lebte, vielfach üblich war, auf eine göttliche (naturale) Sohnschaft Jesu schließen

können? Oder wie soll die durchaus auch in der Bibel nachweisbare Überzeugung, dass die Menschheitsgeschichte (auch) eine Sündengeschichte ist, auf eine Erbsünde kommen?

Seit der Aufklärung wird nicht nur die Bibel, sondern auch die nachneutestamentliche Geschichte der Dogmenentwicklung untersucht. Damit lässt sich mittlerweile der Weg zur Ausbildung bestimmter dogmatischer Überzeugungen aufzeigen und ihre Ursachen und Motive bestimmen. Diese sind samt und sonders aus den zeitgeschichtlich und regional wirksamen Sehnsüchten, Interessen und Wissensständen hervorgegangen, sie sind also kulturbedingt. Die kulturellen Kontexte sind die Ursachen für die Ausbildung der Dogmen.

Das heißt: Es werden Fragen aufgegriffen und entsprechend den damaligen kulturellen Gegebenheiten „geklärt“, die die ursprünglichen christlichen Auffassungen von Gott und Jesus verfremden, sie „hellenisieren“ oder – später – „latinisieren“.

Mit anderen Worten: das Christentum steht heute vor einer wahrhaftig schwierigen Aufgabe, es muss das Gesamt der tradierten Überzeugungen, von denen man annahm, dass sie wesentlich zum Christentum gehören, mit den Erkenntnissen wissenschaftlicher Untersuchungen verbinden. Das bedeutet nicht, dass die alten Dogmen fallen gelassen werden müssten. Aber sie sollten so vermittelt werden, dass deutlich wird, dass in ihnen Christen früherer Zeiten in ihren Denkhorizonten nicht anders sprechen konnten und ihren Glauben auf diese überlieferte Weise verstehen mussten. Und dass das, was sie so ausgedrückt haben, der Tendenz und Aussageabsicht nach auch heute noch gilt (und normativ ist), obwohl wir ganz andere Fragen und Ausdrucksweisen haben. Es geht also nicht um Ablehnung, sondern um Vermittlung.

Diese ist dringend erforderlich. Wie auch empirische Untersuchungen zeigen, können viele Christen mit den Elementen des traditionellen Lehrgebäudes nichts mehr anfangen. Zwar forschen sie nicht historisch-kritisch, aber das Lebensgefühl

und die kulturellen Kontexte haben sich verändert. Wenn sie – wie an Weihnachten – Gottesdienste besuchen, werden sie mit einer fremden Welt konfrontiert, nicht selten mit negativem Resultat: Sie werden in der Meinung bestätigt, dass dies nichts mit ihnen zu tun hat. Ein wenig Vermittlung und Hilfestellung – so holprig sie auch sein mag – ist dringend erforderlich, wenn sich der Schrumpfungsprozess nicht rapide weiter verstärken soll.

Werner Müller

Anstatt einer Buchbesprechung

Präfekt der Glaubenskongregation outet sich als Kulturpessimist und schlechter Theologe

An Interview-Büchern prominenter römisch-katholischer Kirchenmänner herrscht wahrlich kein Mangel. Allein der emeritierte Papst Benedikt XVI./ Joseph Ratzinger hat derer schon vier herausgebracht: „Salz der Erde“, „Gott und die Welt“, „Licht der Welt“ und zuletzt „Letzte Gespräche“, jeweils mit dem Journalisten Peter Seewald. Der amtierende Papst Franziskus hat es bisher auf zwei gebracht: „Der Name Gottes ist Barmherzigkeit“ und „Interviews mit Papst Franziskus“ (herausgegeben ebenfalls von einem Journalisten, dem Chefredakteur der KNA). Der Bischof von Mainz, Kardinal Karl Lehmann, hat sich zu seinem Abschied an Ostern 2016 ebenfalls ein Gesprächsbuch abringen lassen („Mit langem Atem“), und zwar von dem früheren ZDF-Intendanten Markus Schächter. Da konnte und wollte der derzeitige Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre, Gerhard Kardinal Müller,

nicht zurückstehen. Nachdem er schon 2012 ein Gesprächsbuch über „Gott und seine Geschichte“ mit gleich zwei Journalisten verfertigt hat, legt er nun Gespräche mit dem spanischen Alttestamentler Carlos Granada vor, die auf Spanisch geführt („Informe sobre la Esperanza“) und unter dem Titel „Die Botschaft der Hoffnung“ ins Deutsche übersetzt wurden (Herder Verlag, Freiburg 2016, 280 S. 24,99 €).

Nicht nur weil der Rezensent gegen Interviews allergisch ist, die länger als eine Zeitungsseite sind, auch nicht allein weil ihm das Foto auf dem Cover des Buches, das Kardinal Müller, in leuchtendem Rot-Schwarz, neben, genauer: leicht erhöht gegenüber dem Papst in schlichtem Weiß zeigt, missfällt – der Rezensent ist auch allergisch gegen eine subtile Symbolik, die mehr als Worte sagt, wer das Sagen haben soll –, hat er auf den Kauf des Buchs verzichtet, sogar auf ein geschenktes Rezensionsexemplar. Die im Internet zu findende Leseprobe reicht vollauf, zumal es eine ausführliche Besprechung in der FAZ vom 8. Okt. 2016 gibt.

Doch schauen wir uns zunächst die online verfügbare Einführung an. Da wird gleich in der ersten Frage - die aus einem schlichten Satz von Papst Franziskus („Lasst euch nicht die Hoffnung rauben, die Jesus gibt!“) in einer für einen Exegeten doch sehr erstaunlichen Hermeneutik die „Forderung nach einer Hoffnung, die weit über den naiven Optimismus hinausgeht“, ableitet – der Grundakkord des ganzen Buchs angeschlagen: Christliche Hoffnung steht in scharfem Gegensatz zu „naivem Optimismus“ (wenn man als geneigter Leser den bestimmten Artikel an dieser Stelle als Übersetzungsfehler nicht dem Autor anrechnet: was soll „der“ naive Optimismus denn sein? Wo findet er sich? Und wieso „naiv“?). Man darf wohl auch annehmen, dass die Frage, die von vornherein diesen Gegensatz impliziert, „bestellt“ ist; jeder ordentliche, neugierige Interviewer hätte als Anwalt potentieller Leserinnen und Leser wohl gefragt, was die christliche Botschaft zu den „kleinen“ Hoffnungen heutiger Menschen zu sagen hat – etwa auf einen ordentlichen Arbeitsplatz, Gesundung von Krankheit,

befriedigende soziale Beziehungen, friedliche Verhältnisse in der näheren und weiteren Umgebung, auf ein Ende der Kriege in der Welt insgesamt usw. Stattdessen werden diese von vornherein denunziert als ungenügend. Der antwortende Kardinal spricht zwar auch von solchen „natürlichen Hoffnungen“, wie sie etwa in der „Erfahrung der Liebe“ oder der Geburt eines Kindes stecken, weiß aber sofort: Sie „greifen, für sich genommen, zu kurz“ (8). „Wir können sie nur deshalb annehmen, weil in ihnen schon jetzt die große Hoffnung aufstrahlt, an die uns“ – und jetzt kommt nicht etwa Jesus ins Spiel und ins Wort, sondern: „... Papst Franziskus...und auch der emeritierte Papst Benedikt XVI. ... erinnert haben“. Abgesehen davon, dass es Verliebten und jungen Eltern ziemlich egal sein dürfte, ob „wir“ – d.h. wohl der Kardinal und seine Kollegen, meinetwegen auch alle Katholiken – ihre Hoffnungen annehmen oder nicht, wird hier, in der klassischen dogmatischen Terminologie gesprochen, ein Verhältnis von „Natur“ und „Gnade“ angesetzt, das sogar der Scholastik seit Thomas von Aquin Hohn spricht. Als Theologiestudenten haben wir gelernt, dass die Gnade die Natur voraussetzt (supponit), sie nicht zerstört (destruit), sondern vollendet (perficit); ein vom Verlag als „herausragendste Persönlichkeit der zeitgenössischen Theologie“ angepriesener Kardinal, stellt dieses kleine Einmaleins der katholischen Dogmatik auf den Kopf, wenn er die christliche Hoffnungsbotschaft vorstellt.

Eigentlich hat man an dieser Stelle schon genug von der Müllerschen Hoffnungsbotschaft. Liest man trotzdem noch etwas weiter, wird's nicht besser. Jetzt kommt nämlich „die heutige Krise der Hoffnung“ aufs Tapet. In dem folgenden Krisengerede wimmelt es nur so von „Ismen“ – Hedonismus, Agnostizismus, Nihilismus usw. -, dem als Antwort darauf gemeinten dogmatischen Wortgeklingel (in dem u.a. gesagt wird, dass die Trinität „uns unsere trinitarische Beschaffenheit [sic!] enthüllt“, die im Gegensatz zum „Angebot der westlichen Gesellschaft“ stehen soll (vgl. 12)), lässt sich als Grund der Hoffungs Krise entnehmen, dass die westliche Kultur sich eingeredet habe, sie

brauche Gott nicht als Fundament des Seins und des Menschen; sie habe deshalb nicht nur den Glauben, sondern auch die Hoffnung verloren.

Als Leser hat man spätestens jetzt die Lust verloren weiterzulesen, weil der natürliche bzw. gesunde Menschenverstand einem so viele Gegenfragen aufdrängt, denen in dieser abenteuerlichen Hermeneutik der heutigen Gesellschaft und Kultur und dogmatischen Theologie geradezu akrobatisch ausgewichen wird. Wenn man sie stellen könnte, bekäme man sicherlich zur Antwort, dass sie „zu kurz“ greifen.

Um nicht den Fehler zu begehen, vom Vorwort auf das ganze Buch zu schließen, greifen wir sicherheitshalber doch noch auf eine Besprechung des gesamten Buchs zurück. Ein früherer Professorenkollege von Kardinal Müller, der bis zu seiner Ernennung zum Bischof von Regensburg 2002 Dogmatikprofessor an der Universität München war, hat in der FAZ vom 8. Oktober 2016 einen „Verriss“ veröffentlicht („Ein konservativer Rebell macht Politik“, S. 12), der die obige Kritik anhand des Vorworts mehr als bestätigt. Friedrich Wilhelm Graf, der an derselben Universität, allerdings in der evangelischen Nachbarfakultät, ab 1999 Professor für Systematische Theologie und Ethik und somit drei Jahre lang sein evangelisches Pendant war, ist für seine Polemiken gegen die Amtsträger seiner eigenen Kirche berühmt und berüchtigt; er schont auch nicht seinen früheren Kollegen, der zum obersten katholischen Glaubenshüter aufgestiegen ist.

Laut Graf geht es in dem Buch von Müller, entgegen dem Titel (und dem, was wir im Vorwort gefunden haben) „um eine kritische Diagnose unserer heutigen Gesellschaft und die entschiedene Korrektur von Fehlentwicklungen in seiner Kirche“ – die er übrigens immer „die Kirche“ nennt. „Müller macht Kirchenpolitik, indem er wenig klare spontane Aussagen von Papst Franziskus vor ‚Fehldeutungen‘ schützt und die Ergebnisse der Familiensynode 2015 erläutert“. So etwas unter dem Titel „Die Botschaft des Glaubens“ zu verkaufen, so ist m. E. zu ergänzen, kann nur einem Marketingstrategen eines katholischen

Verlagshauses einfallen. Der „leider schlecht lektorierte Text“ sei dennoch wichtig, meint Graf, „denn Müller gibt offenherzig, bisweilen auch geschwätzig Einblick in seine ganz eigene Art kirchen- wie allgemeinpolitischen Denkens. Hier äußert sich ein konservativer Rebell mit starkem antiliberalem Ressentiment, der in den ... Christentümern der Moderne nur Verfall und ‚Dekadenz‘ sehen kann.“

Den theologischen Ansatzpunkt für diese durchgehend negative Qualifizierung unserer modernen Gesellschaft und Kultur haben wir schon im Vorwort ausmachen können. Graf bescheinigt Müller darüber hinaus in theologiegeschichtlicher Hinsicht (besonders zu Schleiermacher und Loisy) „wenig Sachkenntnis“. „Man hätte sich den Präfekten der Glaubenskongregation gern theologisch gebildeter vorgestellt“.

Graf spießt dann den bereits im Vorwort festzustellenden Kulturpessimismus Müllers pointiert auf: Die „westlichen Gesellschaften“ seien beherrscht von dem „immer ausgedehnteren Götzenkult der Ideologien, des Sex, des Image und der Nation“. Hier lebten die Menschen nur in Unfreiheit und Ängsten, die sie durch die bereits genannten Ismen zu überspielen suchten. Sie seien nach dem Zusammenbruch der totalitären Ideologien „einer neuen Diktatur verfallen, nämlich der beherrschenden Leitkultur des Techno-Szientismus und des konsumorientierten Individualismus“. Fortwährend spricht Müller von der „aggressiv laizistischen Welt“ bzw. einem „Laizismus“, der mit der „Säkularisierung des Staates“ die öffentliche Wirksamkeit „der Kirche“ einschränken wolle. Die „heutigen Ultraliberalen“ seien nur „Feinde der Kirche“.

„In biologistischer und medizinischer Sprache macht seine ‚gesunde katholische Theologie‘ [wie gesund, siehe oben] gegen diese „Feinde“, die das ‚Virus der modernen Ideologien‘ auch in der Kirche selbst verbreiten,... an gleich mehreren ‚Fronten‘ mobil“- mit den Waffen des ‚göttlichen Rechts‘ und des ‚von der Offenbarung erleuchteten Lehramts der Kirche‘. „Als Gegenmittel empfiehlt Müller: ‚kinderreiche Familien‘, aktive Bekämpfung des Geburtenrückgangs... und harte Absage an die ‚Mainstreamideologie, die Wünsche mit subjektiven Rechten verwechselt‘. Nur

als ‚pervers‘ gelten auch die ‚Kunstwerke der Avantgarde‘ [nach einem Besuch im Kölner Dom neulich fällt mir da spontan das Kirchenfenster von Gerhard Richter ein!], die ‚Genderideologie‘ und jene ‚sündigen Verhältnisse‘, in denen Menschen gleichen Geschlechts einander lieben“.

Als protestantischer Theologe stellt Graf etliche Rückfragen - denen es vermutlich genau so ergehen dürfte wie denen des gesunden Menschenverstands: sie werden vermutlich als „zu kurz“ greifend zurückgewiesen. Graf ist erstaunt über diese Positionen Müllers angesichts seiner theologischen Herkunft: „Mit Benedikt XVI. empfiehlt der einst bei Karl Lehmann mit einer Bonhoeffer-Arbeit promovierte Dogmatiker [zu ergänzen wäre: und auch bei Lehmann 1985 in Freiburg habilitierte] seiner Kirche, sich in ‚der politisch korrekten westlichen Welt‘ auch gegen den säkularen Staat als ‚kreative Minderheit‘ zu verstehen. Es dürften ‚keine verbürgerlichten Predigten über die Barmherzigkeit‘ mehr gehalten werden...“. Fazit: „Seine Kritik der Gegenwart ist auf einen sektiererisch eifernden Grundton gestimmt, der bisweilen an die antiwestliche Rhetorik islamistischer Prediger erinnert“.

Die innerkirchlichen Positionen Müllers erstaunen den protestantischen Theologen kaum: „Neben der zur Unfehlbarkeit gesteigerten Institutionalität des päpstlichen Lehramts (betont er) auch das Amtscharisma des Geweihten: ‚Nur die Hirten haben das Charisma der Unterscheidung‘“ – welches er dem offenbar geweihten Fragesteller aber praktisch nicht zubilligt. Graf sieht darin einen „durchaus modernen Dezisionismus. ‚Wir wirken Gott, weil wir wollen, was Gott will““. In der Sicht reformatorischer Theologie, für die die rechte Unterscheidung zwischen Gott und Menschen den Theologen ausmacht, ist Graf's Schlusssatz ein vernichtendes Urteil: „Früher wusste man in Rom zwischen Gott und sich selbst prägnanter zu unterscheiden“.

Johannes Schmitt

Allein das Gewissen

Zu: Willi Winkler, Luther. Ein deutscher Rebell, Berlin (Rowohlt Verlag) 2016, 540 S., ISBN 9783871348

Willi Winkler, mit zahlreichen Preisen ausgezeichnete „linksliberaler“ Journalist, zur Zeit Mitarbeiter der Süddeutschen Zeitung, Autor mehrerer Sachbücher, beendet seine Luther-Monographie mit dem wohl eher augenzwinkernd-ironischen Ratschlag, Papst Franziskus möge den Reformator Luther im Jahre 2017 als Heiligen ob seiner Verdienste „zur Ehre der Altäre erheben“, zumal als Dank dafür, dass dieser „Heilige“ die katholische „durch und durch korrupte vollkommen verweltlichte Kirche zur Reform gezwungen“ und „ihre Lebenszeit bis heute verlängert“ habe (S. 562). Damit dokumentiert er augenfällig die bis heute andauernde historische Verschränkung von Protestantismus und Katholizismus.

Der Autor – so die eher plakativ-werbewirksam gedachten Zielvorstellungen im Klappentext – bezeichnet und qualifiziert Luther, weit überzogen, als den „größten Rebell, den die deutsche Geschichte aufzuweisen hat“. Er habe mit den später legendenhaft-stilisierten Hammerschlägen an die Schlosskirche zu Wittenberg am 31. Oktober 1517 das „Mittelalter beendet“, zugleich mit der „von ihm angestoßenen Reformation“ einen „ungeheuren Modernisierungsschub“ – auch dies ein weit überzogenes Urteil – bewirkt.

Winklers Luther-Buch – ein Torso

Ob allerdings – so der Klappentext schließend – „die große Biographie zum Reformationsjahr, die alle Anlagen zum Klassiker hat“, diese Erwartungen erfüllt, mag füglich bezweifelt werden. Denn so relativiert Willi Winkler selbst in einem Interview mit der FAZ (22.08.2016): Ursprünglich sei gedacht gewesen eine

„Geschichte der Renaissance“ zu verfassen. Von daher erklärt sich wohl auch, dass wesentliche zur Reformation gehörende Ereigniszusammenhänge fehlen bzw. nur kurz notiert sind: So etwa – unsystematisch aufgelistet: die Prinzipien des reformatorischen Glaubens, verkürzt schlagwortartig „Sola Fide“, „Sola Gratia“ und „Sola Scriptura“; die europäische Dimension: Calvin und Zwingli; die Reformation in den Reichsstädten; einzelne in Netzwerken sich verbindende Reformatoren; die „Confessio Augustana“ (1530), die den „Lutherischen Glauben“ zuerst dogmatisch fixierte, die Errichtung des landesherrlichen Kirchenregiments; der Augsburger Religionsfriede, der das Prinzip: „Cuius Regio, Eius Religio“ reichsrechtlich verbindlich festzulegen suchte, allerdings umstritten war und in die Religionskriege und Konfessionskämpfe mündete, kulminierend in dem Deutschland und Mitteleuropa verheerenden Dreißigjährigen Krieg.

Biographische Momente

Die Darstellung Willi Winklers ist keine Biographie im klassischen Sinne, die aus den Charaktereigenschaften, den Haltungen und Wertvorstellungen des handelnden Protagonisten historischer Personen, sukzessive der Chronologie folgend und an diese gebunden, erklärt und verständlich macht, sondern der Autor misstraut gewissermaßen diesem biographischen Verfahren, kann er doch an für Luther relevanten biographischen Knoten- und Wendpunkten: an dem „Bekehrungserlebnis“ infolge eines Blitzschlages und dem so genannten „Turmerlebnis“ (Erfahrung des unmittelbaren Zusammenhangs von „Glaube“ und „Gnade“) verdeutlichen, dass erst der „spätere“ Luther in seinen „Tischgesprächen“ und Briefen einen „roten Faden“ der Sinndeutung und des Sinnzusammenhangs konstruierte. So ist etwa seine Pilgerschaft nach Rom im Jahre 1510 oder 1511(?) – sie bildete die Negativfolie zum Niedergang des Papsttums – mit keinem Dokument belegbar, sondern ein in erster Linie interessegeleitetes Erinnerungskonstrukt.

Psychologische Momente

Und dennoch kommt Willi Winkler auch nicht umhin, überwiegend psychologische Momente heranzuziehen und zu indizieren, die Luther in dem Vater-Sohn-Konflikt bewegten, das Jurastudium aufzugeben, die Welt zu verlassen und in ein Kloster einzutreten. Der „Erlösungshunger“ habe ihn in ein Kloster getrieben (S. 138), zudem die für sich reklamierte Vorstellung, dass das „ganze Leben des Glaubenden Buße zu sein habe“ (S. 111). Zeitlebens fühlt sich der Reformator „vom Teufel regelrecht besessen“ (S. 53), hält dessen physische Präsenz bis zu seinem Tode für bedrohlich, der Papst gilt als teuflische Inkarnation. So gewissermaßen dem Mittelalter verhaftet, kommt Luther in dieser Beziehung nicht „vom katholischen Teufel los“ (S. 53).

Verstärkt scheint diese psychische Disposition durch eine depressive Veranlagung, die viele Zeitereignisse zeichenhaft der Endzeit, der Apokalypse, zuordnete: etwa Seuchen wie die damals aufkommende und sich rasant verbreitende Syphilis als „Geißel Gottes“ und die immer noch grassierende Pest, der Ansturm des türkischen Islam auf Mitteleuropa, das Papsttum als personifizierter Antichrist. Die Frühe Neuzeit um 1500 ist – und Luther ist darin tief und fest eingebunden – eine „Zeit apokalyptischer Wahnideen und der heillosen Strafangst“ (S. 72), das „Bewusstsein, in einer Endzeit zu leben, ist weit verbreitet“ (S. 71).

Luther selbst braucht lange, um zeitweise „frei von Angst zu werden“ (S. 153). Durch das Studium der Heiligen Schrift und vor allem der Paulus-Briefe gewinnt er aber die befreiende Erkenntnis: „Wer glaubt, kann selig werden, und muss Gottes Gerechtigkeit nicht fürchten“ (S. 153): Dem Glauben, „sola fide“, folgt die Gnade, „sola gratia“, plakativ und verkürzt als reformatorischer Sinnspruch und Slogan formuliert.

Spätmittelalterliche „Frömmigkeit und Erlösungsindustrie“

Die meisten Zeitgenossen Luthers indes bedienten sich zur Erlangung eines Platzes im Himmel in ihrer „massenhysterischen Angstneurose“ (S. 82) der diversen Angebote einer wachsenden und blühenden „Frömmigkeitsindustrie“ (S. 79). Dazu

zählten der immer mehr ausufernde Heiligenkult, sich manifestierend in einer hypertrophen Reliquienverehrung und dem anschwellenden Wallfahrtswesen. So besaß Albrecht von Brandenburg, zuletzt Erzbischof von Mainz, von Luther in seiner grobianischen Redeweise als „Scheißbischoff“ (S. 481) tituliert – er wurde Luthers Antagonist im Ablassstreit – rund 29.000 Reliquienpartikel, mit denen man 40 Millionen Jahre Fegefeuer hätte ablösen können. Selbst Friedrich der Weise von Sachsen, der als Kurfürst des Reiches seine Hand über seinen Mönch und Professor hielt und somit indirekt die Reformation deckte und förderte, disponierte noch in der Hochzeit der Reformation über circa 20.000 Reliquien. Im Zentrum dieser spätmittelalterlichen „Erlösungsindustrie“ (S. 115), die, so Winkler, „gnadenlos mit dem Schrecken operierte“ (S. 115 f.), stand das Ablasswesen: Mit der „Erfindung“ des Fegefeuers, nach Jan Hus „eine Erfindung der habgierigen Priester“ im Hochmittelalter (S. 111), bot die Kirche die zunehmend von ihr exzessiv genutzte Möglichkeit, zeitliche Sündenstrafen, die im Fegefeuer abgegolten werden sollten, für den Ablassnehmer oder dessen Angehörige auch durch Geldzahlung, die in der Regel zum Ablass gehörte, abzulösen und damit früher in den Himmel zu gelangen. Später trivialisiert und popularisiert zu der Losung und dem Motto: „Wenn das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!“

Luther und der Ablassstreit

Als Albrecht von Brandenburg zu seinen Bistümern noch das Erzbistum Mainz gegen geltendes Kirchenrecht kumulieren wollte, brauchte er dazu eine päpstliche Dispens, die nur durch eine enorme Geldzahlung erteilt werden konnte. Da ihm aber die Gulden und Dukaten dafür notorisch fehlten, schrieb der Papst zugunsten Albrechts einen Ablass aus, den der Dominikanermönch Tetzl „verkaufen“ sollte. An den finanziellen Transaktionen zwischen Papst und Erzbischof war, wie dies häufiger der Fall war, auch das Augsburger Bankhaus und Handelsunternehmen Fugger – damals

schon sozusagen in globaler Weise agierend – beteiligt.

Luther selbst erfuhr von diesem ihn provozierenden akuten Fall des „fiskalischen Gnadensystems“, und dies wurde für ihn Anlass, sich zunächst wissenschaftlich-theologisch damit auseinanderzusetzen und deshalb zu einer öffentlichen Diskussion einzuladen. Luther hat zwar nicht seine dazu in Latein formulierten 95 Thesen am 31. Oktober 1517 mit wuchtigen Hammerschlägen an der Wittenberger Schlosskirche, wie später legendenhaft und als „Mythologisierung des Hammerschlages“ (S. 163) ausgeschmückt, angeschlagen, sondern zunächst die akademische Öffentlichkeit zur Diskussion eingeladen.

Aber diese Thesen wurden – zumal aus der Perspektive der folgenden Ereignisse – zum reformatorischen Fanal: In Windeseile ins Deutsche übersetzt und verbreitet, löste dieser letztlich gegen die Amtskirche, Papst und Bischöfe, gerichtete Angriff eine bis dahin nicht bekannte Polarisierung der Öffentlichkeit aus. Begünstigt wurde diese durch die gleichzeitig sich vollziehende „Medienrevolution“: Der Buchdruck ermöglichte die schnelle Verbreitung durch Plakate, Anschläge, Flugschriften, Pamphlete und polemische Schriften, oft durch Holzschnitte und Kupferstiche für Lesensunkundige, Illiterate, illustriert. Dabei übernahm das „Vermarktungs-genie“, der Maler Lucas Cranach, eine entscheidende Rolle bei der medialen Vermittlung, wie man heute formulieren würde, da er gewissermaßen Luther zeit seines Lebens „ins Bild“ setzte (S. 331 ff.) und somit popularisierte. In der Folge wurden Luthers Thesen – und auch das erscheint als „revolutionär“ neu – „auf dem Markt diskutiert“ (S. 260) und auch zunehmend im Ausland verbreitet.

Bis 1520 hatte Luther sich in drei grundlegenden Schriften, zwei davon in Deutsch, gezwungen gesehen, in dem Ablassstreit eine weitergehende grundsätzliche theologisch neue Position zu erarbeiten, auch induziert und verstärkt durch die Augsburger Anhörung durch den päpstlichen Legaten Kardinal Cajetan (1518) und durch die öffentliche Diskussion mit Johannes Eck (1519).

Mit den neuen, nun schon „reformatorisch“ zu bezeichnenden

Prinzipien: „Sola Gratia“ und „Sola Fide“ war nicht nur das Ablasswesen zentral getroffen und beiseite gefegt, sondern Luther – und dies galt nun als direkter Angriff auf das Papsttum – berief sich zur Begründung allein auf die Schrift, in erster Linie also auf das Neue Testament. Das Prinzip „Sola Scriptura“ traf zentral die Autorität, Souveränität und den eingeforderten Primat des Nachfolgers Petri. Luther – und hier sind die Grundlagen für eine neue Kirche gelegt – bestritt somit die in seiner Sicht usurpierte Kompetenz des Stellvertreters Christi, für die Gläubigen verbindlich, angeleitet durch den Heiligen Geist, die Offenbarungen der Heiligen Schrift auszulegen. Da das Papsttum „nie irdischer“ war – so Winkler – „als in dieser Zeitenwende“, war die massive Zentral-Attacke auf das römische Papsttum deutschlandweit „populär“, weil er „Partei für Deutschland gegen Rom ergreift“ (S. 281), also im Ansatz schon eine „nationale“, besser, „protonationale“, Funktion wahrnahm.

Der römische Prozess

Seit dem Juni 1518 wurde Luther der „Prozess“ an der römischen Kurie „gemacht“. Sein Landesherr, Kurfürst Friedrich der Weise, aber verhinderte dabei, bedacht auf seine reichstädtische „Libertät“, dass Luther nach Rom ausgeliefert wurde, sondern zunächst auf Reichsboden zu verhören war. Die Verbindung Luthers zu seinem Landesherrn, dem Kurfürsten, lief damals wie später über dessen Hofkaplan, Berater und Beichtvater, Georg Spalatin, dessen „Rolle in der Reformation (...) nicht groß genug geschildert“ werden kann (S. 343). Für Willi Winkler figurierte er deshalb sogar „als Chefagent der Reformation“ (S. 344). Friedrich der Weise schaffte es sogar, seine Hand über Luther zu halten und den Prozess an der Kurie zu verzögern, als seine Kurfürstenstimme bei der Wahl Karls V. zum deutschen König gefragt schien. Aber im Juni 1520 wurde dann doch Luther der Kirchenbann angedroht und seine Reaktion, die Verbrennung der Bannbulle, beantwortete der Papst mit Exkommunikation des Ketzers Luther im Januar 1521.

Luther auf dem Reichstag zu Worms

Obwohl nach dem Kirchenbann auch die Reichsacht gegen den Ketzer Luther verhängt und vollstreckt werden sollte, gelang es Friedrich dem Weisen durchzusetzen, dass sein Untertan seine Haltung einem Reichstag vortragen durfte. Dies sollte im April 1521 in Worms stattfinden, und Luther erhielt dafür freies Geleit. Seine Fahrt von Wittenberg an den Oberrhein auf einem zweirädrigen Ochsenkarren glich in Stadt und Land einem wahren Triumphzug und dokumentierte eindrucksvoll die Popularität des Reformators. Vom Reichstag verhöhrt und aufgefordert zu widerrufen, erklärte Luther am 18. April 1521, im Wissen, dass dies seinen Tod zur Folge haben könnte: „(...) solange mein Gewissen durch die Worte Gottes gefangen ist, kann und will ich nicht widerrufen, weil es unsicher ist und die Seligkeit bedroht, etwas gegen das Gewissen zu tun“ (S. 400). Willi Winkler sieht darin zu Recht „den großen Moment des Protestantismus“ (S. 400). Das Gewissen, „capta conscientia in verbis Dei“ (S. 401), wird „zum Leitbegriff einer erneuerten Religiosität“ (S. 404), zum reformatorischen Prinzip, das die anderen: Gratia, Fides, Scriptura gewissermaßen überwölbt.

Lutherdeutsch

Das Wormser Edikt (Mai 1521) – Luther war nun als „vogelfrei“ erklärt – wurde allerdings nie vollstreckt, Friedrich der Weise entzog ihm der weltlichen Justiz und ließ ihn zunächst auf die Wartburg „entführen“. Dort lebte Luther als Junker Jörg, inkognito gewissermaßen, bis zum März 1522 und übersetzte innerhalb kürzester Zeit das Neue Testament ins Deutsche und schuf somit die Grundlage der späteren „Lutherbibel“. Dabei orientierte er sich an dem ostmitteldeutschen Dialekt, insbesondere der sächsischen Kanzleisprache, schaute, wie er formulierte, „dem Volk aufs Maul“, bemühte sich um eine bildhafte, zuweilen drastische Sprache und bereicherte erheblich den Wortschatz. In erster Linie aber ermöglichte die in vielen Auflagen gedruckten Bibel, das reformatorische Prinzip: Sola Scriptura zu realisieren und

auch den einfachen Gläubigen die Inhalte der Heiligen Schrift nahe zu bringen.

Luther und die Bauern

Während Luther nach seiner Rückkehr nach Wittenberg mithilfe der kursächsischen Landesherrschaft und Obrigkeit behutsam experimentierend eine neue Gemeinde- und Gottesdienstordnung und eine Liturgiereform vorbildhaft einführte, vollzog sich von 1524-26 mit dem „Bauernaufstand die größte anzunehmende Katastrophe, schlimmer als jede ‚Synfluß‘“ (Sintflut) (S. 457). Ausgehend von Oberdeutschland, stand der „Gemeine Mann“, wie sich die Aufrührer selbst bezeichneten, gegen die adeligen und geistlichen Grundherren auf. Im März 1524 einigten sich die Aufrührer auf die „12 Artikel“, in denen sie sich, wenn auch indirekt, auf Luthers Begriff von der „Freiheit des Christenmenschen“ beriefen und die Aufhebung der Leibeigenschaft forderten (Art. 3): Sie wollten aber auch auf alle Ansprüche verzichten, die nicht mit der Bibel begründbar seien (Sola Scriptura).

Luther – „hinter dem ganzen ‚auffrur‘ steckt für ihn der Teufel“ (S. 466) – lehnte zunächst die Berufung der Bauern auf die Bibel ab, bemühte sich um einen Ausgleich und Anerkennung der berechtigten Bauernforderungen durch ein Entgegenkommen der Grundherren. Aber er lässt allerdings keinen Zweifel daran, dass die Obrigkeit, und nur diese allein von Gott legitimiert sei, Gewalt anzuwenden, gleichsam monopolartig: „Sämtliche Gewalt geht von Gott“ und der von ihm „geduldeten“ und „geschaffenen Obrigkeit aus“ (S. 473). Dabei beruft er sich auf den Römerbrief des Apostel Paulus. Am wichtigsten schließlich der religiöse Kern: „Jesus Christus hat durch seine Selbstaufopferung die Christen von der Sünde befreit, nicht vom wie immer gearteten weltlichen Joch“ (S. 475). Als die Bauern ihrerseits massiv Gewalt anwandten, erfolgt „Luthers Mordaufruf“ „wider die Mordischen vnd Reubischen Rotten der Bawren“ (S. 479). „Nie hat Luther“, so das zutreffende Urteil von Willi Winkler, jemanden mit einem solchen Hass verfolgt“ (S. 481).

Thomas Müntzer, der „radikalste Schüler Luthers“ (S. 459) und „glaubensseliger Proto-Kommunist“ (S. 499), indes bezieht entschiedene Partei für die Bauern, will mit dem Schwert auch die „irdische Freiheit“, eine utopisch anmutende Herrschaftsfreiheit gewissermaßen, erkämpfen, wird gefangen genommen und hingerichtet.

„Die Freiheit des Christenmenschen“, so schließt sich Winkler dem Urteil des Historikers Richard van Dülmen an, „wurde so mit einer neuen Hörigkeit gegenüber dem weltlichen Staat erkaufte“ (S. 501). Luther rettete sich „in den Schutz der Obrigkeit, nicht ohne ihr zugleich die Rechtfertigung für ihre gottgewollte Herrschaft zu liefern“ (S. 501).

Unter der „Obhut“ der Landesherrn

Wie allmählich der Protestantismus unter die Herrschaft, Abhängigkeit, euphemistisch gesprochen: die Obhut der Landesherrn, geriet, und die erkämpfte Freiheit von Rom, also von dem Papsttum, durch die der deutschen Landesherrn gleichsam ersetzt wurde, führt Willi Winkler nicht mehr aus, obwohl diese sich sehr weitgehend noch zu Lebzeiten des Reformators vollzog. Der Landesherr, er profitierte zunächst von der Säkularisierung der Klöster, trat bis weit in das 20. Jahrhundert als „Summus Episcopus“ in die päpstlichen Fußstapfen, kaum durch synodal-demokratische Elemente eingeschränkt. Er sicherte in der Folge durch Kirchen-, Gemeinde, und Liturgieordnungen die protestantische Orthodoxie. Dissidenten, und Luther hätte sicherlich in seiner Frühzeit selbst dazu gezählt, wurde nach den Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens das Recht der Auswanderung, *Ius Emigrandi*, eingeräumt.

Norbert Scholl

Vier Kardinäle schreiben an den Papst und erhalten keine Antwort

Der Vorgang

Die vier emeritierten Kardinäle Brandmüller (*1929), Burke (*1948), Caffarra (*1938) und Meisner (*1933) befinden sich seit September dieses Jahres in einem bedauernswerten Zustand: Sie haben „dubia“, sie zweifeln. Für Rene Descartes wäre das höchst erfreulich, denn er meint, dass „Zweifel der Weisheit Anfang“ ist. Aber die Kardinäle halten es eher mit dem Katechismus der Katholischen Kirche. Da steht nämlich: „Wird der Zweifel mit Absicht gepflegt, kann er zu geistiger Verblendung führen“ (Nr. 2088). Und darum haben sie sich an den Heiligen Vater gewandt.

- Brandmüller wandte sich 2011 energisch gegen die Forderung führender CDU-Politiker, die deutschen Bischöfe sollten sich in Rom für eine begrenzte Zulassung verheirateter Priester einsetzen. „Was legitimiert Sie als Politiker, zu einem innerkirchlichen Thema Stellung zu beziehen, das Sie weder von Amts wegen noch persönlich betrifft?“ Es sei „gesichertes Forschungsergebnis, dass anfangs gewiss verheiratete Männer zu Bischöfen und Priestern geweiht wurden, diese aber vom Tag der Weihe an zwar das Familienleben, nicht aber die eheliche Gemeinschaft fortsetzten.“
- Burke wurde 2014 von Papst Franziskus zum Kardinalpatron des Malteserordens „befördert“. Das Kölner Domradio bewertete den Vorgang als Absetzung und führte diese auf Konflikte mit dem Papst zurück.
- Caffarra sagte 2002 bei einer Tagung vor 300 Moraltheologen: „Wer Verhütungsmittel benutzt, will nicht, dass neues Leben entsteht, weil er ein solches Leben als ‚Übel‘ betrachtet. Das ist dieselbe Einstellung wie die eines Mörders, der es als ‚Übel‘ ansieht, dass

sein Opfer existiert.“ Johannes Paul II. beförderte ihn (deshalb?) 2004 zum Bischof von Bologna.

- Meisner wurde 1989 gegen geltendes Recht von Johannes Paul II. zum Erzbischof von Köln befördert.

Die Zweifel der vier Herren beziehen sich auf „Amoris laetitia“. Dieses Schreiben des Papstes ist bei der Frage nach der Zulassung wiederverheirateter Geschiedener zu den Sakramenten (Abschnitte 300-305) nicht klar und eindeutig formuliert und ist deshalb zum Objekt auseinanderstrebender Interpretationen geworden. In einer Fußnote (Nr. 351) hatte Papst Franziskus erklärt, wiederverheiratete Geschiedene könnten „in gewissen Fällen“ die „Hilfe der Sakramente“ in Anspruch nehmen. Die argentinischen Bischöfe hatten daraufhin die Pfarrer angewiesen, Wiederverheiratete auch ohne Annullierung ihrer früheren Ehe zu den Sakramenten der Wiederversöhnung und der Eucharistie zuzulassen. Freilich dürfe man die Richtlinie nicht so verstehen, dass „es einen unbeschränkten Zugang zu den Sakramenten gäbe oder jede Situation dies rechtfertigen würde.“ Franziskus hat diese Auslegung bestätigt: „Der Text ist sehr gut und erklärt genau die Bedeutung des achten Kapitels von ‚Amoris laetitia‘... Es gibt keine anderen Interpretationen.“

Aber das genügte den vier zweifelnden Kardinälen nicht. Deshalb schrieben sie „an den Heiligen Vater Franziskus und zur Kenntnis an Seine Eminenz Kardinal Gerhard L. Müller“. Sie taten das „im Bewusstsein unserer pastoralen Verantwortung und in dem Wunsch, die Synodalität, zu der Eure Heiligkeit uns ermahnt, immer mehr Wirklichkeit werden zu lassen, und mit tiefem Respekt, Sie, Heiliger Vater, als obersten Lehrer des Glaubens, der vom Auferstandenen dazu berufen ist, seine Brüder im Glauben zu stärken, zu bitten, die Ungewissheiten zu beseitigen und Klarheit zu schaffen, indem Sie gütig Antwort geben.“

Sie fragen an,

1. ob es aufgrund dessen, was in „Amoris laetitia“ Nr. 300–305 gesagt ist, nunmehr möglich geworden ist, einer

Person im Bußsakrament die Absolution zu erteilen und sie zur heiligen Eucharistie zuzulassen, die mit einer anderen Person zusammenlebt, obwohl sie durch ein gültiges Eheband gebunden ist,

2. ob die Existenz absoluter moralischer Normen, die ohne Ausnahme gelten und in sich schlechte Handlungen verbieten, noch gültig sei,
3. ob es noch möglich sei, zu sagen, dass eine Person, die im Widerspruch zu einem Gebot des Gesetzes Gottes lebt – wie beispielsweise dem, das den Ehebruch verbietet (vgl. Mt 19,3–9) –, sich in einer objektiven Situation der schweren Sünde befindet,
4. ob man nach den Aussagen über die „Umstände, welche die moralische Verantwortlichkeit vermindern“, die auf die Heilige Schrift und die Tradition der Kirche gegründete Lehre der Enzyklika „Veritatis Splendor“ (Nr. 81) für weiterhin gültig halten soll, nach der „die Umstände oder die Absichten niemals einen bereits in sich durch sein Objekt unsittlichen Akt in einen ‚subjektiv‘ sittlichen oder als Wahl vertretbaren Akt verwandeln“ können,
5. ob man die auf die Heilige Schrift und die Tradition der Kirche gegründete Lehre der Enzyklika „Veritatis Splendor“ (Nr. 56) für weiterhin gültig halten soll, die bekräftigt, dass das Gewissen niemals dazu autorisiert ist, Ausnahmen von den absoluten moralischen Normen zu legitimieren.

In seiner Antwort verweist Franziskus nur auf das, was er den argentinischen Bischöfen schon gesagt hat. Doch damit sind die „dubia“ noch immer nicht behoben. Darum gehen sie an die Öffentlichkeit: „Wir informieren das ganze Volk Gottes von unserer Initiative und stellen sämtliche Dokumente zur Verfügung ... Wir wollen hoffen, dass niemand uns – zu Unrecht – als Gegner des Heiligen Vaters und als Menschen beurteilt, denen es an Barmherzigkeit fehlt. Das, was wir getan haben und jetzt tun, entspringt aus der tiefen kollegialen Verbundenheit mit dem Papst und aus der leidenschaftlichen Sorge für das Wohl der Gläubigen.“

Zu diesem Vorgang einige ketzerische Gedanken

Zum Verhalten von Papst Franziskus

Die Fragen der vier Kardinäle sind grundsätzlich berechtigt, solange der Papst frühere Verlautbarungen (wie „Veritatis Splendor“) nicht in aller Form widerruft bzw. korrigiert. Diese Fragen dürfen und sollen gestellt werden, auch wenn die Motivation dieser zweifelnden Herren möglicherweise eine ganz andere ist. Allerdings ist es römische Praxis, etwas nicht zu widerrufen, sondern es „beredt“ zu beschweigen (vgl. Papst Gregor XVI. Gewissensfreiheit = „Wahnsinn“, „pestilenzialischer Irrtum“ [DH 2730 ff.], Zweites Vatikanum GS 41: „Würde des Gewissens und einer freien Entscheidung“).

Der Papst sollte endlich klar zum Ausdruck bringen, dass die Worte Jesu zur Ehescheidung kein Rechtssatz und kein „göttliches Gebot“ sind, sonst könnte Matthäus in das Jesus-Wort über das Verbot der Ehescheidung (Mt 5,32) nicht ungeniert die sogenannte „Unzucht Klausel“ bei einem Fall von Ehebruch einfügen: „Wer seine Frau entlässt, *obwohl kein Fall von Unzucht vorliegt*, liefert sie dem Ehebruch aus.“

Auch Paulus hat Jesu Gebot nicht als Gesetz und „göttliches Gebot“ aufgefasst, das keine Ausnahmen kennt. Einer verheirateten Frau, deren Mann es nicht billigt, dass sie zur christlichen Gemeinde konvertiert, und sich deswegen von ihr scheiden will, gibt Paulus in eigener Verantwortung den Rat: „Er (der nicht-gläubige Partner) soll sich scheiden. *Der Bruder oder die Schwester* (also der christliche Partner) ist in solchen Fällen nicht sklavisches gebunden“ (1 Kor 7,15). Das heißt: er ist *frei* für eine Wiederheirat. Dieses „Privilegium Paulinum“ wird von der Kirchenleitung in neuerer Zeit sogar noch erheblich ausgeweitet – z.B. auf Erfordernisse der Mission im Falle von Polygamie (can. 1149 CIC).

Ähnlich ist die Lage beim so genannten „*Privilegium Petrinum*“, das nicht unmittelbar auf eine biblische Aussage zurückgeht. Der Papst kann „zugunsten

des Glaubens“ eine sogenannte „Naturehe“ (nichtsakramentale Ehe zwischen zwei Ungetauften oder „halbchristliche“ Ehe zwischen einer oder einem Getauften und einer oder einem Ungetauften) unter bestimmten Voraussetzungen durch Dispens lösen (can. 1148 CIC).

Last not least: Das Konzil von Trient hat die Unauflöslichkeit der Ehe nicht als universale, bedingungslos gültige Offenbarungswahrheit definieren wollen und nicht als solche definiert (DH 1807; vgl. R. Weigand, Das Scheidungsproblem in der mittelalterlichen Kanonistik. In: ThQ 151 [1971], 52-60; 60). Die neuere dogmengeschichtliche Forschung betont dazu ausdrücklich: „Man kann nicht behaupten, dass das Konzil von Trient die Absicht gehabt habe, die Unauflöslichkeit der Ehe feierlich als Glaubenssatz zu definieren“ (Internationale Theologenkommission, in: Gr 59 [1978], 461). Die Rücksicht auf die entgegengesetzte Praxis der orientalischen Kirche(n) sowie die Verurteilung der reformatorischen Bestreitung der kirchlichen Lehr- und Gesetzgebungsvollmacht müssen als Hintergrund für das Verständnis der inhaltlichen Aussage des betreffenden Trienter Kanons immer bewusst bleiben. Auch Pius XI. bezeichnete die Lehre von Trient über die Ehescheidung zwar als „sicher“, nicht aber als „unfehlbar“ oder „endgültig“ (Enzyklika „Casti connubii“ 1930; AAS 1930, 547).

Das alles hätte Papst Franziskus längst klar und deutlich sagen können. Alles nur der Gewissensentscheidung der Betroffenen oder eines zu Rate gezogenen Priesters zu überlassen, reicht leider nicht, etwa wenn es sich um Personen handelt, die im kirchlichen Dienst stehen und denen nach geltendem kirchlichen Arbeitsrecht in Deutschland noch immer der Rausschmiss droht. Der Papst hätte zumindest den Bischofskonferenzen die Anweisung geben können, Ausführungsbestimmungen zu seinen Aussagen in „Amoris laetitia“ zu erlassen.

Zum Verhalten der vier Kardinäle

Die vier Kardinäle erscheinen wie unselbstständige und unfähige Subalterne, die sich nicht getrauen oder gar nicht in

der Lage sind, eigenständig in der Sache zu denken. Sie verweigern sowohl pastorale wie auch theologische Selbstständigkeit, zu der Papst Franziskus immer wieder ermahnt und aufruft. Unterwürfig betteln sie um die oberste Erlaubnis, anders denken zu dürfen bzw. nicht anders denken zu müssen. Sie kennen offenbar nur kritiklosen Gehorsam.

Bemerkenswerterweise handelt es sich um vier „Oberhirten“, die als Emeritierte mit der Sache gar nicht mehr pastoral konfrontiert sind. Zudem sollten die Fragesteller aus zwei Bischofssynoden, die sich mit dem Thema befassten, gelernt haben und wissen, dass viele ihrer Kollegen mit guten Gründen anders denken als sie. Die zweifelnden Kardinäle wollen mit ihrem „besorgten“ Manöver die Aussagen der Synoden nachträglich uminterpretieren in der Richtung, an die sie sich noch immer klammern. Im Grunde zeigen die Vier die gleiche (Un-)Geisteshaltung wie jene, die seinerzeit die Neuausrichtung des Zweiten Vatikanums aus pastoralem Geist ablehnten und neue, zukunftsweisende Beschlüsse blockierten oder sogar gänzlich verhinderten (vgl. die „Notae“ im Anhang der Kirchenkonstitution).

Der Papst antwortet ihnen nicht. Er lässt sich nicht vor die Inquisition zitieren, obwohl die Kardinäle vorsorglich schon mal den „Großinquisitor“ informiert haben. Alle ihre „Dubia“ erscheinen wie ein inquisitorisches Examen. Würde der Papst sich in auch nur einem Punkt abweichend von der „wahren Lehre“ äußern, könnten die Herren dem „irrenden“ oder gar „apostatischen“ Papst den Prozess machen. Sie erhoffen sich jetzt von der katholischen Öffentlichkeit eine Reaktion wie ein Tribunal, das ihm die Mitra ab- und den Ketzerhut aufsetzt.

Und dieses Tribunal ist aus einschlägiger Ecke prompt erfolgt. „Dieses Pontifikat ist ordentlich am Wanken. Die Unterstützer des Papstes sind die Massenmedien, Kommunisten und Schwule ... PF wird vor allem von Seinesgleichen, den anderen innerkirchlichen antikatholischen Irrlehrern und Wölfen in Schafskleidern unterstützt, siehe die Kardinäle Marx, Kasper, Schönborn, Woelki usw. usw., denn ohne die Unterstützung dieser hätte er

erstens gar nicht Papst werden können, und ohne deren Unterstützung und Werben wäre er völlig isoliert, vermutlich sogar noch mehr als seine Heiligkeit Papst Benedikt XVI., der ja in allen seinen Aktionen von den Mietlingen und Berufskatholiken bekämpft und isoliert wurde, weswegen er vermutlich genervt ... das Handtuch geworfen hat“, so tönt es in gloria tv.

Die „Dubia“ der Kardinäle, die zögerliche Haltung des Papstes, der Aufschrei aus der ultrakonservativen Ecke – Quo vadis, Ecclesia?

Ich danke Dr. Klaus P. Fischer und Prof. Dr. Hermann Häring für ihre wertvollen Anregungen, die ich hier teilweise im Wortlaut übernommen habe.

Heinrich Missalla

Der mittlerweile 90-jährige Heinrich Missalla war katholischer Theologe und Priester. Von 1971 bis 1991 war er Professor für Katholische Theologie an der Universität Essen. 1996 heiratete er die Kirchenhistorikerin Magdalene Bussmann.

Wie ich mein Vertrauen in unsere Bischöfe verlor

1. Das frühere Vertrauen der Gläubigen

Als katholischer Junge hatte ich zu Hause, im Religionsunterricht und in meiner Jugendgruppe gelernt, dass unsere Bischöfe nicht nur die rechtmäßigen Nachfolger der Apostel, sondern auch die Stellvertreter und Gesandten Jesu Christi mit Autorität und heiliger Vollmacht seien, denen man Ehrfurcht und Gehorsam schulde. Es ist heute kaum mehr vorstellbar, wie selbstverständlich dieser Glaube damals im katholischen Volk verankert war und welches Vertrauen den Bischöfen entgegen gebracht wurde. Ich wusste auch - belehrt durch unsere

Bischöfe -, dass Hitler und seine Regierung die von Gott gesetzte Obrigkeit seien, der man Gehorsam schulde, und dass Hitlers Regierung ein "Abglanz der göttlichen Herrschaft" sei und dass ihr eine "Teilnahme an der ewigen Autorität Gottes" zukomme. Wer diesen Gehorsam verweigere, verweigere Gott den Gehorsam und ziehe sich die Strafe ewiger Verdammnis zu. Wer wollte und konnte unter diesen Umständen der Obrigkeit den Gehorsam verweigern? In dem Buch "Die Wächter der Kirche" las ich die Versicherung des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Fürst zu Löwenstein, dass unsere Bischöfe "kraft göttlicher Berufung unsere Hirten sind und unsere Lehrer und Führer durch alle Zweifel und Irrtümer und Versuchungen des Erdenlebens hindurch ...". Und wir könnten auch sicher sein, "dass sie uns jederzeit den Weg führen werden, der Deutschland zum Heile gereicht". Das habe ich in meiner Jugend fest geglaubt, und dieser Glaube hat mir in den Wirren der Kriegszeit Halt gegeben.

Doch diese optimistische Einschätzung der Bischöfe und ihrer Führungsfähigkeit hat sich als Irrtum herausgestellt. Die Bischöfe haben den Krieg Hitlers unterstützt, weil sie ihn offenkundig für gerechtfertigt hielten. In diesem Irrtum befangen, haben sie auch die Gläubigen auf einen Irrweg geführt. Während der vielen Monate meiner Kriegsgefangenschaft dämmerte mir die Erkenntnis, dass ich mit vielen anderen belogen und betrogen worden war und dass mein/unser Vertrauen in die Autoritäten missbraucht worden war. Doch dabei hatte ich zunächst nur an die politischen Führer gedacht. Denn unsere Bischöfe hatten uns ja in der Ablehnung der nationalsozialistischen Ideen bestärkt - wir waren also im Widerstand gegen die NS-Ideologie gewesen.

2. Die verfehlt Wegweisung der Bischöfe

Erste Irritierungen gab es bei mir, als die Bischöfe in den 1950er Jahren mit ihren Hirtenbriefen vor den Wahlen unmissverständlich zur Wahl der C-Parteien aufforderten, auch als diese das "Ahlener Programm" inzwischen vergessen hatten. Wer Zweifel am 1950 verkündeten

Dogma der leiblichen Aufnahme Marias in den Himmel äußerte, wurde geduldig belehrt; wer sich kritisch zur Politik Adenauers äußerte, wurde an den Rand des kirchlichen Lebens gedrückt. Noch problematischer fand ich die Zustimmung der Bischöfe zur Wiederaufrüstung. Vor allem aber stieß ich mich an der Diskriminierung der Kriegsdienstverweigerer, denen ein irriges Gewissen unterstellt wurde. Die unsägliche "Gewissensprüfung" der Verweigerer fand seitens der Kirche keinen Widerspruch. Alarmiert wurde ich dann durch den Aufsatz von Ernst-Wolfgang Böckenförde "Der deutsche Katholizismus im Jahr 1933" (1961). Das Buch von Gordon C. Zahn "Die deutschen Katholiken und Hitlers Krieg" (1965) gab den Anstoß zu eigenen Forschungen über das Verhalten der deutschen katholischen Kirche in den beiden Weltkriegen. Ich hatte über mehrere Jahre vergessen, was ich während des Krieges durch meinen Jugendseelsorger gehört und was ich in der (bis 1942 erscheinenden) Kirchenzeitung gelesen hatte: die Aufforderungen der Bischöfe, dass die Soldaten in Treue und Gehorsam gegen Führer und Obrigkeit opferwillig unter Hingabe ihrer ganzen Persönlichkeit ihre Pflicht zu erfüllen hätten; dass wir um einen Sieg Deutschlands beten sollten. Mit den anderen Bischöfen der Kölner und Paderborner Kirchenprovinz hatte Bischof von Galen die katholischen Soldaten aufgefordert: "Mit der ganzen Autorität unseres heiligen Amtes rufen wir auch heute euch wieder zu: Erfüllet in dieser Kriegszeit eure vaterländischen Pflichten aufs treueste! Lasset euch von niemandem übertreffen an Opferwilligkeit und Einsatzbereitschaft! ... Wo immer der Daseinskampf unseres Volkes euren Einsatz fordert, da steht!" Bei Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion sagten die Bischöfe den Soldaten, dass sie mit ihrer Pflichterfüllung "nicht nur dem Vaterlande dient(en), sondern zugleich dem heiligen Willen Gottes folgt(en)". Ich hörte als Junge, der Krieg werde vom Feind "gegen das Recht des deutschen Volkes auf seine Freiheit" geführt. Die Gläubigen hätten ihre "ganze Kraft einzusetzen, daß der endgültige Sieg unserem Vaterland gesichert werde"; darum "stehen wir treu zu unserem Führer, der mit sicherer Hand die

Geschicke unseres Volkes leitet". Für Erzbischof Jäger von Paderborn diente der Krieg der "Bewahrung des Christentums in unserem Vaterland, für die Errettung der Kirche aus der Bedrohung durch den antichristlichen Bolschewismus". In seinem Fastenhirtenbrief 1942 schrieb unser Erzbischof: "Ist jenes arme unglückliche Land nicht der Tummelplatz von Menschen, die durch ihre Gottfeindlichkeit und ihren Christushass fast zu Tieren entartet sind?" Einer seiner Mitbrüder nannte den Krieg "einen Kreuzzug, einen heiligen Krieg für Heimat und Volk, für Glauben und Kirche, für Christus und sein hoch heiliges Kreuz." Was konnte oder sollte ich als 16- oder 17-Jähriger glauben? Bischof von Preysing - ein Vetter des Bischofs von Münster - ging hingegen mit keinem Wort auf den Krieg ein, den er von Anfang an für ungerecht hielt -, aber das erfuhr ich erst sehr viel später.

Nach dem Krieg hat keiner meiner verehrten Lehrer und Seelsorger, kein Personalchef und kein Bischof mich je gefragt, wie ich denn im Nachhinein meinen auch von meiner Kirche geforderten Einsatz im Krieg verstehe. Gleichgültigkeit? Scham? Verdrängung? Verlegenheit? Hilflosigkeit? Eine Mischung aus allem? Die Fragen bleiben bis heute. Und es bleibt auch die Frage:

dürfen/müssen wir unsere Bischöfe an jenem Anspruch messen, mit dem sie uns begegnet sind und Gehorsam eingefordert haben - Stellvertreter Christi, Lehrer des Glaubens, Wegweiser?

Kein Mensch ist zu verurteilen, wenn er sich irrt. Jeder Mensch hat das Recht auf Irrtum, auch jeder Bischof. Aber es wirft schon einige Fragen auf, wenn Bischof von Galen "Gott dem Herrn für die liebevolle Führung (dankte), welche die höchsten Führer unseres Vaterlandes erleuchtet und gestärkt hat", während Bischof von Preysing diagnostizierte: Wir sind "in den Händen von Verbrechern und Narren." Wie kommen Bischöfe zur gleichen Zeit zu so unterschiedlichen Urteilen? Wem dürfen die Gläubigen vertrauen? Und wenn ein Bischof - in seinem Irrtum befangen - andere Menschen dazu verpflichtet, seinen irrtümlichen Weisungen zu folgen - müsste er nach der Erkenntnis seines Irrtums und seiner dadurch bedingten Fehlentscheidung nicht nur seinen Irrtum

eingestehen, sondern auch die Fehlgeleiteten um Entschuldigung bitten? Die deutschen Bischöfe haben bisher weder das eine noch das andere getan.

3. ...als wäre nichts gewesen

Am 3. Dezember 1939 notierte der deutsche katholische Schriftsteller und Kulturkritiker Theodor Haecker in seinem Tagebuch: "Man darf annehmen, daß die Deutschen, bewußt und unbewußt, alles tun werden, um ungefähr alles, was heute gesprochen, geschrieben und getan wird, so rasch wie möglich zu vergessen." Wir wissen heute, dass seine Sorge und Voraussage nicht unbegründet waren. Wenn in kirchlichen Verlautbarungen einmal - selten genug - das Verhalten der Kirche zu Hitlers Krieg zur Sprache kommt, dann erfolgt das in der Regel nur kurz und verklausuliert. Das Verhalten der Amtsträger wird nicht problematisiert. Bei Äußerungen zum Thema Kirche und Nationalsozialismus sucht man vergebens nach einem Hinweis darauf, dass die Kirchenleitung von den Gläubigen durchgängig bis zum Ende des Dritten Reiches Gehorsam gegenüber der Staats- und Wehrmachtsführung verlangt hat. Auf diesen unheilvollen Zwiespalt - ein eindeutiges Nein zur NS-Ideologie, jedoch ein ebenso eindeutiges Ja zur NS-Staatsführung mit der entsprechenden Gehorsamsforderung - wurde in amtskirchlichen Stellungnahmen bisher nicht eingegangen. Anlässlich der Gedenktage zum Beginn oder Ende des Zweiten Weltkriegs gab eine ganze Reihe von Verlautbarungen des Sekretariats der deutschen Bischofskonferenz, doch an keiner Stelle wurde die Haltung der katholischen Kirche zum Krieg auch nur erwähnt.

Im umfangreichen "Wort der deutschen Bischöfe zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 50 Jahren" gibt es auch einen Abschnitt "Die Frage nach Schuld und Verantwortung". Man müsse "vor Gott, vor sich selbst und vor der Allgemeinheit Rechenschaft über das Verhalten von Gläubigen, Priestern und Bischöfen während der nationalsozialistischen Zeit geben". Nach einer Auflistung von Beispielen des Widerstehens gegen die NS-Ideologie und NS-Partei

schreiben sie: "Daneben können und wollen wir freilich nicht übersehen, dass es auch innerhalb der katholischen Kirche unkluges Schweigen und falsche Zurückhaltung, ängstliche Reaktionen und schuldhaftes Versagen gegeben hat." Als Beispiele werden der oft nicht genügend deutlich gewordene Protest der Kirche gegen das Regime und das unzulängliche Eintreten für die Verfolgten genannt. Die Unterstützung des Hitler-Krieges durch die Kirche findet keine Erwähnung. Im Jahr 2000 haben sich die Bischöfe in ihrem Schreiben "Gerechter Friede" lediglich zu der Äußerung durchgerungen, dass der Charakter des von den Nationalsozialisten „vorsätzlich heraufbeschworenen Krieges ... auch von vielen Christen lange verkannt“ wurde. Dass auch die Bischöfe zu diesen Christen gehörten, wurde nicht vermerkt. Es gibt kein Anzeichen für die Bereitschaft, sich der beschämenden Wahrheit eigener Schuld zu stellen. Unter der Überschrift "Wer das Gedächtnis verliert, verliert die Orientierung" erfolgte am 29.4.2005 eine Stellungnahme als "Wort der christlichen Kirchen zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges". Darin schreiben die Autoren, es gebe eine "historisch-moralische Verantwortung, allen Opfern gerecht zu werden und sich der Geschichte unverkürzt zu erinnern". Das Engagement der Kirchen im Krieg findet mit keinem Wort Erwähnung. Sämtliche Hirtenworte und Verlautbarungen des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz nach 1945 laufen auf eine Verzerrung der historischen Wirklichkeit und eine Schönfärberei der eigenen kirchlichen Vergangenheit hinaus.

Es gibt jedoch nicht nur die Neigung zur Schönfärberei und Verharmlosung hinsichtlich kirchenamtlicher Fehlentscheidungen in der Vergangenheit und Gegenwart, es gibt auch bewusste Verfälschungen. Die oben zitierten Sätze des Erzbischofs Jäger zum Krieg gegen die Sowjetunion hat der damalige Leiter des Seelsorgeamtes in Paderborn und spätere Bischof von Essen, Franz Hengsbach, nicht in seine Sammlung von Hirtenworten und Predigten des Erzbischofs aufgenommen. Diese Auslassungen hat er weder durch Pünktchen oder einen anderen Hinweis gekennzeichnet. Es gibt also nicht nur die

Gefahr des Vergessens, es gibt auch ein Vertuschen und Verschweigen der Wahrheit, weil man diese nicht mehr wahrhaben will. Hengsbach hatte zwar im Nachwort zu dieser Sammlung geschrieben, dass es "für die heute so vergeßlichen und oft nur dem Tage zugewandten Menschen von heute ... heilsam (sei), sich zu erinnern und den Weg vom Gestern ins Heute gut zu kennen, damit der Weg ins Morgen richtig gefunden wird." Doch die Erinnerung durfte offensichtlich nicht zu intensiv und vor allem nicht vollständig sein.

Anlässlich der Gründung der Kommission für Zeitgeschichte im Jahr 1962 hat Kardinal Döpfner erklärt: "Die Kirche ist daran interessiert, dass die jüngste Geschichte des deutschen Katholizismus umfassend erforscht und dargestellt wird. Sie scheut weder Ergebnisse noch Dokumente." Die Kommission sollte "systematisch die politische und soziale Geschichte des deutschen Katholizismus ... erforschen". In der bislang 200 Bände zählenden Reihe "Quellen" und "Forschungen" sind so gut wie alle Bereiche der Beziehungen und Kontraste zwischen Katholizismus und nationalsozialistischem Regime dargestellt worden, doch nicht das Problemfeld Kirche und Krieg. Bei der Frage nach dem Verhältnis der katholischen Kirche zum und um das Verhalten der deutschen katholischen Bischöfe im Zweiten Weltkrieg zeigen Amtsträger und Kirchenhistoriker bis zum heutigen Tag eine bemerkenswerte Zurückhaltung.

Die deutlichsten Worte zum Verhalten der deutschen katholischen Kirche zum Krieg hat bisher der Bischof von Aachen, Heinrich Mussinghoff, bei einem Besuch in Polen 2010 gefunden. "Die deutschen Bischöfe haben diesen Angriffskrieg auf das katholische Land Polen nicht laut verurteilt, vielmehr war in Botschaften an die Soldaten stattdessen von Pflichterfüllung, Opfersinn und Treue die Rede. Beim Sieg über Polen und den folgenden Triumphen der deutschen Wehrmacht läuteten auch an katholischen Kirchen die Glocken. Diese eigene Schuld müssen wir als deutsche Kirche heute bekennen... Wir müssen Schritte der Versöhnung gehen. Wir brauchen eine Kultur des Gedächtnisses, die Toten zu

ehren und die Lebenden zu mahnen." Doch dies ist die Aussage eines einzelnen - und m.W. einzigen - Bischofs. Seine Mitbrüder im deutschen Episkopat haben die Chance nicht wahrgenommen, sich zum 65. Jahrestag des Kriegsendes dieser Erklärung anzuschließen.

In ihren "Orientierungen zur Bußpastoral" haben die deutschen Bischöfe geschrieben, dass "Einsicht in Schuld und deren Annahme zum Schwersten im Menschenleben (gehören). Deshalb besteht die Versuchung, dem Eingeständnis und der Aufarbeitung von Schuld auszuweichen. Schuld wird verdrängt, bis sie möglicherweise tatsächlich vergessen ist. Sie wird verkleinert, bagatellisiert oder 'wegerklärt'. Aber im Unbewußten wirkt sich solche Verdrängung blockierend, ja sogar krankmachend aus." Sobald es um Versagen und Schuld der Kirche geht, scheinen die Verantwortlichen in der Kirche dieser Versuchung immer wieder zu erliegen.

Während das Verstummen in den ersten Jahren nach dem Krieg damit erklärt werden kann, dass die Menschen so kurz nach der Beendigung der Kriegsschrecken und dem Bekanntwerden des ungeheuerlichen Ausmaßes der von Deutschen begangenen Verbrechen ihre Sprache noch nicht wiedergefunden hatten, so reicht diese Interpretation für das Schweigen in späteren Jahren und Jahrzehnten nicht aus. Welche Unsicherheiten, Besorgnisse und Ängste mögen da im Spiel sein, die eine ehrliche Erörterung aller mit der Kriegsproblematik zusammenhängenden Fragen so schwer, wenn nicht gar unmöglich gemacht haben? Welche Gründe aber auch immer für das bis heute andauernde Verstummen der Verantwortlichen in der Kirche vorgebracht werden mögen - keiner ist so gewichtig, dass er von der Pflicht zu einer Bitte um Entschuldigung entbindet. Ehrliches Gedenken der Opfer verlangt das Eingeständnis, dass auch unsere Kirchen in den Krieg verstrickt gewesen sind. Die damaligen Soldaten, die ihre Pflicht erfüllen wollten und die im Vertrauen auch auf ihre geistlichen Führer alle Schrecken durchlitten haben; die Toten, die Opfer eines gezüchteten Fehlglaubens geworden sind; nicht zuletzt diejenigen, die der deutschen Aggression auf dem ganzen

Kontinent zum Opfer gefallen sind - sie und unzählige andere haben ein Anrecht auf das Bekenntnis unserer Kirche, dass auch Christen und kirchliche Amtsträger geirrt haben und für das Geschehen im Krieg mitverantwortlich sind. Jedes Gedenken der Toten bleibt unaufrichtig, wenn diese unheilvolle Verstrickung nicht offen ausgesprochen wird, wenn nicht eine Mitschuld bekannt wird. Doch selbst dann, wenn es zu einem ehrlichen Eingeständnis von Irrungen und Fehlern kommen sollte, muss damit gerechnet werden, dass die Menschen ein solches Bekenntnis nicht mehr wahr- und ernstnehmen. Zu oft sind Hoffnungen, die durch schön klingende kirchliche Dokumente und Erklärungen geweckt worden sind, nicht erfüllt worden. Darüber hinaus haben hohe und höchste Amtsträger in den letzten Jahrzehnten viel dazu beigetragen, die Autorität des kirchlichen Amtes zu korrumpieren, und verlorene Autorität durch autoritäres Handeln zu ersetzen versucht. Es bleibt die Befürchtung, dass es für eine Rückgewinnung der Glaubwürdigkeit der Kirche zu spät ist.

4. Das nicht eingelöste Versprechen der Aufarbeitung

Der frühere Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Zollitsch, hat sein Grundsatzreferat bei der Herbstvollversammlung dieses Gremiums im September 2010 mit den Worten eingeleitet: "Eins ist klar: Es gibt für uns keinen anderen Weg als den der Offenheit, der Ehrlichkeit und den des Zuhörens." Sein Referat wurde von der Zeitschrift "Christ in der Gegenwart" als "sensationell" bezeichnet. Offenheit und Zuhören bei den Bischöfen - das hatte es in der Tat bisher nicht gegeben. Der Erzbischof nennt im einzelnen die Notwendigkeit des Hörens auf die Opfer sexueller Gewalt und im Zusammenhang damit die eine oder andere Lehre der Kirche im Bereich der menschlichen Sexualität. Er erwähnt die Verpflichtung der Priester zur Ehelosigkeit und manche katholische Positionen in der Ökumene. Er nennt ferner unehrliches Reden und Handeln, Mangel an Offenheit und Wahrhaftigkeit, Neigung zum Überdecken von Fehlern und insgesamt den Umgang mit unangenehmen Fragen. Des weiteren seien die Bischöfe oft zu sehr

als Wissende und Lehrende und zu wenig als Lernende, meist als Sprechende und selten als Hörende aufgetreten und hätten mangelnde Lernbereitschaft gezeigt. Für eine Kirche in einem neuen Aufbruch seien Dialog und gemeinsame Wegsuche unverzichtbar. Im Dialog entdecke man, wie verschieden die Wege sind, die zum Licht des Glaubens führen. Als Zeichen der Offenheit in der Reflektion schlug er einen Gesprächsprozess vor, über dessen Ausgestaltung auf der Ebene der Bistümer und auf der Ebene der Bischofskonferenz beraten werden müsse. Unsere Kirche brauche ohne Zweifel eine vertiefte Sensibilisierung und eine neue Wertschätzung des Miteinanders. Was der Erzbischof in seinem Themenkatalog auflistet, ist seit Ende der 1960er Jahre von den verschiedenen kirchlichen Reformgruppen benannt und als Gesprächsthemen der Kirchenleitung vorgeschlagen worden, auf die diese jedoch kaum je eingegangen ist. Viele Jahre der Gesprächsverweigerung haben das Vertrauen in die Bischöfe zunehmend schwinden lassen.

In der von Erzbischof Zollitsch angekündigten Gesprächsoffensive ist die Frage nach dem Verhalten der kirchlichen Amtsträger während der Zeit der NS-Herrschaft und zumal während des Krieges nicht unter den zu erörternden Themen zu finden. Das mag daran liegen, dass die heutigen Bischöfe sich nicht mit den Problemen ihrer Vorgänger befassen möchten; vielleicht auch daran, dass es nicht mehr viele Menschen gibt, die durch die damaligen Entscheidungen ihrer Bischöfe betroffen worden sind und aus eigenem Erleben über das damalige Geschehen berichten können; vielleicht auch daran, dass die nach 1945 Geborenen an der speziellen Frage, wie denn die katholische Kirche sich im und zum Krieg Hitlers verhalten habe, nicht mehr interessiert sind. Möglicherweise haben die verantwortlichen Männer in der Kirche auch gar kein Interesse daran, an die Reden und an das Verhalten der damaligen Amtsträger zu erinnern, weil - und das ist meine Vermutung - sie dem Selbstbildnis der kirchlichen Autoritäten widersprechen und/oder weil sie durch ein offenes Eingeständnis von Fehlern ihrer Vorgänger das ohnehin seit längerer Zeit gestörte

Vertrauen in das kirchliche Amt zusätzlich verringern würden. Es ist, als wollten die Verantwortlichen in der Kirche eine gefährliche Erinnerung durch kollektive Abwehrritten des Verschweigens bannen und mit Hilfe eines intellektuellen Totstellreflexes überleben.

Der inzwischen unübersehbare Vertrauensverlust gegenüber den Bischöfen hat sich über mehrere Jahrzehnte erstreckt und ist durch verschiedene bischöfliche Entscheidungen eingeleitet und gefördert worden. Ich habe bereits erwähnt, wodurch meine eigene Einstellung zu den Bischöfen sich zu verändern begann. Ich nenne einige weitere Vorgänge, die meine Distanz zu den Amtsträgern vergrößerten. Die von den Bischöfen gegründete Wochenzeitung PUBLIK sollte nach dem Konzil eine offene Katholizität im Dialog mit der Gesellschaft demonstrieren. Doch nach drei Jahren war deren Redaktion den Bischöfen zu offen und zu kritisch geworden, so dass sie die Einstellung der Zeitung verfügten. Statt dessen wurde die linientreue Wochenzeitung "Rheinischer Merkur" fast 40 Jahre lang bis zu deren Einstellung 2010 künstlich mit vielen Millionen D-Mark aus Kirchensteuermitteln von mehreren Diözesen am Leben erhalten. Durch die ganze Republik erhob sich ein Proteststurm ob dieser Willkürentscheidung der Bischöfe, als dessen Ergebnis eine Leserinitiative die Gründung der Zeitschrift "Publik-Forum" vornahm, die - von den Bischöfen negiert - heute die einzige unabhängige ökumenisch orientierte christliche Zeitung bildet. In dem "Memorandum westdeutscher Theologen zur Kampagne gegen die Theologie der Befreiung" äußerten die Unterzeichner 1977 ihre Besorgnis, dass "die deutsche Kirche wieder einmal in den bösen Verdacht gerät, es mit den Mächtigen zu halten und bewußt oder unbewußt das menschenfeindliche Verhalten sich christlich nennender Diktatoren zu übersehen oder aus taktischen Gründen umzudeuten". Die Sanktionen gegen Eugen Drewermann, Hans Küng und andere Theologen zeigten, dass die Oberhirten nicht willens waren, eine offene Diskussion über anstehende theologische Fragen zuzulassen, geschweige denn sich ihnen zu stellen. Statt auf die Anfragen und

Argumente einzugehen, wurde den Autoren und Unterzeichnern unterstellt, sich "unverantwortlich" und "fahrlässig" zu verhalten. 1989 folgten Maßregelungen jener 180 Theologen, die sich in einer Stellungnahme besorgt über die Entwicklung unserer Kirche geäußert hatten. Die vielen Gruppen, die sich nach dem 2. Vatikanischen Konzil gebildet hatten und für Reformen vor allem der Gemeindegliederung einsetzten, wurden systematisch negiert und oft der Untreue gegenüber dem bischöflichen Amt bezichtigt. Der Entzug der Lehrerlaubnis mehrerer Theologen, die sich kritisch zu amtskirchlichen Entscheidungen geäußert hatten, trug ebenso zur Schwächung der bischöflichen Autorität bei, wie die Tatsache, dass die meisten deutschen Bischöfe sich entgegen ihrer eigenen Überzeugung in Sachen Schwangerenberatung dem päpstlichen Diktat gebeugt hatten.

5. Die mehrfachen Verweigerungen

Wichtiger jedoch als die Fragen nach dem Umgang der Kirche mit ihrer eigenen Vergangenheit und einigen bischöflichen Fehlentscheidungen ist m.E. die nicht erfolgte Auseinandersetzung mit den Grundfragen der Glaubenslehre und unseres Glaubensverständnisses. Als "Lehrer des Glaubens" hätten die Bischöfe auch die Pflicht, die in früheren Zeiten formulierten und dogmatisch festgeschriebenen "Glaubenswahrheiten" den heutigen Menschen verständlich zu machen. Doch dieser Aufgabe kommen sie nicht nach - was zum vielfach konstatierten "Glaubensverlust" beiträgt. Die Rede von "ewigen Wahrheiten" verkennt, dass jegliche menschliche Erkenntnis historischen Bedingungen unterliegt, dass alle Erkenntnisse Produkte einer geschichtlichen Konstellation sind. Das gilt auch für Aussagen des kirchlichen Lehramtes, das selber im Lauf der Zeit theologisch unübersehbar Korrekturen vorgenommen hat. Unsere "Glaubensbekenntnisse" beruhen auf Lehrentscheidungen, die unter den Denkvoraussetzungen und Verstehensbedingungen des 4. und 5. Jahrhunderts entwickelt und formuliert

worden sind und die heute nur noch von Spezialisten verstanden werden können, die aber weiterhin als "Lehre der Kirche" angenommen werden müssen. Angesichts der heutigen Erkenntnisse im Bereich der Naturwissenschaften - z.B. der Astrophysik, der Gehirnforschung und der Mikrobiologie - beunruhigt die Gottesfrage immer mehr Menschen; die Lehre von den zwei Naturen in Jesus Christus, die Deutung des Todes Jesu als Opfer- oder Sühnetod, die Lehre von den drei Personen in dem einen Gott, die Lehre über die Sakramente oder die päpstliche Unfehlbarkeit - diese und viele andere "Glaubenslehren" sind einem heutigen Menschen kaum noch einsichtig zu machen. Die von Augustinus im 5. Jahrhundert entwickelte und auch heute noch gültige Erbsündenlehre ist schon von seinem Zeitgenossen Julian von Aeclanum mit nicht widerlegbaren Argumenten in Frage gestellt worden. Die Enzyklika "Lumen Fidei" (Das Licht des Glaubens) von Papst Franziskus - weitgehend noch von Benedikt XVI. verfasst - beschwört die Christen, zu bewahren und weiterzutragen, was sie empfangen haben. Doch wie sollen sie weitergeben, was sie nicht verstehen? Auf die Kernprobleme des "Glaubens" geht das Dokument nicht ein. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen verlangt nicht nur Offenheit und Ehrlichkeit, sondern auch eine gute Portion Mut, denn bei der Suche nach Antworten auf diese Fragen sind Auseinandersetzungen mit den Wächtern der Glaubenskongregation unvermeidlich. Beim von Erzbischof Zollitsch angeregten "Dialogprozess" zur Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland wurden sowohl die zu behandelnden Themen als auch die Gesprächsteilnehmer von einer bischöflichen Leitungsgruppe bestimmt. Während dieses sich über fünf Jahre hinziehenden Prozesses wurde offenkundig, dass die Angst vor argumentativer Auseinandersetzung noch nicht überwunden ist. Die katholische Kirche ist noch weit entfernt von einer wirklich ehrlichen Konfliktaustragung und der Fähigkeit zu einer dialogischen Auseinandersetzung um Glaubenswahrheiten und moralische Fragen. Im Wort der deutschen Bischöfe "Gemeinsam Kirche sein" zum Ende des

Gesprächsprozesses ist zwar mehrfach von "einem Perspektivenwechsel und Mentalitätswandel der Kirche als Ganzer" die Rede, doch zu erkennen ist von diesem Wandel nichts. Der Text "zur Erneuerung der Pastoral" umschifft mit seiner langweiligen und pastoral-ausgewogenen Sprache jedes wirkliche Problem. Zwischen diesem Text und der Erklärung zum Abschluss der Würzburger Synode 40 Jahre zuvor "Unsere Hoffnung" klaffen sprachlich und inhaltlich Welten. Die wichtigste Aussage machte m.E. Kardinal Marx in seiner Predigt im Abschlussgottesdienst, in der er das in seinen Augen entscheidende Problem benannte: die "Tragödie des unfehlbaren Wahrheitsanspruchs". Ich kann nicht erkennen, dass die Bischöfe als "Lehrer des Glaubens" dieses Problem erkennen, geschweige denn sich diesem Problem stellen. Diese Aussage von Kardinal Marx hat für mich ein größeres Gewicht als das "Wort der deutschen Bischöfe zur Erneuerung der Pastoral" am Ende des "Dialogprozesses".

Als junger Mensch habe ich unseren Bischöfen vorbehaltlos vertraut. Dieses Vertrauen ist im Laufe der Jahrzehnte mehr und mehr geschwunden. Mit meinen 90 Jahren vertraue ich heute dem einen oder anderen Bischof, nicht aber dem Kollegium der Bischöfe oder irgendwelchen Behörden im Vatikan. Erst recht denke ich nicht daran, ihnen den eingeforderten "religiösen Gehorsam des Willens und Verstandes" zu leisten. Und dabei habe ich kein schlechtes Gewissen.

Paul Glotter

US-Kardinal Dolan: Zynischer Umgang mit Missbrauchsoffern

Als vor nunmehr knapp über 30 Jahren die Mitglieder der amerikanischen Bischofskonferenz zum ersten Mal

eindringlich gewarnt wurden, dass wegen der in kirchlichen Einrichtungen an Kindern und Jugendlichen verübten Sexualverbrechen vermutlich schon sehr bald eine riesige Prozesswelle auf sie zukommen werde, hatten die meisten der Würdenträger für die Überbringer der Hiobsbotschaft nur ein müdes Lächeln übrig.

Der Dominikanerpater und Kirchenrechtler Thomas Doyle, seit Jahrzehnten einer der leidenschaftlichsten Anwälte der Missbrauchsoffer, erinnert sich wie heute: "Einer der Erzbischöfe klopfte mir seinerzeit jovial auf die Schultern und sagte: Beruhige dich, Junge, uns wird niemand verklagen!"

Statt auf die bis dato bekannten Opfer und deren Familien demütig zuzugehen und ein intensives seelsorgerisches Gespräch mit den Geschändeten zu suchen, so der Ordensmann, hätten sich die meisten Kirchenführer dann schnell hinter "Verteidigungslinien" zurückgezogen und seien mit einer zum Teil unvorstellbaren Aggressivität auf die Opfer und deren Anwälte losgegangen. Als "geldgierige Prozess-Hähne" und "Kirchenfeinde" hätten sie die Opfer beschimpft, mit Verleumdungsklagen hätten sie gedroht und eiskalt gelogen, wenn es galt, die klerikalen Straftäter zu decken.

Vielerorts hätten sie die Kinderschänder klammheimlich in neue Pfarreien und schulische Einrichtungen versetzt und hätten dadurch skrupellos weitere sexuelle Gewalt an Tausenden von Jugendlichen in Kauf genommen, so wie das über viele Jahre hinweg Kardinal Bernard F. Law in Boston getan habe, bis er durch die kritische Berichterstattung der Zeitung „The Boston Globe“ 2002 zum Rücktritt gezwungen wurde. Typisch für das zynische Verhalten vieler Kirchenfürsten, so Doyle, sei nicht nur der Meineid gewesen, den Kardinal Roger Mahony von Los Angeles in einem Prozess schwor. Auch die feige Flucht zweier anderer amerikanischer Kardinäle vor den Opfern, sei in- und außerhalb der Kirche mit sprachlosem Entsetzen registriert worden, als der eine erklärte, er habe "Wichtigeres zu tun" und der andere gestand, er habe "Angst, beschimpft zu werden"!

Nun ist allerdings in den Chefetagen der meisten amerikanischen Ordinariate die

„Angst, beschimpft zu werden“ längst der „Angst vor dem finanziellen Bankrott“ gewichen, weil die von Missbrauchsoffern gerichtlich erwirkten

Entschädigungszahlungen summa summarum immerhin bereits die 3-Milliarden-Dollar-Marke überschritten haben. Hunderte von weiteren Forderungen werden voraussichtlich folgen.

Während sich in letzter Zeit immer mehr Bistümer durch die raffinierte „Auslagerung von Kirchenvermögen“ dem Zugriff der Urteilsvollstreckter entziehen, beauftragen finanziell gut situierte Diözesen prominente Anwaltskanzleien „mit der Entwicklung strategischer Maßnahmen für eine größtmögliche Schadensbegrenzung“. Zu letzteren gehört die reiche Erzdiözese New York, an deren Spitze Kardinal Timothy Dolan steht.

Dolan und seine Juristen-Lobby haben in den vergangenen Jahren u.a. erfolgreich verhindert, dass im Staat New York die sogenannten Verjährungsfristen für die Klagen von Missbrauchsoffern verlängert bzw. ganz aufgehoben wurden.

In einem Statement gegenüber „The New York Times“ verkündete der Kardinal auf seine bekannt schnodderige Art, dass er sich jetzt zum Ende des „Jahres der Barmherzigkeit“ einen Ruck gegeben habe, um einen „raumgreifenden“ Schritt auf die Missbrauchsoffern zuzugehen: „Ich verspürte die Gnade und die Herausforderung des Augenblicks, und ich dachte mir: auf geht's Jungens, lasst uns die Sache anpacken!“

Aus dem von Dolan eingerichteten „Missbrauchs-Fonds“ sollen ab sofort Personen eine „Ausgleichszahlung“ erhalten, die von einem Priester sexuell geschändet wurden. In ihrem Antrag auf Entschädigung müssen die Opfer detailliert schildern, wie sie vergewaltigt wurden. Gibt die zuständige Bistumsbehörde dem Antrag statt, wird ein individuell vereinbarter Betrag innerhalb von 60 Tagen auf das Konto des Antragstellers überwiesen.

Kritiker bezeichnen das in „pastoraler Verkleidung“ daher kommende Programm von Timothy Dolan als „hinterhältig und unmoralisch“. Zwei „Kröten“, so sagen sie,

müssten die Opfer gleich vom Start weg schlucken.

Erstens, müssten sie per Vertragsunterschrift erklären, über Personen und Umstände der Tat künftig absolutes Stillschweigen zu wahren. Zweitens, müssten sie versprechen, fortan von weiteren gerichtlichen Schritten gegen das Bistum Abstand zu nehmen.

Vertreter von „Opfer-Verbänden“ machen außerdem darauf aufmerksam, dass Kardinal Dolan vor allem deshalb eine „schnelle Einigung“ mit den Missbrauchsoffern in seinem Bistum suche, weil der sogenannte „Child Victims Act“ auf Drängen des New Yorker Gouverneurs Andrew Cuomo eventuell schon 2017 zur Abstimmung kommen und den Opfern zu mehr Rechten verhelfen könnte. „Dolan“, so sagen seine Kritiker, „geht es einzig und allein darum, möglichst viele potentielle Kläger in Ketten zu legen, bevor es juristisch vielleicht schon bald sehr eng für ihn wird. Geld und Ansehen der Kirche haben für Seine Eminenz absolute Priorität.“

Nach den Statuten des „Versöhnungs- und Kompensations-Programms“ der Erzdiözese New York haben die Missbrauchsoffern – ganz im Gegensatz zu den staatlicherseits geltenden Strafrechtsbestimmungen – keinerlei Anspruch auf „Akteneinsicht“: sie werden folglich aus dem erzbischöflichen Ordinariat nie erfahren, ob ihr Vergewaltiger einer gerechten Strafe zugeführt wurde und ob andere Kinder und Jugendliche sich künftig vor dem Sexualstraftäter sicher fühlen können. Belastendes Beweismaterial aus dem Bistums-Archiv bleibt unter Verschluss – auch wenn es diesbezüglich aus dem Vatikan anderslautende Verfügungen gibt. Denn nach Auffassung des Purpurträgers, so jedenfalls lässt er bei vertraulichen Gesprächen immer mal wieder durchblicken, dürfe man den zivilen Strafverfolgungsbehörden keinerlei Fakten in die Hand geben, „aus denen sich auf zurückliegende Strafhandlungen der Kirchenobrigkeit schließen lässt“.

An einer „Versöhnung“, d.h. an einem „sakramentalen Schulterchluss“ mit den Opfern ist dem Kardinal nicht gelegen, und vom „Beichtgeheimnis“ spricht er ohnehin nur dann, wenn es in sein zynisches Konzept passt: während Dolan's Anwälte

unter strikter Geheimhaltung Fall für Fall „abarbeiten“, verschwinden auch die Namen pädophiler Priester und Kirchenbediensteter – einer nach dem anderen - von der langen Täterliste der Erzdiözese.

Dass Timothy Dolan im Umgang mit Missbrauchsopfern nicht zimperlich ist, hat er schon in seiner Zeit als Erzbischof von Milwaukee (2002-2009) bewiesen, als er Kirchenaktien im stolzen Wert von 57 Millionen US-Dollar in einen „Friedhofs-Fonds“ transferierte, welcher für die Entschädigung lästiger „Survivors - Überlebender“ plötzlich nicht mehr zur Verfügung stand.

Horst Hohmann

Geburtsstunden

Wenn Waldomira Alves einen arbeitsreichen Tag hinter sich hat, träumt sie manchmal von einer vollautomatischen Waschmaschine. „Einfach nur auf den Knopf drücken“, sagt sie, „sich an den Tisch setzen und ausruhen - das wäre das höchste der Gefühle!“

Die 77jährige Frau, deren Mann erstochen wurde, als er einen Eckkneipen-Streit schlichten wollte, gehört zu den knapp 1.700 professionellen Wäscherinnen von Salvador, Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Bahia. Vier feste Kunden hat sie derzeit. Alles reiche Familien, mit denen es keine „Tarifverhandlungen“ gibt. „Die werfen dir ein Bündel von bis zu 200 Wäschestücke in den Hof“, erzählt Waldomira, „und empören sich jedesmal, wenn du höhere Stückpreise forderst.“ Dort, wo sie wohnt, in einer kleinen Holzhütte oberhalb einer illegalen Mülldeponie in der Favela „Neue Welt“, wird den Menschen sowieso nichts geschenkt. Daran haben sie sich gewöhnt. „Du musst kämpfen, du musst oft schweigen, du musst auf die Zähne beißen und musst weiter machen“, sagt sie. „Und

obwohl ich manchmal bis zum Umfallen gearbeitet habe – 15 oder auch 17 Stunden am Tag, war ich eigentlich immer eine zufriedene Frau und Mutter.“

Die 12 eigenen Kinder Waldomiras sind alle verheiratet und außer Haus. Zwei Töchter und ein Sohn wohnen in Salvador, praktisch um die Ecke. Ein Anruf genügt, wenn Mutter Hilfe braucht. Auch von ihren 23 Adoptivkindern haben in den vergangenen 10 Jahren zwölf einen Lebenspartner gefunden. Andere stehen als Singles auf eigenen Füßen.

An Mutters Rockzipfel hängen vorerst noch Rosanna (9), Jorge (7), Vanessa (6) und Nesthäkchen Claudomir (4). „Den hat unsere Gemeinde-Katechetin Maria aus einer Abfallkiste herausgeholt“, verrät Waldomira, „gerade mal 3 Monate alt, spindeldürr und dem Hungertod nahe!“ Heute wird Claudomir von seiner Adoptivmutter und seinen Geschwistern im Haus 63E an der Rua João Batista nur das „Dickerchen“ genannt.

Dass Waldomira Alves über die ganzen Jahre hinweg zu einer „richtigen Philosophin“ geworden sei, wie einige ihrer Nachbarn behaupten, streitet sie zunächst mal verlegen ab. „Du heilige Jungfrau von Aparecida“, stößt sie ungläubig hervor, „nicht mal lesen und schreiben habe ich ordentlich gelernt. Drei Jahre war ich in der Schule!“ Dann aber gibt sie doch zu, dass ihr das Leben viele, sehr schöne Lektionen erteilt habe – dass man mit dem Herzen schauen muss und dass die Liebe halt immer auch durch den Magen geht. „Ich habe sogar in ganz schweren Zeiten stets dafür gesorgt, dass genügend Reis und Bohnen auf den Tisch kamen“, erklärt sie und fragt, ohne eine Antwort zu erwarten: „Oder hätte sich der liebe Gott etwa aus unserer Mahlgemeinschaft verabschiedet, wenn ich den Bohnenbrei manchmal mit Wasser etwas strecken musste?“

Viele Mütter, so bedauert Waldomira, seien heutzutage gar nicht mehr in der Lage, „diese ganz einfachen Regeln des Zusammenlebens“ an ihre Kinder weiterzugeben, weil sie in Fabriken und Haushalten arbeiten gingen und sich dann bestenfalls abends, wenn sie total geschafft nach Hause kämen, vielleicht noch ein wenig um die Töchter und Söhne kümmern könnten. „Das ist einer der Gründe, warum bei uns in Brasilien so viele Familien

kaputt gehen und die Gewalttätigkeit ständig zunimmt. Es liegt nicht in erster Linie an der Armut, wenn wir immer häufiger einander aus dem Weg gehen. Es liegt an der mangelnden Erziehung“, glaubt die alte Wäscherin.

Stolz berichtet sie, dass sie weder ihre eigenen noch die Adoptivkinder jemals den Nachbarn zur Aufsicht überlassen habe, um sich selbst mal eine Verschnaufpause zu gönnen. „Das widerspricht meinen Grundsätzen“, sagt sie. „Als Mutter, als Bezugsperson musst du einfach da sein – zum Sprechen, zum Spielen und zum Anfassen!“

Ihr Leben lang nicht vergessen werden die Kinder nach Auffassung von Waldomira „hauptsächlich Dinge, über die wir nicht groß reden, sondern die wir einfach tun: wenn wir den Bettler, der regelmäßig zum Mittagessen erscheint, wie selbstverständlich an den Tisch bitten. Wenn die alleinstehende 86jährige Dona Isodora wenigstens einmal im Monat von uns eine kleine finanzielle Unterstützung erhält und dann glücklich nach Hause geht.“

Irmgard Rech

Kleinherzige Geschenke an die Frauen der katholischen Kirche im Jahr der Barmherzigkeit

Das Jahr der Barmherzigkeit ist zu Ende, die Heilige Pforte ist geschlossen, sie soll sogar zugemauert werden. Die Quelle der Barmherzigkeit wird dann wohl nicht mehr so üppig fließen. Mir und vielen Frauen brennt die Frage auf den Nägeln: Wieviel Barmherzigkeit hat es für uns Frauen gegeben? Diese Frage ist tatsächlich berechtigt in einer Kirche, in der immer noch die Männer über die Frauen verfügen. Ohne stichhaltigen theologischen Grund bleiben wir von allen Weiheämtern

ausgeschlossen. Für das lang gelehrt erniedrigende Frauenbild von der Zweitrangigkeit und der Unterordnungspflicht unter die Männer und für all das Leid, das sich daraus ergeben hat, keinerlei Entschuldigung, keine Versöhnung mit den Frauen, die ihre Berufung als Priesterin jetzt schon „contra legem“ leben und katholisch bleiben wollen. Doch es ist nicht so, als ob wir leer ausgegangen wären. Es gab tatsächlich zwei Geschenke, die sich die vatikanische Gottesdienstkongregation und die für die Überarbeitung der Einheitsübersetzung der Bibel zuständige Kommission ausgedacht haben.

Das erste dieser Geschenke soll von Papst Franziskus selber angeregt sein. Im Juni 2016 bestimmte ein Dekret, dass im liturgischen Kalender Maria von Magdala den Aposteln gleichgestellt wurde, indem ihr Gedenktag den Rang eines „gebotenen Festes“ bekommen hat. Wir engagierten Frauen in der Kirche könnten uns jetzt der Hoffnung hingeben, damit sei endgültig anerkannt, welche nicht zu leugnende Rolle Maria Magdalena und den anderen Frauen, die zum Ostergrabe gingen, bei der Verbreitung des Glaubens an den auferstandenen Christus zukommt, ohne den es kein Christentum gäbe, wie es der derzeit vielgelesene Emmanuel Carrère in seinem Buch „Das Reich Gottes“ herausstellt. Darf also endlich der in der Tradition überlieferte und Thomas von Aquin zugesprochene Titel „Apostula apostolorum“ ernstgenommen und daraus gefolgert werden, mit dem Titel Apostelin für Maria Magdalena sei eine Gleichwertigkeit und eine Ämtergleichheit endlich zugestanden. Doch in dem Dekret heißt es lediglich über Maria von Magdala, „von den Gläubigen unserer Tage kann sie als Beispiel für den Dienst der Frauen in der Kirche entdeckt werden.“ Also doch alles wie gehabt. Frauen dürfen weiter überall in der Kirche vor allem ehrenamtlich und unentgeltlich den geweihten Männern großzügig zu Hilfe kommen. Wo in den Gemeinden unbezahlt weitergearbeitet wird, leisten das vor allem Frauen.

Das zweite Geschenk an uns Frauen ist eine bereinigte Bibelstelle in der überarbeiteten Einheitsübersetzung, die im September bei der Vollversammlung der

Deutschen Bischofskonferenz vorgestellt wurde. Im letzten Kapitel des Römerbriefes, in dem der Apostel Paulus mehrere Frauen als hochmotivierte und unentbehrliche Mitarbeiterinnen würdigt, übermittelt er auch Grüße an das Paar Andronikus und Junia. 1980 hat die Einheitsübersetzung aus der Frau den Mann Junias gemacht, weil Paulus beide als „angesehene Apostel“ bezeichnet, die „sich schon vor mir zu Christus bekannt“ haben. (Röm 16, 7) Das geschah deshalb, weil damals nur einem Mann der Titel „Apostel“ zugestanden wurde. Jetzt also wieder eine Geschlechtsumwandlung. Der Mann Junias wird in die Frau Junia zurückverwandelt. Diesmal wird der Aposteltitel für sie genehmigt. Das letzte Kapitel des Römerbriefes belegt eindeutig, dass sich die Frauen in der Anfangszeit genauso wie die Männer als von Jesus gesandt verstanden und mit ihnen zusammen missioniert haben. Aber auch das hilft uns Frauen nicht, aus der Unterordnung herauszukommen und befreit die katholische Kirche und ihre Theologie nicht von der männlichen Dominanz. Jetzt dürfte eine kirchlich engagierte Frau schon einmal Apostelin genannt werden. Doch das bleibt eine Benennung aus der Frühzeit der Kirche. Das später erst geschaffene Weiheamt des Priesters behält seine höhere Wertung. Und bestehen bleibt die scharia-artige Deklaration im Kirchenrecht: Die heilige Weihe empfängt gültig nur ein getaufter Mann“ (c. 1024 CIC).

Was sind demnach die Geschenke der Priesterkirche an ihre Frauen im Jahr der Barmherzigkeit wert? Wir Frauen bleiben vom „Heiligen“ ausgeschlossen. Auf dem Totenbild meines Großvaters steht zu lesen: „Wir empfehlen die Seele des Verstorbenen dem hl. Messopfer der Priester“. Zwar gilt heute, dass die Gemeinde die hl. Eucharistie feiert und der Priester im Dienst der Gläubigen am Altar Jesus repräsentiert. Der Skandal liegt nun darin, dass es ein Mann sein muss und eine Frau Jesus nicht repräsentieren kann. Damit wird die Jesusrepräsentanz ans Geschlecht gebunden. Eine Frau, auch wenn sie ganz aus der Gesinnung Jesu heraus lebt, kann sie niemals erreichen. Theologisch ist das ein Unsinn, doch so ist es angeordnet und so wird es praktiziert. Auch wenn Priester

fehlen und in immer mehr Gemeinden sonntags keine Eucharistie mehr gefeiert wird, eine Frau darf auf keinen Fall am Altar in Jesu Namen die Messe feiern.

Wenn an Weihnachten in den Predigten von der Menschwerdung Gottes gesprochen wird, können wir als Frauen nicht sicher sein, ob nicht doch eine „Mannwerdung“ gemeint ist.

Zu fragen wäre auch, welches Zeugnis die katholische Kirche mit ihrer Zentrierung auf das männlich-zölibatäre Priesterbild in die Welt hinein gibt. Nicht wenige nehmen mit Kopfschütteln wahr, dass ihre Unfähigkeit, mit Reformen auf die Entwicklung der Zeit zu reagieren, nicht unwesentlich aus zölibatärem Starrsinn geboren ist. Ferner gibt sie eher ein falsches Zeugnis von der Gottebenbildlichkeit beider Geschlechter, wie sie in der Schöpfungsgeschichte grundgelegt ist. In einer Zeit, in der Frauenverachtung wieder zunimmt und die Menschenrechte für Frauen vielerorts beschnitten werden, Frauen vergewaltigt und getötet werden, muss das christliche Frauenbild im schärfsten Widerspruch dazu stehen und es muss vorgelebt werden bis in die Ämterstruktur, wie Männer und Frauen in gegenseitiger Hochschätzung zusammen leben und im gemeinsamen Wirken aus der Botschaft Jesu heraus die Welt gerechter und friedvoller machen können.

Ida Raming

**Delegierte von Women's
Ordination Worldwide
(WOW) – dem
internationalen
ökumenischen Netzwerk
für Frauenordination –
trafen sich in
Krakau/Polen vor dem
Papstbesuch**

Gründung des internationalen Netzwerkes WOW in Österreich – seine Visionen und Ziele

Im Juli 1996 – während der Ersten Europäischen Frauensynode in Gmunden/Österreich - wurde das internationale Netzwerk 'Women's Ordination Worldwide' gegründet. Unter dem „Dach“ dieses Netzwerkes versammeln sich Organisationen und Einzelpersonen, die für den uneingeschränkten Zugang von Frauen zu allen „Weiheämtern“ (ordained ministries) in den christlichen Kirchen eintreten. Zur Zeit liegt das Hauptgewicht ihrer Arbeit darauf, alle kirchlichen Ämter und Dienste für römisch-katholische Frauen zu öffnen. Das legte sich bereits bei der Gründung nahe, denn unmittelbar vor der Gründung von WOW – im Jahre 1994 – verkündete Papst Johannes Paul II. das „definitive“ Verbot der Frauenordination „*Ordinatio Sacerdotalis*“, das bis heute schwer auf den interessierten katholischen Frauen lastet.

Ich erinnere mich lebhaft an die Gründung des Netzwerkes vor 20 Jahren, woran wir große Hoffnungen im Blick auf unsere Ziele knüpften. Welchen Namen sollten wir ihm geben? Eine der Teilnehmerinnen, eine Theologin aus den USA, hatte die zündende Idee: *Women's Ordination Worldwide*: „*WOW*“! Das wurde von allen Teilnehmerinnen mit großem Beifall akzeptiert.

Bald nach der Gründung von WOW bildete sich ein Leitungsgremium („steering committee“), in dem die Einzelorganisationen aus verschiedenen Ländern durch Delegierte vertreten sind. Sie entwickelten grundlegende Visionen für WOW: Welche Ziele soll das Netzwerk verfolgen – für welche Werte steht es ein?

Hier einige der wichtigen Visionen:

- Koordinierung, Empfehlung und Vorstellung der weltweiten Bewegung für die Frauenordination;
- Zusammenführung von verschiedenen nationalen und internationalen Organisationen, die für die

Frauenordination in allen christlichen Kirchen arbeiten;

- Förderung eines weltweiten Forums durch internationale Konferenzen und Dialog zur Stärkung des Bewusstseins für die Frauenordination in der römisch-katholischen Kirche und zur breiten Diskussion darüber (Eine solche internationale, viel beachtete Konferenz von WOW fand 2015 in Philadelphia/USA statt: Artikel darüber in „Kirche In“, Jg. 2015);
- Unterstützung von Gleichberechtigung in allen Religionen;
- Befreiung der Kirche von der Sünde des Sexismus und institutioneller Unterdrückung, Überwindung der Spaltung zwischen den Geschlechtern, des Klerus vom Volk Gottes ... ;

Zu den verbindlichen Zielen, auch Werten, von WOW gehören:

- Die Mitglieder zu Integrität, Höflichkeit, Transparenz, Rechenschaft und Demokratie in ihren Aktivitäten und Zusammenkünften anregen und anhalten; ferner: auf einen nicht-hierarchischen Führungsstil hinarbeiten;
- Die Gott-gegebene Vielfalt der Menschheit anerkennen, diese Vielfalt innerhalb der Mitgliedschaft reflektieren und bei der Begegnung mit Frauen und Männern verschiedener kultureller Herkunft beachten;
- Ökumenische und interreligiöse Unterstützung in der Arbeit von WOW begrüßen und Initiativen fördern, die sich für eine volle Inklusion von Frauen in allen Aspekten des täglichen Lebens und in den Strukturen von Glaubensgemeinschaften einsetzen...

Diese Ideale sind großartig, die Ziele weit gespannt – ein Einsatz dafür lohnt sich, und viele Menschen in den Glaubensgemeinschaften sollten davon erfahren!

Delegierte von WOW treffen sich in Krakau (Juli 2016)

Unmittelbar vor dem Besuch des Papstes zum Weltjugendtag versammelte sich das

Leitungsgremium von WOW zum diesjährigen Meeting.

Kurz zuvor hatte Papst Franziskus die heilige Maria aus Magdala zu ihrem Festtag am 22. Juli in besonderer Weise gewürdigt: Auf seine Anordnung hin ist diese Jüngerin Jesu nun mit den übrigen Aposteln gleichgestellt – in liturgischer Hinsicht.

(Dass aus dieser „Beförderung“ der Heiligen auch faktische und rechtliche Konsequenzen gezogen werden müssen, liegt freilich auf der Hand!)

Eine der Teilnehmerin an dem Treffen in Krakau: *Olivia Doko*, Mitglied der internationalen Priesterinnenbewegung, RCWP, berichtet:

„Zum jährlichen Treffen des Leitungsgremiums von WOW versammelte sich in diesem Jahr eine kleine Gruppe, – aber wir waren 'stark im Geist'. Sechs Organisationen waren präsent an unserem 'runden Tisch', zwei weitere Delegierte aus Australien und Indien nahmen zeitweise teil, sie waren durch Skype hinzugeschaltet...

Wir überlegten neue Wege und Mittel, wie wir WOW weltweit bekannter machen können, so dass mehr Menschen über die Bewegung für die Frauenordination in der katholischen Kirche erfahren.

Ein Höhepunkt - 'highlight' unseres Treffens war unser öffentliches Zeugnis für Frauenordination am Fest der Maria aus Magdala am 22. Juli, vor der Residenz des Kardinals von Krakau, wo Papst Franziskus in ein paar Tagen zum Weltjugendtag erwartet wurde ...

Für unsere öffentliche Repräsentation erhielten wir eine polizeiliche Erlaubnis sowie Polizeischutz. Mehrere Passanten verwickelten uns in Gespräche (eine von unsern Mitgliedern spricht fließend polnisch). Die meisten Menschen waren höflich zu uns, auch wenn sie unseren Zielen nicht zustimmten. Einige Ordensfrauen versuchten uns zu entmutigen... Junge Passanten, besonders junge Frauen, waren sehr interessiert an einem Gespräch mit uns, aber männliche Kleriker mischten sich schnell ein und versuchten das Gespräch in eine andere Richtung zu lenken. Die einzigen Menschen, die sich grob-frech uns

gegenüber verhielten, waren zwei Frauen aus der „Dienerchaft“ des Kardinals und die Männer, die den Eingang der Residenz des Kardinals bewachten. Die Polizei dagegen war sehr höflich zu uns und kritisierte die Unhöflichkeit/Grobheit der Laien im Dienst des Kardinals.

Eines Nachmittags kam eine junge Frau, die in Krakau wohnt, zu unserem Treffen. Sie wollte gern mehr über uns erfahren. Sie teilte uns mit, dass wenigstens 40 bis 60% der Menschen in Polen, einem sehr katholischen Land, einen verheirateten Klerus und Priesterinnen befürworteten.“

Abschließend meint die Berichterstatterin: „Unser Treffen in Krakau war auf jeden Fall wichtig, besonders im Hinblick auf den bevorstehenden Papstbesuch; denn wir nutzten die Gelegenheit, vor vielen Menschen, die sonst vermutlich nicht nach Krakau gekommen wären, öffentlich für die Frauenordination einzutreten.“

(Die Website von WOW: womensordinationworldwide.org)

Franz Aengenheister

Das heiße Eisen des Zölibatsgesetzes

Die Süddeutsche Zeitung hat auch beim Thema Zölibat (genauer: Zölibatsgesetz) auf ihre Leser geachtet, z.B. in den Monaten nach dem Ausbruch der Missbrauchsskandale. Damals bekam der renommierte niederrheinische Kirchengeschichtler und Priester Arnold Angenendt eine volle SZ-Seite für eine historische Darstellung des Zölibatsgesetzes und seiner ideologischen Begründungen (SZ 10.10.2010).

Sechs Jahre später schrieb eine mit einem Geistlichen liierte Lehrerin ähnlich umfangreich einen Erfahrungsbericht (SZ 29./30.10.2016), wobei die SZ

Anonymitätsschutz gewährte. Die Autorin vermutet, dass mindestens 50% der Geistlichen in Amt und Würden „in Beziehungen leben“. Ergebnis: Nichts hat sich geändert, der Katholizismus implodiert weiter vor sich hin, auch nach drei „franziskanischen“ Jahren.

Das katholische Tabu seit 900 Jahren

Das Zölibatsgesetz ist seit dem Cluny-Papsttum im 11. Jahrhundert rigoros und ohne Diskussion durchgepackt worden, bis hin zum Montini-Papst Paul VI., der das Thema 1965 den Konzilsvätern entzog, um es zwei Jahre später in einer mit etlichen Stockfehlern „begründeten“ Enzyklika in die brodelnden Kirchenprovinzen (vor allem: Holland und das übrige Mitteleuropa, die USA und Lateinamerika) zu schicken.

Montini verfügte noch, dass alle Äußerungen der Konzilsväter zum Zölibat im Vatikanischen Geheimarchiv getrennt von den zu veröffentlichenden, offiziellen Konzilsakten versteckt wurden und ließ zu, dass Kardinäle wie Wojtyla und Höffner (und der bald mit dem Kardinalat belohnte Essener Bischof Hengsbach) die Enzyklika in einer Bischofssynode (1971) mit Hauen und Stechen und mit Geld für lateinamerikanische Pro-Zölibat-Stimmen aus der Kasse von „Adveniat“ schließlich mit ziemlich knapper Mehrheit bestätigt wurde, gegen Kardinal Döpfner (und seinen Begleiter Karl Lehmann) übrigens; Döpfner war auch in Sachen Humanae Vitae einer der Hauptkontrahenten des Krakauers (Verfasser bekam im Oktober 1971 abends die Schilderungen der Vorfälle aus erster Hand. Der „Bote“ ist noch unter den Lebenden).

Anfang 1970 und im Vorfeld der Würzburger Gemeinsamen Synode haben die elf Mitglieder der Glaubenskommission der Fuldaer Bischofskonferenz die Bischöfe dringend aufgefordert, die Z-Frage bzw. das Thema der Viri probati wenigstens gründlich und öffentlich, auch gegenüber Rom, zu „prüfen“. Der brisante, von seelsorgerlichem Verantwortungsgefühl getriebene Text der renommiertesten deutschen Theologen (incl. Joseph Ratzinger) wurde der Schweizer

Jesuitenzeitschrift „Orientierung“ zugespielt, woran Karl Lehmann in seinem Interviewbuch mit Schächter erinnert.

Als der Verfasser im Herbst 1975 seinem Münsteraner Priesterrat eine Eingabe machte, in der er für Viri probati eintrat, näherhin für Akademiker mit weltlichem Beruf, theologischem Vollstudium und fünfjähriger Ehe sowie hauptamtlicher, wie ein Grundschullehrer besoldeter Diakonstätigkeit, schrieb ihm der Sprecher Franz Kamphaus, über die Z-Frage habe Rom jede Diskussion untersagt, und die Bischöfe hielten sich daran, und die Priester im Rat auch; von Recht und Pflicht zum Einspruch, R e m o n s t r a t i o n, in katholischer Tradition ist auch beim noch leidlich gebildeten Klerus der Konzilszeit schon nichts mehr bekannt (Seit 1976 währt daraufhin der geistliche Ausstand des Verfassers als ultima ratio).

Die Methode des Tabus und Diskussionsverbots gehört sozusagen zum römisch-katholischen Verhaltenskatechismus: Was kirchliche Gesetze, Sakramente, Ämter, Todsünden oder Traditionen sind, wird oben definiert und dekretiert und nach dem Katechismus auswendig gelernt und eingebläut, notfalls mit der Zuchtrute des (oft geistlichen) Katecheten. Rückfragen sind obsolet, auch bei sonst im Ruf der Liebenswürdigkeit stehenden Geistlichen. Das Neue Testament ist nur ein Steinbruch für passenden Beweisschmuck. Dieser Tabu-Ungeist fiel jahrhundertlang nicht besonders auf, in Schule, beim Meister und in der Kaserne wurden junge *Menschen* verprügelt, als wären sie noch keine Menschen. Dass nicht nur bei den angehenden Domspatzen geprügelt wurde, rettet die Sache nicht. Bonhoeffers Mutter wies in der Weimarer Zeit darauf hin, dass Schule und Kaserne den jungen Menschen oft das Rückgrat gebrochen hätten. Nichts Neues? Noch 1948 durfte der Pariser Nuntius Roncalli den Philosophen Jaques Maritain und die Ausarbeitung der UNO-Menschenrechte nur im Geheimen (gegen Pius XII.) unterstützen. Aber er tat es („remonstrierte“ mindestens geheim), und französische Kardinäle machten ihn 1958 zum Papst, Gott sei Dank.

Das Z-Tabu wird immer noch hochgehalten. Wer in der Öffentlichkeit das Z-Wort

ausspricht, wird vom geistlichen Establishment und seinen schreibenden Helferinnen und Helfern sofort als Störenfried und Modeprotestler angegiftet. Seit Franziskus rüsten diese Entrüster in der „Tagespost“ und weiter rechts zwar etwas ab, wie mir scheint. Entscheidender ist aber das *tönende Schweigen der Mächtigen*:

Papst Franziskus ist als Ordensmann im Gegensatz zu allen Weltpriestern an ein Ehelosigkeits - G e l ü b d e gebunden (von dem man seit Papst Wojtyla viel leichter dispensiert werden kann als vom Disziplinargesetz des Zölibats.) Und kundige Analysten sind überzeugt, dass der 77jährige Pater Bergoglio wohl nur deshalb so schnell zum Papst gewählt werden konnte, weil er in der Z-Frage keine eigene Initiative erwarten ließ und auf Zeit und Sonderregelungen setzen würde („wait and dispense“, nach alter päpstlich-kurialer Hausapotheke). Den schwarzen Peter schiebt Franziskus „subsidiär“ gern an die Peripherie, dabei weiß er, dass dort fast nur „Wojt-zinger“-Hirten weiden, Bischöfe aus den Ställen Wojtylas und Ratzingers. „Und die sind in Rom und den Nuntiatoren streng nach dem Z-Kriterium handverlesen worden, unterstützt von romreisefreudigen Bischöfen wie Meisner oder Genn, seinem Nachfolger in der Kongregation für die Bischöfe; das scheint so weiterzugehen: der designierte Bischof für Aachen, wie Genn alter Trierer Diözesan, ließ sich seitenlang im Bistumsblatt vorstellen, zur Z-Frage keine Silbe. Kein Papst wird sich ganz leicht tun, das Ende des Zölibatsgesetzes zu verkünden, nach all den hochprozentigen geistlichen Lobgesängen auf die neutestamentliche Erlaubtheit, nein: Angemessenheit, wenn nicht Notwendigkeit dieses Kirchengesetzes. Als Emeriti (über 75 bzw. 80) sprachen etliche Bischöfe tatsächlich von *Viri probati*. Besser als überhaupt nicht. Wunibald Müller, gerade als Priestertherapeut in Pension gegangen, weist darauf hin, dass diese Vogelstraußpolitiker in den Bischofshäusern gar nicht genau wissen wollen, wie es um ihre Zölibatäre steht. Immerhin haben die Bischöfe inzwischen etwa 9.000 Priester befragen lassen (Weig-Untersuchung). Aber die nächste Bischofssynode in Rom soll 2018 über „Jugend“ gehen; da ist natürlich auch

Informationsbedarf. Aber mutiger wäre die Z-Frage; vielleicht kommen die alten Synodalen darauf, dass die Jugendlichen erst wieder von überzeugenden, mit Muße ausgestatteten Kaplänen neu angesprochen werden können. Also pazienza, ragazzi! Und „Rom hat Zeit“.

Ähnlich abgehoben huldigt das ZK der Katholiken für den nächsten Katholikentag in Münster 2018 dem Genius Loci, dem Frieden. Immerhin hat der neue ZK-Präsident Thomas Sternberg die Z-Frage gleich nach Amtsantritt mehrfach unüberhörbar auf den Tisch gelegt.

Auch aktive Priester ziehen es in der Regel vor, zum Zölibat zu schweigen (auch die meisten „Priester ohne Amt“). Neben viel Resignation gibt es da wohl auch die Angst vor Gegenfragen, psychologisch naheliegend. Und die meisten Pfarrer und die wenigen Kapläne/Vikare/Kooperatoren haben für derlei Fragen oft einfach keine Zeit. Von den etwas jüngeren Pfarrern kann man auch aus anderen Gründen keine Initiative zum Z-Problem erwarten.

Schlimmer ist das Schweigen der Theologieprofessoren, auch der nichtpriesterlichen. Vielleicht möchte man die Bischöfe nicht unnützlich stören; der Essener Bischof führt in seiner Akademie die Pferde an langer Leine, in Sachen Zölibat weiß aber jeder Professor (meist Laien, mit Unibesoldung), wie die geistliche Sonder-Ecke des Bischofs zum Zölibatsgesetz ausgestattet ist: zu jeder Tageszeit kann ein Fünfminuten-Statement abgesetzt werden, dem man nicht widerspricht, es geht schließlich nicht um Galater 2 bzw. die offene Remonstration des Paulus gegen Petrus. Und als Fragesteller wird man gern auf seinen klerikalen Ansatz hingewiesen.

Bearbeitet, und durchaus kritisch, wird das Thema u.a. von Emeriti wie Georg Kraus (78), Wolfgang Beinert (83), Hanspeter Heinz (77), natürlich vom „streikenden“ Geistlichen Georg Denzler, dem Zölibatshistoriker (seit seinem Ausstieg), der es sich leisten kann, sich nicht „laisieren“ zu lassen. Seine Geschichte des Zölibats in der Herderbücherei hat er neu auflegen lassen und ergänzt und Arnold Angenends (82) SZ-Artikel von 2010 in süddeutscher Bescheidenheit in die FAZ verpflanzt. Dieser hat für eine analytische

und ideologiekritische Aufarbeitung des Z-Tabus mit seinem Erfolgsbuch zu Sexualität und Ehe im Christentum gute Vorarbeit geleistet. Es fehlt zur Z-Frage aber noch der letzte systematische Biss. Denzler hat mit einem Schweizer Autor im LIT Verlag sogar eine Internationale Bibliographie zum Z herausgebracht, die eine Unmenge von „unscharfen“ Beiträgen auflistet. Als kürzlich W. Beinert das Thema der XXL-Gemeinden (inkl. Zölibatsgesetz) in den „Stimmen der Zeit“ aufgriff, gratulierte ich. Er mailte achselzuckend zurück, etliche hätten schon zugestimmt, auch Bischöfe, aber geschehen werde – nichts.

Natürlich durchsuchen in Rom und anderswo Ordensleute die Vergangenheit nach Pro-Z-Spuren. Der Leiter des römischen Camposanto, Heid, versuchte, aus dem Wiederheiratsverbot für Witwer im Gemeindeamt, mit Spuren im späten NT, eine Art Früh-Z zu konstruieren. Dies sollte bei einer wirklichen Novelle dazu führen, diese Sitte von den Ostkirchen nicht zu übernehmen, auch *nicht* deren Bischofszölibat.

Katholische Akademien, denen die Seelsorge am Herzen liegt und die nicht eine gehobene Volkshochschule und Kulturreiseveranstalter für (betuchte) Senioren sein wollen, hätten hier ein Arbeitsfeld. Ich höre und sehe aber viel schweigende Leere. Muss man vor Reinhard Marx Angst haben? (Julius Döpfner und Karl Forster pflügten tiefere innerkirchliche Furchen.) Oder vor Genn, Bode, Woelki, Burger etc.?

Dass ZK-Präsident Thomas Sternberg gerade nicht mehr Chef der Bistumsakademie und im Sold des Bischofs von Münster war, traf sich gut: Er konnte als ZK-Chef gleich auch zum Z. Tacheles reden (und an muntere Vor-redner des ZK wie Hans Maier, Bernhard Vogel und Alois Glück u.a. anknüpfen).- Einen erstklassigen Theologen bat ich am Rande eines Vortrags, einmal die Vermutung des großen Dogmatikers O.H. Pesch+ zu überprüfen, der Z. sei möglicherweise mit einem alten Kanonistengrundsatz auszuhebeln: ein ungerechtes Gesetz verpflichtet nicht (lex iniusta non obligat), wurde ich getröstet. Die Sprache kennt die Kohlen, die andere aus dem Feuer holen sollen. Schlimm wird es

freilich, wenn es niemand tut. Irgendwann ist das Feuer – aus.

Auch Bistumszeitungen sollte das Schicksal der Seelsorge und der Pfarreien am Herzen liegen. Ebenso Regenten von Priesterseminaren. Ein neuer Chefredakteur (Christof Haverkamp) von Münsters „Kirche und Leben“ interviewte den jungen Regens Hartmut Niehues. Fabelhaft, richtig journalistisch.

Der Regens redete als ein Kenner der Sache. Er wies z.B. einfach darauf hin, dass aus einigen Ländern (Polen, Afrika, Indien) noch „Priester der Weltkirche“ exportiert werden können, dass dies aber auch anderswo bald zu Ende sein könne, „überall, wo das Priesterwerden nicht mit sozialem Aufstieg verbunden ist“. Ein regelrechtes Interview, ergebnisoffen. Das Z- bzw. VP-Wort fiel (dem Herausgeber Genn zuliebe?) nicht ausdrücklich. Aber etliche alte Konzilshasen schrieben begeistert; es wurde sogar ein Satz abgedruckt wie dieser: „Es gab seit 1965 einen weiteren Machtmissbrauch eines autokratischen Lehr- und Jurisdiktionsdiktats auf den oberen ‚cathedrae‘: des Heiligen Stuhls in Rom, der bischöflichen Stühle und der theologischen Lehr-Stühle: Man hat 1967 über das Zölibatsgesetz, 1968 bei der Empfängnisplanung und 1983 beim neuen Kodex Kardinal Wojtyla bzw. Johannes Paul II. nachgegeben und nicht remonstriert“ (TRE).

Paul Glotter

Generalamnestie für die Domberg-Mafia?

Jedesmal wenn ein Priester die Bischofsweihe empfängt und in sein neues Amt als Chef eines Bistums eingeführt wird, findet nach altem, kirchlichem Verständnis eine Vermählungsfeier statt, an deren Ende allerdings meines Wissens bis auf den heutigen Tag nie die

Aufforderung stand: „Sie können jetzt die Braut in den Arm nehmen und küssen!“

Am 18. September 2016 hörten wir deshalb auch Georg Bätzing, den Nachfolger von Franz-Peter Tebartz-van Elst, beim Festakt in Limburg lediglich stammeln: „Hier bin ich. Jetzt habt ihr mich!“

Eine „Liebeserklärung“ war das nicht. Eine „Liebeserklärung“ klingt anders. Die durften wir nach der gerade stattgefundenen „Zwangs-Verehelichung“ auch gar nicht erwarten.

Denn, um die „Kirche im Dorf“ zu lassen: wieder einmal hatte niemand die „Braut“ (das „Volk Gottes“) gefragt, ob sie diesen Bräutigam aus freien Stücken ausgewählt habe und nun bereit sei, ihm in guten wie in schlechten Zeiten die Treue zu halten – bis der Tod sie scheidet!?

Wieder einmal sah sich niemand genötigt, der „Braut“ wenigstens ansatzweise zu erklären, unter wessen Regie sowie wann, wo und warum die Wahl ausgerechnet auf diesen „Bräutigam“ fiel, und – was uns vom „Brautkomitee“ natürlich besonders interessiert – wieso die Wahl geheim war?

Hatten die angeblich im Auftrag Gottes agierenden „Wahlmänner“ vielleicht etwas zu verbergen? Wurden Stimmen gekauft? Ging's in abgedunkelten Hinterzimmern etwa nicht mit rechten Dingen zu? Wurde dort gemauschelt und geklüngelt? Haben „übergeordnete Stellen“ möglicherweise Druck ausgeübt?

Liegen wir einfachen und theologisch unbedarften, aber mit einem gesunden Menschenverstand ausgestatteten Laienchristen wirklich so falsch mit der Auffassung, dass es nicht nur „Loyalitätsobliegenheiten“ gegenüber dem Papst und gegenüber der „Institution Kirche“ gibt, sondern auch gegenüber dem Volk Gottes, das in der barocken Kirchen-Prosa häufig sogar als „Braut Christi“ oder aber in moderner Sprache als die „First Lady“ unseres Herrn Jesus bezeichnet wird? Gehört es etwa nicht zu den verbrieften Menschenrechten einer „Braut“, ihren „Bräutigam“ frei wählen und sagen zu dürfen, wie sie sich ihren Zukünftigen vorstellt und welche Charaktereigenschaften sie bei ihm auf keinen Fall missen möchte?

Ja, und kann mir bittschön jemand erklären, warum das zivile deutsche Strafrecht (vgl. Paragraph 237) bei einem sogenannten „Shotgun Wedding“ von Nötigung und Freiheitsberaubung spricht und für den Gesetzesbrecher Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und 5 Jahren vorsieht, das Kirchenrecht jedoch bei solchen Verstößen keinerlei Strafverfolgung in Erwägung zieht?

Bevor ich gleich ausführlicher auf die Frage eingehe, mit welchem Recht Tebartz-van Elst sowie alle anderen zwischen 2007 und 2014 am verbrecherischen Treiben rund um den Domberg von Limburg beteiligten Akteure in den Genuss einer Generalamnestie kommen sollen, noch drei kurze Bemerkungen zu Georg Bätzing, dem neuen Bischof von Limburg.

Genauso wie sein Vorgänger hat auch er im September den Bischofsring mit den Worten empfangen: „Nimm den Ring, das Siegel der Treue, damit du Gottes heilige Braut, die Kirche, geschmückt durch unwandelbare Treue, unverletzt behütet.“

Ist sich Bätzing bewusst, dass Tebartz-van Elst dasselbe fragwürdige „Ring-Ritual“ über sich ergehen ließ und anschließend von seinen ganzen „Treueschwüren“ nichts mehr wissen wollte?

Besonders lange nachgedacht hat der ehemalige Generalvikar von Trier ja wohl dann auch nicht, als er dem Limburger Kirchenvolk versprach, dass er sich nicht „dick machen“ wolle. Ich ahne zwar, was Bätzing im Sinn hatte. Doch als künftiges Mitglied einer Führungselite, die sich selbst mit einem weichen Privilegien-Polster ausgestattet und die Rechte der Laien in der Kirche auf ein kaum noch erträgliches Minimum reduziert hat (nicht einmal mehr im Gottesdienst dürfen sie sagen, was ihnen das Wort Gottes bedeutet!), hätte er doch eigentlich spüren müssen, dass es reichlich zynisch klingen könnte, wenn man – bildlich gesprochen – vor einem Langstreckenflug aus dem breiten Sessel der First oder Business Class solch aufmunternd gemeinte Sprüche in die „Holzklasse“ des Fliegers schickt, wo jeder Passagier bis zuletzt inständig betet, dass ihm der Himmel keinen übergewichtigen Nachbarn schicken möge.

Als das „Volk Gottes“ in Limburg unter die Räuber fiel – daran möchte ich Georg

Bätzing hier drittens noch erinnern –, wurden die bis heute nicht verheilten Wunden von Leuten geschlagen, die „Rang und Namen“ haben. Wie sollen wir, hochverehrter Bischof Bätzing, Ihren Wunsch nach Versöhnung mit dieser Räuberbande verstehen, wenn deren Mitglieder weder zu einer ehrlichen Beichte noch zu einer aufrichtigen Buße bereit sind und für sich stattdessen mit einer beleidigenden Unverschämtheit Freispruch beanspruchen?

Obwohl es mir zunächst durchaus bedenklich erschien, die skandalösen Vorgänge rund um den Domberg von Limburg als „verbrecherisches Treiben“ oder summa summarum einfach als atemberaubendes „Kriminalstück“ zu charakterisieren, finde ich inzwischen, dass es beim Limburger „Tatort“ selbst mit viel Wohlwollen nichts, aber auch gar nichts zu beschönigen gibt.

Ich nenne die 5 wichtigsten Punkte einer möglichen Anklageschrift. Erstens, die Vorgänge rund um die Ende 2007 erfolgte Ernennung von Tebartz-van Elst. Zweitens, das bei den Baumaßnahmen auf dem Limburger Domberg veruntreute Kirchenvermögen. Drittens, der gigantische Vertrauensverlust und die Kirchengaustritte. Viertens, die unterlassene Hilfeleistung für die in Limburg unter die Räuber Gefallenen. Fünftens, die Ernennung Tebartz-van Elst zum Delegaten des Päpstlichen Rates für die Neuevangelisierung. Im Einzelnen möchte ich festhalten:

Erstens wurde Franz-Peter Tebartz-van Elst mit dem ausdrücklichen Auftrag nach Limburg ernannt, um in dem als reformbewusst geltenden Bistum gründlich „aufzuräumen“. Durch seine Ernennung sollten zuallererst machtpolitische Ziele umgesetzt werden. Gehorsam sollte fortan auf der kirchlichen Tugendliste wieder ganz oben stehen. Denn immerhin hatte es Vorgänger Franz Kamphaus gewagt, sich über ein Jahr lang dem von Johannes Paul II. verordneten Abbruch der Schwangerenkonfliktberatung durch die Katholische Kirche zu widersetzen – eine „Todsünde“, wie sich an der in diesem Heft begonnenen Schilderung des „Falles Gaillot“ ermessen lässt. Die in der Diözese existierenden und bestens

funktionierenden synodalen Gremien wurden von Tebartz-van Elst Schritt für Schritt entmachtet, die Dialogbereitschaft des Bischof gegenüber den Behörden der Bistumsverwaltung sank auf den Nullpunkt (irgendwann wusste niemand mehr, wo der Bischof ist und was er gerade macht!). Durch seine verwaltungstechnischen, disziplinarischen und pastoralen Alleingänge sorgte der junge Bischof bei vielen Seelsorgern und Laien ein ums andere Mal für blankes Entsetzen. Vertreter des Domkapitels sagten irgendwann dann ganz offen, dass sich das Gremium mehrheitlich für Tebartz-van Elst entschieden habe, ohne den Wunschkandidaten der Kurie auch nur annähernd gründlich zu kennen – eine Unverantwortlichkeit sondergleichen, wenn man bedenkt, dass die Römer mit der klaren Absicht angetreten waren, die Limburger Wahl zu manipulieren. In allen rechtsstaatlich funktionierenden Demokratien werden Wahlmanipulationen oder Wahlbetrug mit saftigen Geld- bzw. Gefängnisstrafen geahndet.

Zweitens veruntreute Tebartz-van Elst Kirchenvermögen in Millionenhöhe. Im Prüfbericht der Deutschen Bischofskonferenz heißt es auf Seite 84 dazu klipp und klar: „Dass bei einer strikten Anwendung der Prinzipien einer wirtschaftlichen Projektdurchführung Kosten in Höhe von 8,3 Millionen Euro hätten gespart werden können, ohne dass dadurch wesentliche funktionale und qualitative Einbußen zu erwarten gewesen wären.“ Für seine 283 Quadratmeter große Bischofswohnung blätterte Tebartz-van Elst sagenhafte 6 Millionen Euro auf den Tisch, 21.500 Euro pro Quadratmeter, und stieß damit an eine wohn-ästhetische Obergrenze, an der sich gewöhnlich nur Superreiche oder auch Gangster bewegen, die mit Waffen und Drogen großes Geld verdienen.

Drittens sorgte der Vorgänger von Georg Bätzing durch seinen extravaganten und dem Evangelium diametral entgegengesetzten Lebensstil, durch seine Lügen und durch seine luxuriösen Bauprojekte unter den Katholiken des Bistums Limburg und darüber hinaus in ganz Deutschland für einen nie zuvor beobachteten Vertrauensverlust der Amtskirche und für den Kirchengaustritt

von mindestens 100.000 Katholiken. Dabei handelte es sich nicht nur um eine „gewissenlos in Kauf genommene Vertreibung aufrichtiger Menschen aus ihrer angestammten Heimat“, sondern auch um einen höchst fahrlässigen Umgang mit potentiellen Kirchensteuermitteln. 280 Euro Kirchensteuer zahlt für die Schulden jedes Kirchenmitglied pro Jahr, d.h. jedes Jahr muss die katholische Kirche in Deutschland wegen Tebartz-van Elst auf Kirchensteuereinnahmen in Höhe von 28 Millionen Euro verzichten – ein Betrag, den man bei den von Rupert Neudeck gegründeten „Grünhelmen“ oder bei der vom Briten Peter Saunders für Missbrauchsopfer gegründeten Schutzorganisation NAPAC (vgl. Das Interview in diesem Heft) über fünf Jahre hinweg als einen höchst willkommenen „warmen Regen“ betrachten würde.

Viertens war in den ganzen Jahren, als das Bistum Limburg unter die Räuber gefallen war, von den eigentlichen Verursachern der „Massenkarambolage“ an der Lahn nichts zu sehen. Sie begingen „Unfallflucht“. Und statt der schrecklich zugerichteten „Braut Christi“ Öl in die offenen Wunden zu gießen, machten sie sich der „unterlassenen Hilfeleistung“ schuldig. Weder Karl Lehmann als amtierender Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, weder Kardinal Joachim Meisner als für Limburg zuständiger Metropolitan der Kölner Kirchenprovinz, noch die Nuntien Erwin Josef Ender und Jean-Claude Périsset nahmen es mit CC 213,3 des Kirchenrechts sonderlich ernst, dass nämlich bei „gemeinwohlrelevanten Dingen“ bzw. immer dann, wenn Schadensbegrenzung angesagt ist, Meldepflicht besteht. Kann sich jemand erinnern, dass einer der Herren dem auf Abwege geratenen Bischof von Limburg in die Arme fiel und aufgebracht rief: „Stopp Franz-Peter! Bis hierhin und nicht weiter!“ Wohl habe ich nicht vergessen, dass ausgerechnet Kardinal Joachim Meisner den wegen einem mikrigen Geldbetrag ins Gerede gekommenen und 2014 vom Korruptionsverdacht freigesprochenen Bundespräsidenten Christian Wulff zum Rücktritt aufforderte. Papst Benedikt XVI., der Letztverantwortliche des Limburger Trauerspiels, hat sich in ominöses

Schweigen gehüllt und seine beiden engsten Vertrauten Müller und Gänswein gegen die deutsche Presse und ganz allgemein gegen die „sprungbereite Feindseligkeit“ seiner deutschen Gegner in den „Verteidigungs-Kampf“ geschickt, auch und gerade, wo es um die aus „fehlender Menschenkenntnis“ vorgenommene Ernennung von Tebartz-van Elst ging. Es ist kaum zu erwarten, dass der deutsche Ex-Papst auf seine alten Tage aus dem uns allen zugefügten Schaden klug geworden ist.

Fünftens dürfen wir wohl aus der Berufung des ehemaligen Limburger Bischofs zum Delegaten des „Päpstlichen Rates für die Neuevangelisierung“ in Rom schließen, dass es für ausgewiesene Finanz-Ganoven, Lügner und Spalter in der Kirche immer wieder einen kleinen, hübschen Posten gibt. Tebartz-van Elst beschäftigte sich übrigens an seinem römischen Arbeitsplatz u.a. mit der wichtigen Frage, wie es unter uns Christen um die „Verlässlichkeit der Verkündigung“ bestellt ist.



Helfen tut gut

Der Seele, den Armen,
der Schöpfung, dem Herzen, der
Hoffnung.
Weil Liebe die Welt bewegt.
Sie wollen Gutes tun?
Rufen Sie an: 0241 / 442-125

www.misereor.de
Spendenkonto 52100
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00

MISEREOR
DAS HILFSWERK

Das Interview

„Das Leben eines Kindes kannst du in Sekunden zerstören“

Der Brite Peter Saunders ist gelernter Pädagoge. Im Alter zwischen 8 und 13 Jahren wurde er wiederholt sexuell missbraucht. Zusammen mit Freunden gründete er 1995 die Opferschutz-Organisation NAPAC (National Association for People Abused in Childhood). 2014 berief ihn Papst Franziskus in die 17-köpfige „Päpstliche Kommission für den Schutz Minderjähriger“. Als Saunders öffentlich Ross und Reiter nannte und vom Papst die Amtsenthebung von Kardinälen und Bischöfen forderte, welche klerikale Sexualstraftäter gedeckt hatten, wurde ihm vom Vatikan eine „Auszeit“ empfohlen. Mit dem gebürtigen Londoner sprach unser Redaktionsmitglied Horst Hohmann.

Frage: Mr. Saunders, Sie sind im bekannten Londoner Stadtteil Wimbledon aufgewachsen und wurden in ihrer Kindheit sexuell missbraucht. Zu Ihren Peinigern gehörten u.a. auch zwei Jesuiten, Lehrer der von Ihnen besuchten Schule. Wie erklären Sie sich, dass Sie erst nach fast 30 Jahren in der Lage waren, über die an Ihnen begangenen Straftaten offen zu sprechen?

Antwort: Ich habe 25 Jahre über die an mir verübten Verbrechen geschwiegen und brachte es einfach nicht fertig, offen darüber sprechen. Das geschieht mit vielen der sexuell geschändeten Kinder und Jugendlichen – sie betrachten sich sonderbarerweise oft verantwortlich für die Tat. Sie stecken voller Scham- und Schuldgefühle, und empfinden alles, was mit ihnen geschehen ist, natürlich furchtbar peinlich. Männlichen Missbrauchsoffern fällt es normalerweise schwerer zu reden. Weibliche Opfer tun sich mit dem Outing leichter. Die meisten Missbrauchsoffer, die hilfeschend in die Einrichtungen von NAPAC kommen, haben

jahrzehntelang über die traumatischen Erlebnisse in ihrer Kindheit geschwiegen. Insofern war auch mein Verhalten nicht ungewöhnlich.

Frage: Wie haben Ihre Familienangehörigen und die Leute in Ihrer Pfarrgemeinde reagiert, als Sie erzählten, was mit Ihnen passiert war?

Antwort: Meine Familie glaubte mir, fand es jedoch nicht gut, dass ich mit meinem Bekenntnis an die Öffentlichkeit ging. Es stellte sich damals schnell heraus, dass noch andere Kinder aus meinem engeren Familienkreis in die Hände klerikaler Triebtäter gefallen waren. Mit meiner Beichte ermutigte ich sie, ihrerseits über die eigenen „dunklen Geheimnisse der Vergangenheit“ zu sprechen. Oft tragen bestimmte Ereignisse dazu bei, dass ein Missbrauchsoffer den entscheidenden Schritt tut und den „Vorhang lüftet“. In meinem Fall war es die Sterbestunde meines Vaters: ich begriff, dass es zu spät war, ihm zu schildern, was mir zugestoßen war. Aber ich versprach ihm und dem lieben Gott, dass ich mit meiner Familie ins Reine kommen würde. Ich hatte damals keine Vorstellung, wieviele Millionen von Menschen in ihrer Kindheit sexuell missbraucht worden sind. Die Monstrosität dessen, was pädophile Priester mir angetan hatten, wurde mir vor genau 21 Jahren so richtig bewusst, als meine eigenen Kinder in das Alter kamen, in dem ich missbraucht wurde.

Frage: 1995 haben Sie zusammen mit Freunden NAPAC gegründet – eine Anlaufstelle für Opfer sexueller Gewalt. Erzählen Sie uns, wie und in welchem Umfang NAPAC Wunden heilt und heilen konnte.

Antwort: NAPAC hat vielen, vielen Tausend Menschen geholfen, nach den an ihnen in der Kindheit begangenen Sexualverbrechen wieder Fuß zu fassen. Wir haben kostenlose Telefonleitungen geschaltet, über welche die Opfer sich ihr Leid von der Seele sprechen können. Sehr oft haben sie dann zum ersten Mal seit Jahren das Gefühl, von jemandem verstanden zu werden, der sich auf Grund der eigenen Erfahrungen voll und ganz in sie hineinversetzen kann – ein riesiger

Schritt vorwärts. Neben unserer therapeutischen Arbeit via Telefon arbeiten eine Reihe von Betreuer-Teams für NAPAC. Sie besuchen die Opfer und unterstützen sie während eines oft langwierigen REHA-Prozesses. Es freut uns selbstverständlich sehr, dass unsere derzeitige Premierministerin Theresa May große Stücke von NAPAC hält. Wir treten regelmäßig via Fernsehen und Printmedien mit Fragen des Kinderschutzes an die Öffentlichkeit und haben uns im Vereinigten Königreich und darüber hinaus als „Experten“ einen Namen gemacht.

Frage: Als Papst Franziskus Sie 2014 einlud, Mitglied der von ihm ins Leben gerufenen „Päpstlichen Kommission für den Schutz von Minderjährigen“ zu werden, haben sie freudig und dankbar von einer „großen Ehre“ gesprochen. Wussten Sie von Anfang an, wie die Kommission funktionieren würde und welche Aufgaben man ihr zugedacht hatte?

Antwort: Es hat mich 2014 tief bewegt, dass ich vom Papst persönlich empfangen und fünf Monate später zur Mitarbeit in der Kommission eingeladen wurde. Ich war fest überzeugt, dass bald große Veränderungen kommen würden. Meine Ernüchterung und meine Enttäuschung waren allerdings dann umso größer, als ich begriff, wie langsam sich die Institution Kirche bewegt und träge wie ein Eisberg dahintreibt. War man sich etwa nicht bewusst, dass das Leben eines Kindes in Sekunden zerstört werden kann?! Ich muss ehrlich gestehen, dass ich keine Ahnung vom „Schneckentempo“ kirchlicher Bürokratie hatte, zumal die Kommission nur zweimal pro Jahr zusammenkommt. Ich finde, dass es für die Weltkirche einen festen und permanent operierenden Päpstlichen Rat für den Kinderschutz geben sollte, in dem Leute sitzen, die von Kinderschutz was verstehen. Dieser Rat müsste dem Papst direkt unterstellt sein. Und vorallem dürfte der Papst keinen Zweifel daran lassen, dass die Verhinderung von Sexualverbrechen in der Kirche für ihn oberste Priorität hat. Wir brauchen generell schnellere Entscheidungen, wenn es gilt, pädophile Kleriker aus dem Verkehr zu ziehen und

mit staatlichen Ermittlungsbehörden an einem Strang zu ziehen. Das ist meine Meinung.

Frage: Mr. Saunders, fanden Sie es zwischendurch nicht verwunderlich, dass Sie und Marie Collins aus Irland die einzigen Missbrauchsopfer in einer 17-köpfigen Kommission waren, die von Kardinal Sean O'Malley aus Boston geleitet wird?

Antwort: Prozentual sind die Missbrauchsopfer in der Kommission natürlich schwach vertreten und ein paar mehr von ihnen wären sicherlich wünschenswert. Doch darin sehe ich nicht das größte Problem. Jetzt, nachdem ich aus der Kommission rauskomplimentiert wurde, ist vielmehr überdeutlich geworden, dass in so einer Einrichtung viel mehr Leute nötig sind, die - so wie ich - über eine gediegene Erfahrung im Kinderschutz verfügen und sich darüber hinaus auch noch mit dem ganzen Problempaket „Pädophile Priester“ auskennen, deren Opfer ja überwiegend Jungen sind. In der römischen Kommission sollten ruhig auch eine Reihe von Nicht-Katholiken sitzen. Dann würde man sich vermutlich auch sehr viel weniger dem Verdacht aussetzen, dass in so einem Gremium die Interessen der Kirche - wie immer - Vorrang haben.

Frage: Im Februar 2016 wurden Sie gebeten, die Kommission zu verlassen. Sie hatten in öffentlichen Kommentaren und Stellungnahmen Papst Franziskus aufgefordert, Schritte gegen den australischen Kardinal Georg Pell, den derzeitiger Finanzchef des Vatikans, zu unternehmen, und Sie hatten außerdem die Ernennung von Juan Barros zum Bischof des südchilenischen Bistums Osorno scharf kritisiert. Beide hatten nachweislich klerikale Straftäter gedeckt. Sprechen Sie ein wenig über die näheren Umstände Ihres völlig unerwarteten Rauswurfs aus der Kommission ...

Antwort: Zu jenem Zeitpunkt standen kommissionsintern eine Reihe von Berichten auf der Agenda, u.a. ein ganz aktueller Missbrauchsfall, der mich deshalb besonders in Rage brachte, weil man offensichtlich nicht willens war, im Interesse der Opfer tätig zu werden. Als

mich Journalisten wegen des Falles ansprachen, habe ich „Dampf abgelassen“ und den Medienleuten gesagt, wie ich darüber denke und fühle. Die übrigen Kommissionsmitglieder fanden, dass ich gegen die Schweigepflicht verstoßen hätte. Ok, hab ich.

Wir wissen alle, dass es die Amtskirche nicht mag, wenn ihre eigene schmutzige Wäsche bei Tageslicht gewaschen wird. Man nahm mir besonders übel, dass ich Georg Pell und Juan Barros aufs Korn genommen hatte. Letzterer war vom Papst zum Bischof von Osorno ernannt worden, obwohl Franziskus ganz genau wusste, dass Tausende von Priestern und Laienkatholiken in Chile diesen Mann für ungläubwürdig halten und als Bischof ablehnen.

Ich fand es – ehrlich gesagt - sodann ziemlich befremdlich, dass der Papst zu keiner der Sitzungen „seiner“ Kommission kam. Er fand andere Begegnungen wichtiger. Wurde ihm da aus dem Kreis seiner engeren Berater „Zurückhaltung“ empfohlen?

Ich habe immer deutlich gesagt, dass ich angesichts von Kindesmissbrauch niemals schweigen werde. Da halte ich es mit Jesus, der unzweideutig erklärte, dass Leute, die den „Kleinen“ Schaden zufügen, besser nie geboren worden wären.

Frage: Sie haben aus Ihrer Enttäuschung über die Wirkungslosigkeit der Kommission keinen Hehl gemacht. Wenn die Kommission bzgl. der von Priestern verübten Sexualverbrechen und deren Verschleierung durch Bischöfe Empfehlungen an den Papst oder an eine der jeweils zuständigen Kurien-Behörden schickte, erfuhren Sie dann auch immer, was aus Ihrer Empfehlung geworden ist?

Antwort: Der Handlungsbedarf ist immens. Man kann deshalb wohl zu Recht fragen, ob da eine Kommission, die sich nur zweimal pro Jahr trifft, eine angemessene und probate Einrichtung zum Schutz Minderjähriger ist. Mir war die Geschichte von Anfang an ein Rätsel, weil ich geglaubt hatte, dass es dem Papst um schnelle und zielgerichtete Aktionen zur Vermeidung von Sexualstraftaten geht. Beschwichtigend hat man mir dann immer gesagt, dass wir ein „beratendes“ Gremium

seien. Nichts anderes. Hat sich was geändert? Ich glaube nicht, aber ich respektiere die Kommissionsmitglieder, die in ihrer jeweiligen Heimat für einen größeren Schutz von Minderjährigen und für die Rechte von Missbrauchsoffern kämpfen.

Frage: Papst Franziskus, so war zu hören, hat ein Sondergericht etabliert, das bei der Glaubensbehörde angesiedelt ist. Finden vor diesem Gericht auch Missbrauchsoffer und deren Anwälte Gehör?

Antwort: Gibt es dieses Gericht überhaupt? Mag sein, dass sowas mal angedacht wurde. Ich jedenfalls weiß davon nichts.

Frage: Mr. Saunders, sehen Sie eine Chance, demnächst wieder in die Päpstliche Kommission zum Schutz von Minderjährigen zurückgerufen zu werden? Oder halten Sie es mittlerweile vielleicht doch für sinnvoller, an der jeweiligen „Heimatfront“ für den Schutz von Kindern und Jugendlichen mit allen Kräften weiterzuarbeiten – in Schutzbündnissen wie NAPAC im Vereinigten Königreich, wie SNAP in den USA oder wie UNIDOS in Lateinamerika?

Antwort: Was meine Zugehörigkeit zur Kommission betrifft, so darf ich feststellen, dass ich zwar um eine „Auszeit“ gebeten, nie aber entlassen wurde. Eine Entlassung im eigentlichen Sinne des Wortes käme für den Vatikan und für den doch sehr medienbewussten Papst einem PR-Desaster gleich. Man hat de facto vorgeschlagen, mich mit anderen Missbrauchsoffern zusammensetzen und der Kommission beratend zur Seite zu stehen. Ich werde mir das noch genau überlegen. Doch vermutlich werden dann einige Leute, die ich auswähle, nicht nach dem Geschmack des Vatikans sein. Die Amtskirche will kontrollieren. Ich kann mich da nur wiederholen: mein einziges Interesse ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen. Gott ist mein Chef und von ihm weiß ich, dass er Leuten einen „Mühlstein an den Hals“ wünscht, die sexgierig über kleine, hilflose Kinder herfallen und ihr Leben zerstören.

Frage: Welche strukturellen Reformmaßnahmen halten Sie für dringend

nötig, um die Zahl von Missbrauchsfällen in kirchlichen Einrichtungen zu reduzieren?

Antwort: Schwer zu beantworten. Doch für ein besseres Verständnis ist es bestimmt nicht ganz unerheblich zu wissen, dass die katholische Kirche eine von Männern dominierte monarchische Einrichtung ist, in welcher Kirchenfürsten geradezu macht-, kontroll- und geldbesessen regieren. Bevor nicht authentische Christen in den obersten Leitungsgremien der Kirche Entscheidungsbefugnisse erhalten, sehe ich kaum Chancen für Reformen. Eine Institution, in welcher der Pflichtzölibat für Priester zu einer mystischen Größe hochstilisiert wird, muss letztlich scheitern, finde ich.

Sodann fordert man dauernd Gehorsam. Aber ist Jesus nicht gekommen, um Religion und Legalismus abzuschaffen und um die von Menschen errichteten Hindernisse zwischen Gott und uns wegzuräumen? Nun, vielleicht bin ich mit diesen Ansichten nicht ganz katholisch. Aber, Jesus war´s ja auch nicht!

Theo Mechtenberg

Papst Franziskus und das katholische Polen

Aus Anlass des Weltjugendtreffens reiste Papst Franziskus in den letzten Julitagen nach Polen. Doch nicht dieses eindrucksvolle Ereignis, von dem der weltweit ausgestrahlte Abschlussgottesdienst mit geschätzten eineinhalb Millionen Gläubigen in Erinnerung bleibt, ist Gegenstand dieser Überlegung, sondern die Einstellung der polnischen Kirche zu Papst Franziskus und wie auf diesem Hintergrund sein Besuch verlaufen und zu bewerten ist.

Franziskus ist für die Polen – wie es Adam Boniecki, ehemaliger Chefredakteur des Tygodnik Powszechny, formuliert hat – ein „untypischer, unbequemer Papst“.¹ Bereits kurz nach seiner Amtseinführung irritierte er Polens Bischöfe und Priester. Dass er nicht wie seine Vorgänger den Vatikanischen Palast zu seinem Domizil wählte, sondern im Gästehaus Santa Marta Quartier bezog, stieß bei ihnen ebenso wenig auf Verständnis wie seine Kritik an der Erhebung von Gebühren für pastorale Dienste. Manche Bischöfe ließen wissen, sie hätten nicht die Absicht, ihre Residenzen zu verlassen. Und was die Erhebung von Gebühren betrifft, so verwiesen sie nicht zu Unrecht darauf, dass diese aus Ermangelung an Kirchensteuern neben den Kollekten als Haupteinnahme notwendig seien, um den Unterhalt der Gotteshäuser, der Priester sowie kirchlicher Einrichtungen zu gewährleisten. Ob allerdings eine kirchliche Hochzeit mancherorts bis zu 1000 Złoty (250 €) „kosten“ muss, ist eine andere Frage.

Der einfache Lebensstil des Papstes ist für Polens Bischöfe und Priester, aber wohl auch für die Mehrzahl besonders treuer Gläubigen, gelinde gesagt, gewöhnungsbedürftig. Denn sie haben eine gänzlich andere Vorstellung vom Auftreten eines Geistlichen. Sie werden mit „ksiądz“ angesprochen, was im Slawischen so viel wie „Stammesfürst“ bedeutet. Und diese mit dem Begriff verbundene herrschaftliche Abgehobenheit zeichnet denn auch gemeinhin den polnischen Klerus aus. Sie äußert sich darin, „dass wir uns wie Besitzer der Wahrheit, der Religion, der Kirche und Gottes verhalten. Alles wissen wir. Auf alles haben wir eine Antwort“, wie der Dominikaner Ludwik Wiśniewski anmerkt.² Angesichts der Tatsache, dass – wie Wiśniewski weiter ausführt – dieser klerikale Autoritarismus den Erfordernissen einer modernen Gesellschaft widerspricht, von selbstbewussten Laien als unerträglich empfunden wird und sie der Kirche entfremdet, könnte der schlichte Lebensstil

¹ Adam Boniecki, Cztery zasady Franciszka (Vier Prinzipien von Franziskus), Tygodnik Powszechny v. 31. Juli 2016, S. 3.

² Ludwik Wiśniewski, Do jakiego kościoła przyjdzie papierz (Zu welcher Kirche kommt der Papst), ebd. v. 17. Juli 2016, S. 33.

und das bescheidene Auftreten des Papstes diesem Trend entgegenwirken, würden Polens Bischöfe und Priester sich an ihm orientieren, anstatt ihn abzulehnen.

Doch nicht allein der einfache Lebensstil des Papstes sorgt in Polens Kirche für Irritationen. Auch seine einfache Sprache erregt Verwunderung. Gemessen an der charismatischen Wortgewalt eines Johannes Paul II. und der geschliffenen theologischen Rede eines Benedikt XVI. empfinden Geistliche wie Laien Aussagen von Papst Franziskus als allzu schlicht – und übersehen dabei ihre jesuanische Nähe zum Evangelium. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Äußerung des polnischen Primas auf der Pressekonferenz nach der Begegnung des Papstes mit den Bischöfen: „Er sprach zu uns wie zu Kindern.“³ Der Primas dürfte dabei wohl kaum an das Jesuswort gedacht haben: „Wenn ihr nicht umkehrt und wie die Kinder werdet, könnt ihr nicht in das Himmelreich kommen“ (Mt 18,3).

Doch es geht nicht nur um die schlichte Redeweise des Papstes, es geht mehr noch um inhaltliche Aussagen. Denn diese führen immer wieder zu Verunsicherungen unter den stark legalistisch geprägten Bischöfen und Priestern. Das päpstliche Bemühen etwa, den starren kirchlichen Legalismus durch die Betonung persönlicher Gewissensentscheidung aufzubrechen und vom Primat der Barmherzigkeit bestimmte Denkprozesse anzustoßen, die – beispielsweise - den in einer nicht gültigen kirchlichen Ehe lebenden Gläubigen die Teilhabe an der sakramentalen Gemeinschaft ermöglichen würden, stößt – wie die jüngste, der Familienpastoral gewidmete Bischofssynode gezeigt hat – bei der polnischen Hierarchie auf entschiedenen Widerstand.

Auch die ökologische, der Bewahrung der Schöpfung gewidmete Enzyklika „Laudato si“ fand in Polen ihre Kritiker. Vor allem nationalkatholische Kreise sprachen ihrem Verfasser für die sich aus dem Text ergebenden Konsequenzen die moralische Autorität ab und sahen im Papst einen Lobbyisten von Gazprom, deutschen Solarinstallationen und französischen

Atomkraftwerken. „Laudato si“ verurteile die sich weitgehend auf Kohle stützende polnische Energiepolitik. Entsprechend äußerte sich Präsident Andrzej Duda am 04. Dezember 2015: „Wenn ein Staat 90% der europäischen Kohlebestände besitzt, wenn der Energiesektor eines Staates zu einem absolut entscheidenden Teil auf Kohle basiert, dann ist in diesem Staat die Rede von einer Abkehr von der Steinkohle Häresie und antistaatlich.“ Entsprechend reserviert reagierte Polens Kirche auf die verbreitet als „antipolnisch“ verstandene Enzyklika. Zwar rief Erzbischof Stanisław Gądecki in einer Predigt zur „ökologischen Umkehr“ auf, und die schlesischen Bischöfe widmeten ein gemeinsames Hirtenwort der Luftverschmutzung, von der das schlesische Kohlerevier besonders betroffen ist, doch insgesamt wurde „Laudato si“ von Bischöfen und Priestern entweder ignoriert oder kritisch kommentiert.⁴

Dissens in der Flüchtlingsfrage

Die erste Reise hatte Papst Franziskus auf die Insel Lampedusa geführt, um der im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge zu gedenken. Angesichts einer "Globalisierung der Gleichgültigkeit" erinnerte er an die mitmenschliche Verantwortung für in Not geratene Brüder und Schwestern gleich welcher Nation, Religion und Hautfarbe – eine eindringliche Mahnung an die Europäer, sich der Flüchtlinge anzunehmen, sie nicht umkommen zu lassen, sondern ihnen Schutz zu gewähren und sie aufzunehmen.

Ganz anders Jarosław Kaczyński, der Vorsitzende der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). Im Herbst 2015 warnte er im Wahlkampf um die Parlamentssitze vor der Aufnahme von Flüchtlingen, die Krankheiten ins Land bringen und in den Kirchen ihre Notdurft verrichten würden. Damit gab er in der Flüchtlingsfrage die Linie vor, die seitdem von seiner, über die absolute Mehrheit verfügenden Regierung konsequent verfolgt wird. So wurde die von der Vorgängerregierung zugesagte Aufnahme

³ Adam Boniecki, Co zostanie? (Was bleibt?) ebd. v. 07. August 2016, S. 6.

⁴ Konrad Sawicki, Polscy biskupi i „herezje“ Franciszka (Die polnischen Bischöfe und die „Häresie“ von Franziskus) ebd. v. 13. Dezember 2015, S. 36.

von 7.000 Flüchtlingen von Ministerpräsidentin Beata Szydło zurück genommen und über die gleichgeschalteten staatlichen Medien in der Bevölkerung eine islamfeindliche Stimmung erzeugt, die für den notwendigen Rückhalt für die Flüchtlingspolitik der Regierung sorgt und die zugleich eventuellen Asylsuchenden signalisiert, in Polen nicht willkommen zu sein.

Polens Bischöfe, die wiederholt in der Vergangenheit gegen Gesetzesvorhaben und Beschlüsse früherer Regierungen Stellung bezogen haben, wenn diese – wie etwa in der Abtreibungsfrage und der künstlichen Befruchtung - mit kirchlichen Moralvorstellungen nicht in Einklang standen, enthielten sich bezüglich der Flüchtlingspolitik der PiS-Regierung jeglicher Kritik. Ihre Äußerungen zur Not der Flüchtlinge verbleiben sehr im Allgemeinen. Auch sehen sie in den vor Krieg, Hunger und Tod fliehenden Menschen vor allem die Gefahr einer durch den Islam drohenden religiösen Konkurrenz sowie eine Beeinträchtigung der von ihnen forcierten Einheit von Glaube und Nation. In Hinblick auf den bevorstehenden Papstbesuch, von dem man zu Recht erwartete, dass Franziskus eine positive Einstellung zur Flüchtlingsfrage anmahnen würde, unterbreitete der Episkopat allerdings der Öffentlichkeit den Vorschlag, einen humanitären Korridor zu schaffen, um einem begrenzten Kontingent syrischer Flüchtlinge die Aufnahme in Polen zu ermöglichen. Doch dieser Vorschlag steht mehr oder weniger im leeren Raum, wurde er doch von der Regierung, die ihn schließlich realisieren müsste, nicht aufgegriffen.

Polens Kirche teilt zudem die Auffassung der Regierung, durch Hilfe vor Ort den Flüchtlingsstrom zu stoppen. Dem dient das Programm der polnischen Caritas „von Familie zu Familie“. Durch einen Spendenaufruf an die Pfarreien sollen die erforderlichen Mittel aufgebracht werden, um etwa tausend in Libyen und in Jordanien lebenden Flüchtlingen, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit, unterstützen zu können. Es ist dies gewiss eine begrüßenswerte Initiative, allerdings angesichts des Ausmaßes der

Flüchtlingsproblematik keine Alternative zu der von Papst Franziskus gewünschten Aufnahme von Flüchtlingen. Die hat er denn auch, wie erwartet, in Polen mehrfach angesprochen.

Offizieller Empfang auf dem Krakauer Wawel

Gleich nach seiner Ankunft am 27. Juli wurde Papst Franziskus von Staatspräsident Andrzej Duda im Namen der versammelten Vertreter von Staat, Kirche und Gesellschaft im Innenhof des Krakauer Königsschlusses auf dem Wawel feierlich begrüßt. Duda erinnerte an Johannes Paul II., der 1979 während seines Besuchs in Polen den Geist Gottes zur Erneuerung Polens herabgerufen und damit die Voraussetzung für das neue Polen nach dem Ende des Kommunismus im Jahr 1989 geschaffen habe. Papst Franziskus knüpfte daran an, indem er auf das sich aus der Geschichte ergebende polnische Identitätsbewusstsein Bezug nahm. Wörtlich sagte er: „Ein Identitätsbewusstsein ohne jede Überheblichkeit ist unerlässlich, um eine nationale Gemeinschaft auf dem Fundament ihres menschlichen, sozialen, politischen, wirtschaftlichen und religiösen Erbes aufzubauen, um die Gesellschaft und die Kultur zu inspirieren, indem man es zugleich in der Treue zur Tradition wie auch in der Offenheit für die Erneuerung und die Zukunft bewahrt.“ Mit dieser Aussage erteilte der Papst, wenngleich indirekt, einem überzogenen nationalkatholischen Identitätsbewusstsein eine klare Absage. Zudem erinnerte der Papst an die versöhnende Kraft des Briefwechsels polnischer und deutscher Bischöfe von 1965 und kam dann auf die Flüchtlingsproblematik zu sprechen: Es sei „die Bereitschaft zur Aufnahme aller, die vor Krieg und Hunger fliehen, notwendig sowie die Solidarität gegenüber denen, die ihrer Grundrechte beraubt sind, darunter des Rechtes, in Freiheit und Sicherheit ihren Glauben zu bekennen.“⁵

Außerhalb des Protokolls hatte Papst Franziskus Staatspräsident Duda in einem persönlichen Gespräch auf seinen eigenen Migrationshintergrund verwiesen –

⁵ Radio Vatikan vom 27. Juli. 2016.

gleichsam als ein leibhaftiges Beispiel erfolgreicher Integration. Auch habe sein aus Italien eingewanderter Vater mit polnischen Migranten sehr gut zusammengearbeitet – ein Fingerzeig darauf, dass Polen in einem fremden Land Aufnahme gefunden haben und sich daraus wohl die Verpflichtung zu gleicher Großzügigkeit ergebe.

Das Gespräch mit den Bischöfen⁶

Im Anschluss an den öffentlichen Empfang traf sich Papst Franziskus im Presbyterium der Kathedrale auf dem Wawel mit etwa 130 Oberhirten zu einem eineinhalbstündigen Gespräch. Er antwortete auf vier ihm gestellte Fragen.

Angesichts der von Polens Kirche tief empfundenen Bedrohung durch Einflüsse des „entchristlichten Westens“ kam als erstes die Situation in Polen zur Sprache, „die durch die Konfrontation, durch einen mächtigen Kampf zwischen dem Glauben an Gott einerseits und andererseits durch ein Denken und einen Lebensstil bestimmt ist, als gäbe es Gott nicht.“ Wie solle die Pastoral darauf reagieren, „damit die polnische Nation ihrer tausendjährigen Tradition treu bleibt?“ In seiner Antwort äußerte sich Papst Franziskus zwar kritisch zur „Ideologie des Genderismus“ und ihren schädlichen Konsequenzen, griff aber nicht die bei den Bischöfen in Abwehr westlicher Einflüsse beliebten Themen der Sexualethik, der Empfängnisverhütung, der künstlichen Befruchtung und der Abtreibung auf. Wer zudem erwartet hatte, der Papst würde positiv auf die in Polens Kirche verbreitete nationalkatholische Denkweise eingehen, sah sich enttäuscht. Franziskus stellte vielmehr zwei Begriffe in den Mittelpunkt – Nähe und Berührung als Ausdruck der Barmherzigkeit „für den Leib wie für die Seele“. Er ermahnte die Bischöfe, ihren Priestern nahe zu sein, für sie Zeit zu finden und ihren Wunsch nach einem Gespräch nicht aufzuschieben, sondern zeitnah zu erfüllen. Und den Priestern legte er ans Herz, bei den Menschen zu sein, besonders bei den in Not geratenen. Man dürfe die Leute, die zu

ihrem Pfarrer kommen, nicht mit dummen Worten abspeisen. Und wenn jemand eine Trauung anmelde, habe man ihn nicht darauf zu verweisen, was sie koste; das sei eine „Karikatur von Pastoral“.

Der Papst selbst gab übrigens für die von ihm eingeforderte Nähe und Berührung während seines Besuchs ein Zeichen, fand er doch Zeit, um den schwer erkrankten, wenige Tage später verstorbenen emeritierten Krakauer Kardinal Franciszek Macharski aufzusuchen und in einem Krankenhaus an den Betten leidender Kinder zu verweilen.

Offenbar haben Polens Bischöfe mit der von Papst Franziskus betonten zentralen Bedeutung der Barmherzigkeit ein Problem. Denn anders ist kaum ihre weitere Frage zu verstehen: „Wie soll man die Lehre von der Barmherzigkeit anwenden, und vor allem wem gegenüber?“ Hinter dieser Frage steht die Irritation der polnischen Hierarchie, die Franziskus mit Äußerungen zu Homosexuellen und wiederverheirateten Gläubigen bei ihr ausgelöst hat. Aber Franziskus sagte nicht, ob der kirchliche Legalismus durch Barmherzigkeit aufgebrochen werden kann, und wenn ja, in welchen Fällen und zu welchen Bedingungen. Er gab vielmehr zu verstehen, dass die Barmherzigkeit „als das in Christus verkörperte Geheimnis Gottes“ keine Grenzen kennt. Dazu verwies er auf das Kapitell in der Basilika Maria Magdalena im französischen Vézelay, das auf der einen Seite Judas zeigt, am Strick und mit heraushängender Zunge, und auf der anderen Seite Jesus als der Gute Hirt, der ihn zu sich aufnimmt.

Auf die in der Welt herrschende Ungerechtigkeit angesprochen, sieht Franziskus diese – ganz im Sinne seiner Enzyklika „Laudato si“ – in der Ausbeutung der Schöpfung und in der von ihm scharf verurteilten Vergötzung des Geldes begründet. Und er rief zu einem die eigene kirchliche Enge aufbrechenden Handeln auf: „Wie oft klopft der Herr von außen an die Tür, damit wir ihm öffnen, damit Er mit uns nach draußen gehen kann, um das Evangelium nach außen zu bringen.“ Nach Papst Franziskus geht es offenbar nicht nur darum, den anklopfenden Herrn zu sich herein zu lassen, wie gewöhnlich die entsprechende Bibelstelle interpretiert wird

⁶ Pełny zapis rozmowy papieża z biskupami (Voller Wortlaut des Gesprächs des Papstes mit den Bischöfen), gocpl/doc/3350842,

(Lk 12,35), sondern ihm zu öffnen, um mit ihm hinaus zu gehen.

Die letzte Frage, von dem für die Seelsorge an Flüchtlingen verantwortlichen Weihbischof gestellt, betraf den Umgang mit Flüchtlingen: „Was können wir tun, um die Angst vor ihrer Invasion oder die Aggression zu überwinden, welche die gesamte Gesellschaft paralyisiert.“ Der Papst antwortete sehr moderat und verwies darauf, dass es in der Flüchtlingsfrage keine universale Antwort gebe, denn die Aufnahmebereitschaft hänge von der Situation eines jeden Landes ab, auch von der Kultur. Doch für die Aufnahme von Flüchtlingen verlangte er „ein absolut offenes Herz“, aber auf welche Weise dies geschehe, „sei relativ“. Allerdings dürfe es nicht zu einer Ghettoisierung kommen, denn diese sei für die Terrorakte mitverantwortlich, wie die Vorgänge in Brüssel gezeigt hätten. Mit diesen Worten nahm Franziskus zwar Polens Bischöfe bezüglich der Flüchtlingsproblematik in die Pflicht, ließ dabei aber offen, wie sie konkret ihrer Verantwortung gerecht werden können. Mit dieser zurückhaltenden Behandlung der Flüchtlingsproblematik zeigten sich die Bischöfe, wie man hört, recht zufrieden.

Keine politische Einvernahme des Papstbesuches

Im Vorfeld der Papstreise war darüber spekuliert worden, ob Franziskus das Grab des 2010 bei der Flugzeugkatastrophe von Smolensk ums Leben gekommenen Präsidenten Lech Kaczyński aufsuchen würde. Von Seiten der Regierung hatte es, wie man hörte, diesen Wunsch gegeben. Im Rahmen des Besuchsprogramms wäre es ein Leichtes gewesen, ihm zu entsprechen. Papst Franziskus hätte nur nach der Begegnung mit den Bischöfen den kurzen Weg in die Krypta der Kathedrale zurücklegen müssen, wo Staatspräsident Lech Kaczyński in den Königen und Nationalhelden vorbehaltenen Grüften seine letzte Ruhe gefunden hat. Was auf den ersten Blick lediglich wie eine Geste der Pietät erscheint, wäre jedoch ein Akt von höchster politischer Brisanz gewesen. Doch dazu kam es nicht.

Präsident Andrzej Duda hatte in seiner Begrüßungsrede die symbolische Bedeutung der Wawel-Kathedrale samt ihren Gräbern betont hervorgehoben, indem er darauf verwies, „wie viele Könige, Nationalhelden, bedeutende Polen und Führer der Nation hier ihre ewige Ruhe gefunden haben.“ Daher sei dies für die Polen der Ort „einer vielfachen Wiedergeburt unserer Nation und ihrer Kraft, deren Quelle seit 1050 Jahren unser christliche Glaube ist.“⁷

Mit dieser Aussage knüpfte der Staatspräsident an die bis in die Zeit der polnischen Romantik zurückreichende Tradition an, aufgrund derer – wie es der polnische Nationaldichter Juliusz Słowacki formulierte – die Grüfte der Kathedrale nicht nur die sterblichen Überreste von Königen und Nationalhelden bewahren, sondern auch „ihren unsterblichen Geist“. Angesichts dieser nationalen Bedeutung der Grabstätten in der Krypta der Wawel-Kathedrale hatte es im Übrigen damals an der Entscheidung, Präsident Lech Kaczyński diese Ehre zukommen zu lassen, Kritik gegeben. Man befürchtete zu Recht, wie die weitere Entwicklung zeigen sollte, dass Zwillingsbruder Jarosław und seine PiS diese besondere Auszeichnung zu einer Sakralisierung ihrer nationalen Politik nutzen würden, die es erlaubt, ihre Gegner als „nationale Verräter“ zu brandmarken und im Bewusstsein heiligster Verpflichtung ihre politischen Absichten gegen alle Bedenken und Widerstände durchzusetzen.

Zur Sakralisierung ihrer Politik war es allerdings erforderlich, dass für PiS der Absturz der Präsidentenmaschine am 10. April 2010 mit fast 100 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens kein beklagenswerter Unfall, sondern ein Attentat war, für das man den Kreml sowie Donald Tusk, den damaligen Regierungschef, verantwortlich macht. Obgleich bereits eine von unabhängigen Experten erarbeitete umfangreiche Untersuchung dieser Katastrophe vorliegt, die ein Attentat definitiv ausschließt, hat PiS eine neuerliche Untersuchung in Auftrag gegeben, die Beweise für ein Attentat liefern soll. Bemerkenswert ist in

⁷ Papież Franciszek na Wawelu (Papst Franziskus auf dem Wawel), www.polskieradionyc.com.

diesem Zusammenhang, dass Verteidigungsminister Antoni Macierewicz die Gelegenheit einer Begegnung mit Papst Franziskus nutzte, um ihn über die „Wahrheit“ der Katastrophe von Smolensk zu informieren.

Dass PiS so beharrlich und realitätsfremd die These eines Attentates vertritt, erklärt sich aus dem Bemühen, die Flugzeugkatastrophe von Smolensk in die Tradition nationalen Martyriums einzufügen, die im nationalen Geschichtsverständnis immer den Kern einer nationalen Wiedergeburt und eines nationalen Neubeginns in sich birgt. Dass auch Polens Kirche diesem Bestreben zuneigt, belegen Äußerungen einzelner Bischöfe. So beschuldigte Erzbischof Sławoj Leszek Głódź am sechsten Jahrestag der Smolensker Katastrophe die von Tusk geführte Vorgängerregierung, das Gedenken an sie verdrängt zu haben. Wörtlich sagte er: „Ganz bewusst wurde die große Chance vertan, die polnische Gesellschaft aufgrund der Erhellung der Ursachen der Smolensker Tragödie, ihres breiten Kontextes, zu integrieren. [...] Dieser Flug dauert an. Enden soll er mit der Landung der Wahrheit.“⁸

Man stelle sich vor, Papst Franziskus wäre in Begleitung von Staatspräsident Andrzej Duda, Jarosław Kaczyński und dem Krakauer Kardinal Stanisław Dziwisz in die Krypta der Wawel-Kathedrale hinabgestiegen, um vor dem Sarkophag von Lech Kaczyński im Gebet zu verharren. Das Foto von dieser eindrucksvollen Szene hätte als Beweis einer durch das Oberhaupt der Kirche bestätigten Sakralisierung der Smolensker Tragödie gedient, in der PiS nichts weniger als den Gründungsmythos der von ihr angestrebten IV. Republik sieht. Eine schlimmere Instrumentalisierung des Papstbesuches wäre kaum denkbar.

Kritik nationalkatholischer Kreise

Wenngleich der Papstbesuch in Polens Kirche und Gesellschaft ein überaus positives Echo fand, so fehlte es doch nicht an kritischen Stimmen aus dem rechten,

nationalkatholischen Lager. Dort stufte man die Aussagen des Papstes zur Flüchtlingsproblematik sowie zur Barmherzigkeit als „naiv“ ein und sah in Franziskus einen „Idealisten“ und „Träumer“, der eine „Utopie“ verkünde, die mit der Realität nichts gemein habe. Manche dieser Nationalkatholiken fanden noch deutlichere Worte. So stellte Paweł Lisicki, Chefredakteur von „Do Rzeczy“, den Glauben seiner Oma in Gegensatz zu dem des Papstes, wobei er betonte, dass dieser „in Polen kein einziges Mal an Gott, den gerechten Richter, sowie an die Vision ewiger Verdammnis erinnerte. Warum – so fragt er - erwähnte der Papst von den beiden Attributen Gottes nur die Barmherzigkeit?“⁹

Auch die Aussagen des Papstes zur Flüchtlingsproblematik stießen bei den Nationalkatholiken auf Kritik. Man sah nicht die Not der Menschen, sondern die dem christlichen Europa drohende Gefahr. So warf Łukasz Warzecha, Mitarbeiter der rechten Wochenzeitschrift „wSieci“, dem Papst vor, „statt sich an die Spitze der Verteidigung der westlichen Welt vor der Invasion zu stellen, die das Ende ihrer Existenz sein kann, verkündet er zu Tränen rührende Katechesen darüber, dass man den Armen helfen soll“¹⁰

Papst Franziskus hatte sich im Gespräch mit den Bischöfen neben der Sorge um die Flüchtlinge auch dafür ausgesprochen, den zahlreichen polnischen Emigranten die Rückkehr in ihre Heimat zu erleichtern. Diese Aussage nutzte man in den rechten Medien, um gegen die Absicht des Papstes sowie gegen die klare Botschaft des Evangeliums (Lk 10, 25-37) eine Rangordnung der Hilfeleistung zu konstruieren. So äußerte sich der Theologieprofessor Paweł Bartkiewicz wie folgt: „Sprechen wir über irgendwelche Liebe oder Solidarität, dann gilt es zu bedenken, dass es eine gewisse elementare Ordnung dieser Liebe gibt. Als erstes die Elternliebe, die Liebe der eigenen Familienmitglieder, die Vaterlandsliebe,

⁸ Ludwik Wiśniewski OP, Do jakiej Polski przydzie Papież (In welches Polen kommt der Papst), Tygodnik Powszechny v. 10. Juli 2016. S. 11f.

⁹ Artur Madaliński, Boży szaleniec (Göttlicher Tollkopf), ebd. v. 21. August 2016, S. 35.

¹⁰ Ebd.

dann erst die im weitesten Sinne altruistische Liebe.“¹¹

Besonders kritisch und geradezu beleidigend äußerte sich der ehemalige namhafte Politiker und jetzige Publizist Janusz Rokita über den Papstbesuch, und dies immerhin in den unserer „Tagesschau“ vergleichbaren „wiadamosci“. „Ehrlich gesagt – äußerte er sich zu den Worten des Papstes vor der versammelten Staatsführung und geladenen Gästen auf dem Wawel – aus Sicht eines normalen Menschen, eines gewöhnlichen Bürgers, war dies keine wichtige Ansprache; das war eine unkonkrete Rede, diplomatisch, voller Allgemeinheiten, doch nichts, was das Herz des einzelnen Menschen besonders angesprochen hätte.“ Er schreckte nicht vor diffamierenden Äußerungen zurück, indem er mit Blick auf „Gesicht“ und „Bauch“ des Papstes dessen asketischen Lebensstil in Zweifel zog. Und weiter: „Das Christentum befindet sich auf dem Rückzug, die europäischen Institutionen verhalten sich antireligiös. Das ist keine gute Zeit für das europäische Christentum, und da kommt das Oberhaupt der Kirche, das uns kritisiert, statt diese Welt scharf zu kritisieren.“¹²

Während der fünf Tage des Papstbesuchs waren Menschen aus aller Welt in Polen zu Gast. Sie waren aus den fernsten Ländern angereist und fanden vor und während des Weltjugendtreffens in polnischen Familien freundliche Aufnahme. Für kurze Zeit erlebte Polen ein „Multikulti“, das man keineswegs auf Dauer bei sich haben möchte.

Über dem Schlussgottesdienst wehten die Fahnen vieler Nationen, selbst die solcher Völker, die miteinander in Konflikt liegen. In der Einheit mit Papst Franziskus wurde das Weltjugendtreffen so zu einem Zeichen für die Welt, und damit auch für Polen, dass trotz unterschiedlicher Sprachen, trotz voneinander abweichenden Kulturen, eine millionenfache friedliche Gemeinschaft möglich ist, in der jeder einzelne und jede Nation ihren respektierten Platz einnimmt.

¹¹ Przemysław Wilczyński, Poprawianie po papieżu (Korrektur nach dem Papst), ebd. v. 07. August 2016, S. 46.

¹² Wp wiadomości v. 02. August 2016.

Die Frage ist, ob es bei dieser Momentaufnahme bleibt und die nationalkatholischen Kreise in Kirche und Gesellschaft sich wieder in ihre eigene enge Theologie der Nation verschließen, statt sich in Wahrheit „katholisch“ zu öffnen.

Theo Mechtenberg

Polnische Jungnationalisten mit geistlichem Beistand

Am 16. April 2016 bot sich in der Kathedrale von Białostock ein ungewöhnlicher Anblick: Schwarz gekleidete Jugendliche und junge Männer, unter ihnen auch einige junge Frauen, bildeten mit dem Emblem des Nationalradikalen Lagers (ONR) versehenen Fahnen im Hauptschiff Spalier und füllten die Kirchenbänke. Man feierte mit einer Messe den 82. Jahrestag der Gründung dieser politischen Bewegung von Jungnationalisten. Die Predigt hielt ein junger Priester, Jacek Międlar. In der von ihm verkündeten „frohen Botschaft“ finden sich Sätze wie diese: „Nicht Oligarchen, Maffia, Establishment sind das große Hindernis auf dem Weg in die Freiheit, sondern die gewöhnliche Feigheit, die gewöhnliche Tatenlosigkeit. Unterdrücker und ein jüdischer Pöbel vermögen uns in die Knie zu zwingen, zu überrollen, zu zermalmen, zu schlucken, zu verdauen, und am Ende werden sie uns als würdelos anspucken.“ Und weiter: „Keine Toleranz gegenüber dem in Polen und unter Polen um sich greifenden bössartigen Krebs. Dieses Geschwulst erfordert eine Chemotherapie, und diese Chemotherapie ist der kompromisslose nationalkatholische Radikalismus.“

Nach dem Gottesdienst zogen diese Jungnationalisten mit ihren

fremdenfeindlichen Parolen und Transparenten durch die Straßen der Stadt. Sie skandierten lautstark „Wir wollen hier keinen Islam, keine Terroristen, keine Moslems.“ Im Übrigen hatten sie die ostpolnische Bischofsstadt für ihre Zwecke gut gewählt, gilt sie doch neben Breslau und Posen gleichfalls als ein Zentrum rechtsextremistischer Aktivitäten und Ausschreitungen. In der Vergangenheit wurden hier Ausländer verprügelt, ihre Wohnungen angezündet, und eine orthodoxe Prozession war vor nicht langer Zeit das Ziel tätlicher Übergriffe. So hatte man denn auch die ausländischen Studenten des örtlichen Polytechnikums vorsorglich gebeten, am Tag jener nationalistischen Manifestation ihre Unterkunft nicht zu verlassen.

Geschichte und Ideologie der Nationaldemokratie und des ONR

Nicht zu seinen Gründern, wohl aber zu seinen geistlichen Vätern zählt das Nationalradikale Lager in erster Linie Roman Dmowski (1864 – 1939), den Begründer des neuzeitlichen polnischen Nationalismus. In Warschau geboren, war er bereits in jungen Jahren politisch aktiv. So hatte er eine patriotische Studentendemonstration organisiert und war deswegen von den Behörden der damaligen russischen Teilungsmacht verhaftet und verbannt worden. Als Mitbegründer der Nationaldemokratie, der so genannten *Endecja*, war Dmowski in der Zwischenkriegszeit neben Józef Piłsudski (1864 – 1935) sowie als dessen Gegenspieler der in seiner Langzeitwirkung wohl bedeutendste polnische Politiker und Ideologe. Wenngleich beide die Lösung der über die lange Zeit der Teilungen des Landes ungelösten „polnischen Frage“ in der Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit sahen und ein freies, unabhängiges Polen anstrebten, so unterschieden sich Dmowski und Piłsudski doch grundsätzlich in der Auffassung nationaler Identität. Während Piłsudski eingedenk der über Jahrhunderte durch eine ethnische und kulturelle Vielfalt geprägten polnischen Geschichte die nationale Identität nicht in der völkischen Zugehörigkeit, sondern in den allen

Bürgern gemeinsamen Wertvorstellungen und ihrer staatlichen Loyalität begründet sah, schwebte Dmowski ein weitgehend ethnisch homogenes Polen vor, in dem der Katholizismus als quasi nationale Religion das wesentliche Element nationaler Identität bilden sollte. Die Konsequenz dieses nationalen Selbstverständnisses war ein negatives Verhältnis zu den im wiedererstandenen Polen zahlenmäßig starken Minderheiten, insbesondere ein ausgeprägter Antisemitismus, der darauf abzielte, jüdische Bürger durch entsprechende Gesetze zu diskriminieren.

Die Langzeitwirkung der auf Dmowski zurückgehenden Konzeption nationaler Identität zeigt sich, wenngleich modifiziert, in ihrer bis in die Gegenwart reichenden Kontinuität. Aufgrund der Barbarei des Zweiten Weltkriegs wurde Polen seiner Minderheiten beraubt, so dass aus der von den Siegermächten in Jalta beschlossenen Nachkriegsordnung ein ethnisch homogenes Polen hervorging, das in den Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft durch die Konkurrenz zweier nationaler Konzeptionen bestimmt war. So repräsentierte die Kirche in Auseinandersetzung mit dem politischen System die Einheit von Glaube und Nation, während die kommunistische Partei und Staatsführung, wenngleich letztlich erfolglos, ein auf ihrer Ideologie basierendes und gegen die Kirche gerichtetes nationales Einheitsverständnis vertrat.

Auch nach dem Ende kommunistischer Herrschaft sah sich Polens Kirche weiterhin als Anwalt einer Einheit von Glaube und Nation, was über weite Phasen zu einem gewissen Spannungsverhältnis zu den jeweiligen Regierungen führte, mitunter sogar zu kirchenpolitischen Konflikten. Mit dem Wahlsieg der Kaczyńskipartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) im Herbst 2015 zeigt sich nunmehr eine gewisse Konvergenz zwischen ihrem nationalen Verständnis und dem der Kirche. Diese Situation schafft zugleich ein günstiges Klima für die Aktivitäten der Jungnationalisten des ONR, die sich ebenso auf die Einheit von katholischem Glaube und Nation berufen. So nutzen sie beispielsweise, ähnlich wie die PiS-

Regierung, die islamistischen Terrorakte im Westen als Vorwand, um die Aufnahme islamischer Flüchtlinge ausnahmslos abzulehnen, gehen aber in ihrer Radikalität über die bloße Ablehnung weit hinaus, versehen sie mit Hassparolen und diffamieren den Islam unterschiedslos als terroristisch. So heißt es in der im Internet nachlesbaren Selbstdarstellung des ONR: „Wie oft kann man sich noch nach jedem Terrorakt mit den dümmlichen Politikern Deutschlands und Frankreichs solidarisieren, die unfähig sind, die Dinge beim Namen zu nennen: Ursache der Terrorakte ist der Islam.“ Nach dem Motto des ONR „Worte ohne Taten sind nur leere Slogans“ rechtfertigen die Jungnationalisten denn auch Übergriffe auf Flüchtlinge, die es allerdings in Polen nur vereinzelt gibt.

Statt Seelsorger ein Sprachrohr des ONR

Doch zurück zu dem eingangs erwähnten Gottesdienst mit der Predigt von Jacek Międlar in der Kathedrale von Białostock. Diese Veranstaltung stieß bei liberalen wie auch bei manchen der Kirche nahestehenden Politikern und Journalisten, unter Gläubigen sowie in weiten Teilen der Bevölkerung auf Empörung. Die Kurie, die wohl hätte wissen müssen und es sicher auch gewusst hat, wem sie die Türen der Kathedrale geöffnet hatte, sah sich zu einer Entschuldigung genötigt. Es habe sich bei dieser Erlaubnis um „ein Versehen der Pfarradministration“ gehandelt, und man versicherte: „Die Kirche in Białostock steht keiner Partei nahe, und ihr ist Nationalismus fremd.“ Auch Erzbischof Stanisław Gądecki, Vorsitzender der Bischofskonferenz, meldete sich zu Wort: „Entschieden spreche ich mich dagegen aus, das Gotteshaus dafür zu nutzen, um Ansichten zu verkünden, die dem christlichen Glauben fremd sind.“ Er nannte allerdings die Ereignisse in Białostock, auf die sich seine Äußerung bezog, nicht ausdrücklich beim Namen, was nationalistische katholische Kreise die Möglichkeit bot zu erklären, der Erzbischof habe sich auf ein Ereignis bezogen, bei dem eine Feministin während des

Gottesdienstes gegen eine kirchliche Verlautbarung zur Abtreibung protestiert hatte.

Jacek Międlar, der als Missionspriester keinem Diözesanbischof, sondern seinem Oberen untersteht, erhielt nach dem 16. April ein „totales Verbot öffentlicher Auftritte sowie der Organisation jeglicher Art Versammlungen, Treffen und Pilgerfahrten und aller Art von Aktivitäten in den Massenmedien, einschließlich der elektronischen.“

Es ist nicht das erste Verbot, das gegen Jacek Międlar in seinem noch jungen Werdegang als Priester des ONR verhängt wurde. Und an das er sich nicht gebunden fühlt. Schließlich weiß er sich von Gott zu diesem „Dienst“ berufen: Auf seiner ersten Stelle als Vikar in einer Breslauer Gemeinde habe er „Gott gefragt, womit er sich in der Seelsorge befassen solle.“ Das Zeichen vom Himmel habe er wenige Tage später empfangen, als er in einem Geschäft auf ein Mitglied des Nationalradikalen Lagers gestoßen sei. Und zu allem Überfluss beruft er sich noch auf Papst Franziskus, der in seinem Apostolischen Schreiben *Evangelii gaudium* dazu aufgerufen habe, aus der eigenen „Verschlossenheit“ und „Bequemlichkeit“ aufzubrechen, die „eigenen Sicherheiten“ hinter sich zu lassen, „auf die Straßen“ hinauszugehen und sich mit Menschen am „Rande der Gesellschaft“ zu befassen.

Kurz nach dieser „Erleuchtung“ steht Jacek Międlar in Breslau bereits auf einem Autodach und stimmt unter den Fahnen des ONR, umgeben von Transparenten mit der Aufschrift „Tod den Feinden des Vaterlandes“ die versammelten Jungnationalisten auf einen Marsch gegen die Aufnahme von Flüchtlingen ein: „In unseren Herzen ist das Evangelium, in unseren Herzen ist Jesus Christus, in unseren Herzen sind die Werte, für die jeder von uns bereit ist, sein Leben zu geben – für Polen und für das Christentum. Gott, Ehre und Vaterland.“ Fragt sich nur, welche Vorstellungen dieser junge Priester und seine nationalistische Gemeinde vom Evangelium, von Jesus Christus, von Polen und dem Christentum, von Gott, Ehre und Vaterland haben.

Bereits vor dieser Manifestation hatte die niederschlesische ONR-Brigade auf einer ähnlichen Veranstaltung, bei der Jacek Międlar jedoch nicht anwesend war, eine einen Juden symbolisierende Puppe öffentlich verbrannt. Auf diesen antisemitischen Akt angesprochen, erklärte Międlar, dies sei das Ergebnis einer Frustration der Jugend, und man habe mit dieser Verbrennung nicht den Juden als Person gemeint, sondern nur die „schlimme Ideologie“.

Dieser erste öffentliche Auftritt blieb für den jungen Vikar nicht ohne Folgen. Der Ortsbischof intervenierte bei Międlars Oberen, und der untersagte ihm Auftritte bei ähnlichen Demonstrationen. Doch das hielt ihn nicht davon ab, einige Wochen später nach Warschau zu fahren, um am 11. November 2015, Polens

Unabhängigkeitstag, beim Marsch der Nationalradikalen erneut das Wort zu ergreifen: „Wir sind eine kämpfende Kirche, Krieger eines großen Polen.“ Obwohl es in Polen nur eine geringe Zahl an Personen muslimischen Glaubens gibt und das ONR lediglich ein paar tausend Jungnationalisten umfasst, heißt es in seiner Rede weiter: „Meine Lieben, ihr seid eine große Armee der Kirche, ihr seid eine große Armee Polens; ich weiß nicht, ob ihr das bemerkt habt, aber die Geschichte wiederholt sich: Einst sprach man davon, die Rote Armee habe uns befreit, jetzt dringt der islamische Fundamentalismus bei uns ein. Evangelium und nicht der Koran! [...] Wir haben das Recht uns zu ängstigen, wir haben das Recht, uns zu fürchten vor dem Untergang des national-christlichen Erbes.“

Mit seinen nationalistischen Aussagen und Aktivitäten wurde Jacek Międlar für Polens Kirche zunehmend zum Problem. Sowohl von vielen Gläubigen als auch in der säkularen Öffentlichkeit wurde sein Auftreten als Skandal empfunden. Die für Międlar zuständige Ordensleitung sah sich daher zu handeln genötigt. Sie verhängte allerdings keine Suspendierung, die, wie der administrative Umgang mit dem Priester Lemański¹ gezeigt hat, selbst einen untadeligen Priester treffen kann, wenn er

das Missfallen seines Bischofs erregt, sondern versetzte ihn weit weg von der niederschlesischen Metropole in ein entlegenes Dorf bei Zakopane. Diese ebenso geläufige wie in der Regel wenig wirksame Methode, mit „schwierigen“ Priestern fertig zu werden, blieb auch im Falle Międlars erfolglos. Drei Tage nach seiner dortigen Ankunft organisierte er eine ONR-Manifestation am Denkmal des 1947 im Partisanenkampf gegen die kommunistischen Sicherheitskräfte umgekommenen Majors Józef Kuraś. Auch die ihm verordneten Exerzitien in einem Krakauer Kloster seines Ordens konnten ihn von seiner „Berufung“ nicht abbringen. Im April 2016 machte er sich aus jenem Beskidendorf nach Białostock auf den Weg, um in der dortigen Kathedrale seine nationalistische Predigt zu halten.

Die andauernden nationalistischen Hetzattacken hatten auch die dortigen Behörden tätig werden lassen. Man wolle, wie es hieß, prüfen, ob Międlar mit seiner Predigt zum Hass aufgerufen habe. Auf die bloße Ankündigung hin reagierte er auf Twitter mit dem Hinweis, würde man gegen ihn vorgehen, dann wäre dies „der erste Prozess gegen einen Priester nach 1989.“ Und obgleich es, wie es scheint, bei der bloßen Ankündigung einer Untersuchung bleibt, wird im Internet unter der Losung „Ganz Polen in Verteidigung des Priesters Jacek Międlar“ auf Facebook zu seiner Unterstützung und Solidarität aufgerufen. Auch unter dem Klerus gibt es Stimmen, die sich öffentlich für ihn und gegen jegliche Art von Sanktionen aussprechen. Und so kann Jacek Międlar, zumindest vorläufig, seiner „Berufung“ weiter nachkommen.

Benutzte Literatur:

Błażej Strzelczy, Książd Jacek Międlar Narodowców (Der Priester Jacek Międlar von den Nationalisten), Tygodnik Powszechny v. 29.11.2015, S. 28-31.

B. S., 1050 lat później: dobro i zło w kościele (1050 Jahre später: Gutes und Schlechtes in der Kirche) ebd. v. 17. U. 24.04.2016, S. 5.

¹ Vgl. Theo Mechtenberg, Der Fall Lemański, imprimatur 2/2015.

B. S., Kościół mówi ‚nie‘ nacjonalizmowi (Die Kirche sagt nein zum Nationalismus), ebd. v. 05.05.2016, S. 5.

Artur Sporniak, Trudni księza (Schwierige Priester) ebd. v. 06.03.2016. S. 34f.

Theo Mechtenberg

Polen - erneute Auseinandersetzung um die Zulässigkeit von Abtreibungen

Am 23. September 2016 wurde im polnischen Sejm als Drucksache 784 in erster Lesung die Gesetzesinitiative „Stop aborcji“ eingebracht und über sie abgestimmt. Ihr Titel: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes vom 07. Januar 1993 über Familienplanung, Schutz des menschlichen Embryos und über die Bedingungen der Zulässigkeit einer Schwangerschaftsunterbrechung sowie des Gesetzes vom 06. Januar 1997 – Strafgesetzbuch“. Wenngleich es sich bei dieser Initiative nicht um die Einbringung eines gänzlich neuen Gesetzes handelt, so sind doch die geforderten Änderungen äußerst einschneidend. Sie betreffen als erstes den Titel. Er soll nunmehr lauten: „Gesetz zum allgemeinen Schutz des menschlichen Lebens und zur Erziehung zu einem Leben in der Familie“. Die Vorlage schließt Schwangerschaftsunterbrechungen absolut aus. Entsprechend sieht dieses Projekt die Streichung der betreffenden Paragraphen des Gesetzes von 1993 vor, die eine Zulässigkeit von Schwangerschaftsunterbrechung bei ernster Schädigung der Leibesfrucht, bei Gefahr für Leben und Gesundheit der Mutter sowie bei vorausgegangener Vergewaltigung beinhalten.

Die sehr detaillierten Strafbestimmungen betreffen vor allem Personen, die eine Frau zur Abtreibung nötigen oder diese an einer Kindesmutter herbeiführen. Dagegen kann eine für die Abtreibung allein verantwortliche Kindesmutter mit einer milderen Strafe bzw. sogar mit Straffreiheit rechnen. Die vorgesehenen Strafbestimmungen zeigen eine breite Spannweite; je nach Schwere des Falles sieht das Projekt Haftstrafen zwischen 3 Monaten und 10 Jahren vor.

Die in dem Gesetz von 1993 zu streichende Zulässigkeit einer Schwangerschaftsunterbrechung bei Gefährdung von Leben und Gesundheit der Mutter taucht nun unter den Strafbestimmungen auf. Aus ihrer Zulässigkeit wird damit eine bloße Straffreiheit, die Ärzten garantiert wird, die zur Lebensrettung der Mutter – gleichsam secundum quid – den Tod der Leibesfrucht in Kauf nehmen.

Eingebracht wurde die Gesetzesinitiative „Stop aborcji“ von einer Bürgerinitiative, die zuvor für ihr Anliegen ungefähr 500.000 Unterschriften gesammelt hatte. Erstellt wurde der Text von „Ordo Iuris“, einer Institution konservativer Juristen, deren Ziel es ist, traditionellen Werten Gesetzeskraft zu verleihen. Unterstützt wurde sie von der mit absoluter Mehrheit regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS).

Gleichfalls am 23. September reichte eine Bürgerbewegung unter dem Titel „Ratujmy kobiety“ (Retten wir die Frauen) einen radikal-liberalen Gegenentwurf ein. In einem von Barbara Nowacka, einer bekannten linken Politikerin und Feministin unterzeichneten Aufruf des Komitees dieser Bürgerbewegung heißt es. „Wir sind nicht einverstanden mit dem Modell eines Staates nach Art von PiS und der Kirche, in dem Frauen über ihr Los nicht entscheiden dürfen. Wir wollen kein Abtreibungsgesetz der Autorenschaft des Episkopats, das gegenüber Frauen drakonische Restriktionen einführt.“ Die wichtigsten Punkte dieser Gesetzesvorlage sind: Die Zulässigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs bis zur 12., in besonderen Fällen bis zur 24. Schwangerschaftswoche ohne weitere

Auflagen; die Einführung eines von „religiöser Ideologie“ freien Sexualunterrichts in den Schulen ab der 1. Klasse; uneingeschränkter Zugang zu den neusten Methoden der Empfängnisverhütung; Einschränkung der „Gewissenklausel“ als Grund für die ärztliche Verweigerung eines Schwangerschaftsabbruchs.

Der Gesetzesentwurf „Stop aborcji“ wurde mit 267 Jastimmen, 154 Neinstimmen und 10 Enthaltungen angenommen und zur weiteren Behandlung an den „Ausschuss für Gerechtigkeit und Menschenrechte“ verwiesen. Für den abgelehnten Gesetzesentwurf „Ratujmy kobiety“ hatten 173 Abgeordnete gestimmt.

„Stop aborcji“ ist nicht der erste Versuch eines totalen Abtreibungsverbots

Am 10. Mai 1989 hatten 76 Abgeordnete parteiübergreifend im Sejm die Gesetzesvorlage „Über den Rechtsschutz des ungeborenen Kindes“ eingebracht, der gleichfalls ein totales Abtreibungsverbot vorsah. Sie löste damals in der polnischen Gesellschaft eine emotional aufgeladene Diskussion aus und scheiterte an ihrem Widerstand.

Es war die Zeit kurz nach der politischen Wende, in der Polens Kirche die Möglichkeit sah, ihren moralischen Vorstellungen Gesetzeskraft zu verleihen. So war es keine Überraschung, dass sie ihren Einfluss geltend machte, um das aus der kommunistischen Zeit stammende, die Abtreibung weitgehend freigebende Gesetz vom 27. April 1956 außer Kraft zu setzen, gegen das sie unter dem atheistischen Regime wiederholt und mit Schärfe protestiert hatte. Womit man jedoch innerhalb der Hierarchie nicht gerechnet hatte, war der massive Protest, den die Gesetzesinitiative vom 10. Mai 1989 in der ihrer Ansicht nach „katholischen Gesellschaft“ auslöste. Massenweise gingen Männer und Frauen auf die Straße und protestierten vor allem gegen die strafrechtlichen Artikel dieser Gesetzesvorlage, die für jeden eine Haftstrafe bis zu drei Jahren vorsah, der den Tod eines Kindes im Mutterschoß

schuldhaft verursacht. Plakate waren zu sehen, die darauf verwiesen, dass jeder, der diese Vorlage unterstützt, 500.000 Frauen, die schätzungsweise pro Jahr in Polen abtreiben würden, hinter Gittern brächten. Es wurden Stimmen laut, die diese Initiative als Signal werteten, dass die eine, kommunistische, Diktatur nun durch eine andere, katholische, abgelöst werden könnte. Polens Kirche hat damals schmerzhaft erfahren müssen, dass ihre moralischen Prinzipien und Wertvorstellungen selbst von der immerhin katholisch geprägten Gesellschaft nicht ohne weiteres geteilt werden und sie in einer pluralistischen Demokratie mit einer schwer aufhebbarer Diskrepanz zwischen amtskirchlicher Moral und Recht rechnen muss. Aufgrund dieser Einsicht kam es nach einer Diskussionsphase mit dem Gesetz vom 07. Januar 1993 zu einem Kompromiss, der die Zulässigkeit einer vom Arzt durchgeführten Schwangerschaftsunterbrechung in drei Fälle festschrieb – bei Gefährdung von Leben und Gesundheit der Mutter, bei einer schweren Schädigung der Leibesfrucht sowie bei Vergewaltigung. In den Folgejahren hat es zwar immer wieder, wengleich vergebliche, Versuche zu einer weitergehenden Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebung gegeben sowie andererseits solche vonseiten konservativer katholischer Gruppierungen, die eine deutliche Verschärfung der geltenden Gesetzlage forderten. In diesen jahrelangen Auseinandersetzungen hielt sich Polens Kirche offiziell zurück, was darauf schließen lässt, dass sie den mühsam errungenen Kompromiss einer im europäischen Vergleich durchaus restriktiven Abtreibungsgesetzgebung ihrerseits nicht in Frage stellen wollte.

Rücknahme von „Stop aborcji“ nach zwei Wochen

Angesichts der zurückliegenden Erfahrung hätte man eigentlich gewarnt sein müssen, den Kompromiss von 1993 in Frage zu stellen. Dennoch schlugen stark national-konservative Kreise diese Warnung in den Wind, wobei sie sich für ihre Initiative der Unterstützung der mit absoluter Mehrheit regierenden PiS sicher sein konnten. So

kam es, wie es kommen musste: Wie 1989 ließen die Proteste nicht auf sich warten. In allen größeren Städten Polens und selbst im Ausland wie in Prag und Berlin gingen am 03. Oktober, einem Montag, Zigtausende schwarz gekleideter Frauen, aber auch Männer, auf die Straße, auch jene, die grundsätzlich gegen Abtreibung sind, aber auch entschieden gegen eine Änderung des geltenden Gesetzes. Manche Unternehmer hatten den bei ihnen beschäftigten Frauen für diesen Tag arbeitsfrei gegeben. Auf T-Shirts brachten manche ihre Ablehnung der Gesetzesinitiative zum Ausdruck, und aus der Menge wurden die Namen der Abgeordneten gerufen, die für „stop aborcji“ gestimmt hatten.

Der Protest zeigte Wirkung: Der „Ausschuss für Gerechtigkeit und Menschenrechte“, an den „Stop aborcji“ verwiesen worden war, lehnte das Projekt ab, und zwei Wochen nach Einbringung und Befürwortung dieser Gesetzesvorlage wurde sie am 06. Oktober ohne Diskussion mit 352 Stimmen abgelehnt, darunter 186 Abgeordnete von PiS, die sie vierzehn Tage zuvor unterstützt hatten. Vor der Abstimmung hatte Parteichef Jarosław Kaczyński die Abgeordneten von PiS zur „moralischen Disziplin“ aufgefordert, was so viel bedeutet, sich selbst bei anderer Meinung aufgrund übergeordneter Werte, sprich Machterhalt der Partei, dem Fraktionszwang zu unterwerfen. Immerhin verweigerten ihm 32 Abgeordnete die Gefolgschaft.

An Protesten hat es in der nunmehr einjährigen Amtszeit der Regierung bislang nicht gemangelt, aber es ist dies das erste Mal, dass sie vom Erfolg gekrönt wurden und dass sie die Regierung zum Rückzug zwangen. Diese Niederlage gestand, wenngleich verklausuliert, Kaczyński in der Sitzung vom 06. Oktober ein, als er als einfacher Abgeordneter das Wort ergriff und sagte: „Angesichts der sozialen Situation gelangten wir zu dem Schluss, dass sie zu einem Faktor wird, der zu Protesten führt.“ Damit würde das Projekt das Gegenteil von dem bewirken, was seine Autoren beabsichtigten, womit er warnend signalisierte, dass bei einem möglichen Machtwechsel ein liberales Abtreibungsgesetz verabschiedet werden

könnte. Er versicherte, PiS würde sich weiterhin für den Schutz des Lebens einsetzen und ein besser durchdachtes Projekt vorlegen.

In welche Richtung dieses nun in Aussicht gestellte „besser durchdachte“ Projekt zielen soll, das zu sagen blieb Ministerpräsidentin Beata Szydło überlassen: Erstens soll ein Katalog umfangreicher Maßnahmen sozialer Sicherheit für Schwangere erstellt werden und bereits Ende Oktober fertig vorliegen. Damit griff Szydło eine Forderung auf, die bereits 1989 und 1993 in Zusammenhang mit den damaligen Gesetzesinitiativen erhoben wurde, aber bislang kaum realisiert wurde. Konkret stellte die Ministerpräsidentin Hilfen für Frauen in Aussicht, die nach einer Vergewaltigung die Kinder zur Welt bringen. Auch soll das Netz von Hospizen für behinderte Kinder und nicht lebensfähige Neugeborene ausgebaut werden, damit diese nicht abgetrieben werden müssen – eine Ankündigung, die in der Gesellschaft auf ein sehr geteiltes Echo traf. Zweitens soll in Hinblick auf die anfallenden Kosten der Haushalt für 2017 entsprechend verändert werden, wobei sich die Frage einer zusätzlichen Verschuldung stellt. Drittens verpflichtet sich die Regierung zu einer gesellschaftlichen Aktion zur Unterstützung des Lebensschutzes Ungeborener - ein wohl mit dem Risiko weiterer gesellschaftlicher Polarisierung verbundenes Vorhaben.

Dass eine von den Abgeordneten angenommene Gesetzesvorlage zwei Wochen später ohne Diskussion wieder verworfen wird, verletzt die Regeln einer demokratischen Vorgehensweise. Darauf verwies die Abgeordnete Joanna Banasiuk. Sie hatte als Vertreterin von „Ordo Iuris“ das Projekt „Stop aborcji“ am 23. September eingebracht und erklärte am 06. Oktober vor dem Parlament: „Vor zwei Wochen überwies Sie das Projekt mit Stimmenmehrheit zur Weiterbehandlung an die Kommission. Ich möchte Sie fragen, was in diesen vierzehn Tagen passiert ist, dass übereilt, ohne Rücksprache mit den Antragstellern, die Kommission für Gerechtigkeit beschloss, die Gesetzesvorlage ohne jede Debatte und ohne Rederecht für die Antragsteller zu verwerfen. Ich möchte

Innen versichern, dass sich dieses Projekt seit dem 23. September nicht verändert hat [...], das Sie enthusiastisch angenommen hatten.“

Dieser Vorgang blieb für die regierende PiS nicht folgenlos. Abgesehen von internen Auseinandersetzungen, die Jarosław Kaczyński durch die von ihm eingeforderte „moralische Disziplin“ ausgelöst hatte und der sich 32 Abgeordnete seiner Partei verweigerten, erlitt PiS in der öffentlichen Wahrnehmung einen Glaubwürdigkeitsverlust, der sich in einem deutlichen Rückgang potentieller Wählerstimmen für „Recht und Gerechtigkeit“ niederschlug.

Die Haltung der Kirche

Das Präsidium der Bischofskonferenz hatte sich bereits im März 2016 mit einer in den Kirchen verlesenen Erklärung für eine Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung ausgesprochen. Sie war direkt an die Abgeordneten und die Regierung gerichtet. In ihr heißt es: „In der Frage des Lebensschutzes Ungeborener kann man sich nicht mit dem gegenwärtigen Kompromiss begnügen.“ Damit nahm das Präsidium Abstand von dem unter Mitwirkung der Kirche zustande gekommenen Gesetz von 1993 und signalisierte ihr Einverständnis mit dem in Vorbereitung befindlichen Gesetz eines totalen Abtreibungsverbots. Doch es sollte sich zeigen, dass Polens Bischöfe in ihrer Gesamtheit diesem vorgegebenen Kurs nicht folgten.

Erst nach dem Scheitern von „Stop aborcji“ meldete sich die Bischofskonferenz als solche zu Wort. Vor Journalisten erklärte ihr Pressesprecher: „Die Konferenz des Polnischen Episkopats erinnert daran, dass sie alle Gesetzesprojekte unterstützt, die einen vollen Lebensschutz von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod fordern, nicht aber Rechtsvorschriften, die eine Bestrafung von Frauen vorsehen, die eine Abtreibung zuließen.“ Damit bekräftigten Polens Bischöfe lediglich den allgemein bekannten kirchlichen Standpunkt, ohne sich auf die politische Auseinandersetzung zu beziehen und auf sie Einfluss zu nehmen. Dies tat allerdings

am gleichen Tag erneut das Präsidium der Bischofskonferenz. Im Hinblick auf die von PiS in Aussicht gestellte Gesetzesvorlage verwies es zwar auf die Wichtigkeit der von ihr geplanten Hilfspakete für Schwangere, betonte aber zugleich, diese würden „nicht von der Pflicht befreien, einen vollen Lebensschutz von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod anzustreben.“ Diese Aussage muss, zumal in Zusammenhang mit der Äußerung vom März, als Aufforderung an PiS interpretiert werden, in dem von ihr geplanten „besser durchdachten“ Projekt den Kompromiss von 1993 aufzukündigen.

Die unterschiedlichen Stellungnahmen von Präsidium und Bischofskonferenz zeigen, dass der Episkopat in der Abtreibungsfrage gespalten ist. Allerdings verweisen Kenner der Situation darauf, dass nur eine Minderheit eine Verschärfung der geltenden Gesetzeslage befürwortet. Offenbar weiß man nach den Erfahrungen der Jahre 1989 – 1993 um das Risiko, das die Kirche mit einer politischen Einflussnahme zugunsten eines totalen Abtreibungsverbots eingehen würde. Abgesehen von der zu erwartenden Polarisierung innerhalb der Gesellschaft, von der auch die Kirche betroffen wäre, würde man im Falle einer Gesetzesverschärfung Gefahr laufen, dass bei einem künftigen Machtwechsel ein liberales, die Abtreibung weitgehend freigebendes Gesetz in Kraft träte. Angesichts dieser drohenden Möglichkeit erscheint den Bischöfen wohl der fast ein Vierteljahrhundert gehaltene Kompromiss als „geringeres Übel“.

Horst Hohmann

„Unser Rettungsanker in rauher See“

Über das Wachstum der evangelikalen Kirchen in Lateinamerika

Im Sitio Cercado, einer Satellitensiedlung am südlichen Stadtrand von Curitiba, wissen alle, dass die Frisöse Regina Bastos bekenndendes Mitglied der „Universalkirche vom Reich Gottes“ ist und nichts auf deren Gründer Edir Macedo kommen lässt. Deshalb nimmt sie an diesem Samstagmorgen in ihrem Salon an der Ecke Tavares/Falabela auch kein Blatt vor den Mund, als eine der Frauen wissen will, ob jemand gestern Abend in den Spätnachrichten der TV Globo den frechen Kommentar von Arnaldo Jabór über die Freikirchen in Brasilien gehört habe.

„Unverschämt, wie der über uns geurteilt hat“, macht die 49-jährige Frisöse gleich ihrem Ärger Luft. „Dieses Großmaul hat uns beleidigt und uns doch tatsächlich als einen verblödeten Haufen von Betrugsopfern hingestellt – 50 Millionen, die bei ihrem ganzen Hallulua-Geschrei angeblich nicht merken, wie ihnen die Pastöre das Geld aus der Tasche ziehen!“

Betty Lima, die wegen „Dauerlöckchen“ gekommen ist, gibt ihrer Freundin Regina Recht. „Das war echt nicht die feine journalistische Art“, sagt die katholische Krankenschwester, die in der Pfarrei „Sankt Josef“ als Kommunionhelferin tätig ist. „So kann man mit den religiösen Gefühlen von uns kleinen Leuten nicht umgehen. Das war unterste Schublade und absolut ungerecht!“ Und mit einem aufmunternden Klaps auf die Schultern der Frisöse sagt sie: „Hättest dem Jabór vorher halt mal deine Lebensgeschichte erzählen sollen!“

Diese Lebensgeschichte hat es in sich. Denn immerhin gehörte Regina Bastos fast 7 Jahre lang zu den Millionen von brasilianischen Ehefrauen und Müttern, die das „vom Teufel geknetete Brot“ essen müssen und umgangssprachlich zu jenen Menschen gerechnet werden, deren Leben die „Hölle auf Erden“ ist.

2003 hatte Reginas Mann Anderson in der Vorweihnachtszeit zu trinken begonnen und noch im gleichen Jahr wegen der nicht mehr zu leugnenden Alkoholabhängigkeit seinen Job als Automechaniker in einer VW-Vertragswerkstatt verloren. „In

unserer Familie geriet plötzlich alles aus den Fugen“, erzählt die Mutter von drei Kindern. „Unsere beiden Ältesten waren bereits in der Grundschule. Carla, die Jüngste, war im Kindergarten. Manchmal war mir, als hätte man uns ohne Fallschirm aus einem Flugzeug gestoßen.“

Schnell, sehr schnell fehlte im Hause Bastos das Geld, um Wasser- und Stromrechnungen pünktlich zu bezahlen. Immer öfter musste die Frisöse ihre eigenen Eltern um einen Zuschuss beim monatlichen Einkauf von Lebensmitteln bitten. Und, so als ob die vielen kleinen, täglichen Demütigungen nicht genügten, häuften sich zuletzt Szenen extremer, physischer Gewalt.

Hilfe in höchster Not kam 2010 dann aus dem Tempel der „Universalkirche vom Reich Gottes“ in der Rua dos Pinheiros 1324. „Völlig unerwartet“, wie Regina Bastos eigens betont. Nachbarn, die vom Entwöhnungsprogramm der evangelikalen Gemeinde für Drogen- und Alkohol-Abhängige erfahren hatten, waren dort vorstellig geworden. Mit Erfolg. Anderson fand Aufnahme in einer Entzugsklinik der Kirche auf dem Land und kehrte nach 6 Monaten ins Berufsleben zurück. „Ein unglaublich schöner Augenblick“, sagt die Frisöse, „wenn dir jemand die Hand reicht und dich aus dem Sumpf zieht und dir die sensationelle Gewissheit gibt, endlich wieder festen Boden unter den Füßen haben.“ Und mit herausforderndem Ton in der Stimme fragt Regina Bastos in die Runde: „Werden Journalisten wie Arnaldo Jabór irgendwann vielleicht doch noch begreifen, dass man uns evangelikale Christen nicht einfach so pauschal als hirnlose Betrugsopfer abstempeln kann?“

Einschlägige Untersuchungen über Zuschnitt und Rolle religiöser Gruppierungen haben in der Tat bisher immer unterstrichen, dass spirituelle Motive in den vergangenen 30 Jahren sowohl in Brasilien als auch in den anderen lateinamerikanischen Ländern ausschlaggebend für das phänomenale Wachstum der sogenannten Freikirchen waren. Während in dem genannten Zeitraum die Mitgliederzahl der ehemals übermächtigen katholischen Kirche von 92 Prozent der Gesamtbevölkerung auf gegenwärtig 67 Prozent zurückging, legten

die Freikirchen überall mächtig zu und rechnen inzwischen 19 Prozent aller 625 Millionen Einwohner Lateinamerikas zu ihren Anhängern. Von den derzeit 202 Millionen Brasilianern sind 47 Millionen Mitglied in einer der 172 öffentlich eingeschriebenen Freikirchen. Fast die Hälfte der 16 Millionen Guatemalteken gehören einer evangelikalen Kirche an, und auf ein katholisches Kirchengebäude kommen im „Armenhaus Zentralamerikas“ 97 freikirchliche Tempel und Gebetsräume.

Für die eingangs zitierte Frisöse Regina Bastos sowie für die ganz große Mehrheit der evangelikalen Christen des Subkontinents hat Silas Malafaia, Chef einer mitgliederstarken, brasilianischen Version des „Assembly of God“ und einer der bekanntesten Prediger Brasiliens, das Credo der Freikirchler auf einen unstrittig einfachen Nenner gebracht: „Jesus ist unser Rettungsanker in rauher See“. Seine Worte und Wunder wie auch die von alttestamentlichen Autoren niedergeschriebenen Lebensweisheiten, so Malafaia, seien für alle „Neugeborenen“ Nahrung und Halt – in Zeiten des Umbruchs und gesellschaftlicher Wirren, in Zeiten existenzieller und materieller Not, in Augenblicken der Verzweiflung und Einsamkeit, in Zeiten beruflicher und familiärer Neuorientierung.

Unglaublich, aber wahr: über den Teufel sprechen Silas Malafaia und die anderen evangelikalen Glaubensbotschafter fast genauso oft wie über Gott. Wie ein brüllender Löwe, so Malafaia, sei der Leibhaftige seit ewigen Zeiten unterwegs und suche uns zu „verschlingen“. Er sei der personifizierte Ursprung allen Übels, ein „Fallensteller“ von Anbeginn, ein „Spalter, dem nichts heilig ist“. In vielen Kultstätten der evangelikalen Charismatiker geht´s dem Teufel deshalb auch regelmäßig und heftig „an den Speck“, wenn ihn eigens geschulte Exorzisten unter Flüchen und Verwünschungen aus besessenen Personen austreiben.

In allen lateinamerikanischen Freikirchen wird dem biblisch begründeten Streben nach „Wohlstand“ oberste Priorität beigemessen. Kein Thema hat in den Predigten der „Bischöfe“ und „Apostel“ einen so großen Stellenwert wie die „vorgezogenen Segnungen des Himmels“.

Stundenlang können die Prediger von der Kanzel herunter über den bei Deuterocesaja beschriebenen Gott Israels sprechen, der sich „wie eine Mutter um ihren Säugling kümmert“ (Jes. 66,13), über Jesus, „den Gott für uns zur Weisheit gemacht hat“ (1 Kor 1,30), über die „Vögel des Himmels ... Sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht in die Scheunen, und euer himmlischer Vater ernährt sie. Seid ihr nicht viel wertvoller als sie?“ (Mt. 6,26) und – last but not least – über die klassische Aufforderung Jesu in Lk 11,9-13 „Bittet und es wird euch gegeben ...!“

Folgerichtig kommen die Interpreten des „Wortes Gottes“ sodann zu dem einleuchtenden Schluss, dass Mitglieder einer Freikirche – genauso wie der himmlische Vater selbst – „Notdürftige unmöglich mit Steinen abspesen können, wenn sie um Brot bitten“ oder mit anderen Worten: jede Kirche kann nur auf Grund großzügiger Spenden und mittels des monatlich entrichteten „Zehnten“ (10 Prozent des Nettoeinkommens) der Gläubigen ihrem Verkündigungsauftrag, ihren caritativen Pflichten und ihren arbeitsrechtlichen Verbindlichkeiten nachkommen. Allein die monatlichen Gehälter und Löhne der in knapp über 300.000 freikirchlichen Einrichtungen Brasiliens tätigen Frauen und Männer dürften umgerechnet 250 Millionen Euro verschlingen. Verständlich, dass der Gründer und derzeitige Chef der Kirche „Renascer“, Estevam Hernandes, vor nicht allzu langer Zeit nach Auszählung der landesweit eingegangenen Sonntagskollekten sein Marketing-Team mit der zornigen Feststellung zusammengestaucht haben soll: „Leute, das sind mikrige 15 Reais (5 Euro) pro Kopf!“

Zusätzliche Millionen-Einkünfte und Rücklagen, so verlautet aus verlässlichen Quellen, erwirtschaften die größeren Freikirchen Süd- und Mittelamerikas vor allem im Medienbereich, auf dem Kosmetik- und Modemarkt sowie im Erziehungswesen.

Absoluter Spitzenreiter bei den „Nebeneinkünften“ ist Edir Macedo und seine „Universalkirche vom Reich Gottes“, die mittlerweile in mehr als 180 Ländern missioniert.

Im Sommer 2016 lud Macedo zur Eröffnung des 157 Millionen US-Dollar teuren „Salomon-Tempels“ der Universalkirche im Zentrum von São Paulo, in dessen Hauptversammlungshalle rund 12.000 Besucher Platz finden. Jeden Montag kommen in diese Halle zu fünf Veranstaltungen rund 30.000 Menschen aller Altersgruppen, um in den von Edirs Management-Spezialisten angebotenen Kursen mehr über die Geheimnisse des „Erfolgs im Berufsleben“ zu erfahren. Ein Renner u.a. auch deshalb, weil die Macedo-Mannschaft an Montagen nicht über Mt 6,31 („Macht euch keine Sorgen“) spricht.

Sodann gehört der geschäftstüchtige Kirchengründer seit Jahren zur Gruppe der ungekrönten Medien-Mogule Brasiliens. 22 regionale TV-Sender sind in seinem Besitz. Insgesamt 64 Radiostationen sind für die Universalkirche auf Sendung und über seinen „Kronjuwelen TV-Record“, den zweitgrößten nationalen TV-Sender Brasiliens, welchen der Prediger vor 25 Jahren für 45 Millionen US-Dollar kaufte und der heute mindestens 670 Millionen US-Dollar wert ist, kann Edir – wann immer er es wünscht – auch seine religiösen Botschaften oder gesellschaftskritischen Kommentare bis in die letzten Winkel der Republik schicken, die 22-mal so groß ist wie die BRD. Unerwähnt bleibt oft, dass die Verlagshäuser der Universalkirche mit Büchern, Broschüren, Gospelmusik und Sprech-CDs pro Jahr Millionen-Umsätze im dreistelligen Bereich erzielen.

Laut US-Magazin „Forbes“ ist Edir Macedo unter den 5 reichsten evangelikalen Kirchengründern Brasiliens mit Abstand Klassenbesten. Ihm gehören nach Meinung des Blattes umgerechnet 720 Millionen US-Dollar. Dem Chef der Kirche „Poder de Deus“, Valdemiro Santiago, der mit seinem Country-Hit „Gott lässt einen angeschlagenen Krieger nicht im Stich“ lange in den Gospel-Charts stand, 140 Millionen US-Dollar. Dem Gründer von „Assembléia de Deus – Vitória em Cristo“, Silas Malafaia, knapp über 100 Millionen US-Dollar. Dem Präsidenten der Kirche „Internacional da Graça de Deus“, Romildo Soares, 85 Millionen US-Dollar und dem Gründerehepaar Estevam und Sonia Hernandes von der „Renascença“, welches

gerade das sündhaft teure Parfüm „Jesus-Duft“ auf den Markt gebracht hat, immerhin noch 45 Millionen US-Dollar. Alle sagen, dass sie mit der Gnade Gottes sind, was sie sind, und dass sie sich trotz ihres großen „Wohlstands“ nicht als privilegierte Ausnahme-Vertreter der „Firma Gott & Sohn“ betrachten.

Obwohl der Apostel Paulus bei der überwiegenden Mehrheit der evangelikalen Kirchenführer hoch im Kurs steht und die meisten von ihnen offen zugeben, sowohl privat als auch öffentlich konservative Werte zu vertreten, teilt fast keiner von ihnen mehr die von Paulus im Römerbrief vertretene Meinung, „dass alle weltliche Gewalt von Gott kommt“.

Die jüngere lateinamerikanische Geschichte hat gezeigt, wie evangelikale Christen ein ums andere Mal bei politischen Schulterschlüssen „zwischen die Stühle gerieten“ und die von ihnen begangenen Menschenrechtsverletzungen feige als „notwendiges Übel“ rechtfertigten. Sie ließen sich nachweislich gleich in mehreren zentralamerikanischen Ländern vor den Karren einheimischer Diktatoren, sowie ausländischer Konzerne und Geheimdienste spannen.

So trugen sie in Guatemala in der ersten Hälfte der 1950er Jahre dazu bei, dass die wirtschaftlichen Interessen der in der gesamten Region verhassten US-amerikanischen „United Fruit Company“ von Sam Zemurray „unangetastet“ blieben. Als der junge Präsident Guatemalas, Jacobo Arbenz, damals eine Agrarreform ankündigte und dafür auch 225.000 Hektar brachliegendes Firmenland der „United“ beschlagnahmen ließ, halfen die Freikirchler unter der darbedenden Bevölkerung das Gerücht der Gringos verbreiten, dass die Reformpolitik von Arbenz „Eigentum, Leben und Sicherheit in der westlichen Hemisphäre“ bedrohe, und dass der Präsident im Übrigen bereits dazu übergegangen sei, mit geradezu teuflischer Hinterhältigkeit alle „tiefgläubigen und vaterlandsliebenden Soldaten der guatemalteckischen Armee“ zur Teilnahme an „liturgieähnlichen Feiern des Stalin-Kults“ zu zwingen. Am 18. Juni 1954 putschten einige Generäle und jagten Jacobo Arbenz aus dem Amt.

Kein Ruhmesblatt war sodann auch die Verwicklung evangelikaler Kräfte in die gegen indigene Bevölkerungsgruppen geführten Vernichtungsfeldzüge, durch die man meinte, eine „christlich geprägte Gesellschaftsordnung“ wirksam verteidigen zu können. Exponent dieser radikal-militanten, fundamentalistischen Denkungsart war der guatemalteke Ex-Präsident Efraim Rios Montt (1982-1983) - Prediger und glühender Anhänger der „Bruderschafts-Kirche“.

Als Rios Montt später wegen Völkermords zu einer hohen Haftstrafe verurteilt worden war, schworen seine ehemaligen religiösen Weggefährten Umkehr und entschieden, „um des guten Rufes ihrer Kirchen willen“ sich fortan niemals mehr von gewissenlosen Familiendynastien und machthungrigen Politikern instrumentalisieren zu lassen.

Mittlerweile treten die Freikirchler überall in Süd- und Zentralamerika unter eigener politischer Flagge auf. In Brasilien ist so die Republikanische Partei (PRB) die wichtigste evangelikale Schaltstelle fürs „politische Geschäft“ geworden. Hier wird über Strategien und Kandidaturen entschieden, wenn auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene Wahlen anstehen. Edir Macedos Universalkirche hat auch hier – genauso übrigens wie bei der „Verpflichtung“ von einem Drittel aller brasilianischen Fußballprofis - die Nase vorn. Knapp über 1.000 Vertraute Macedos sind inzwischen im brasilianischen Senat, im Kongress, in den Landtagen und in den Gemeinderäten aktiv. Zuletzt hat sich bei den Kommunalwahlen im Oktober 2016 Marcelo Crivella, einer ihrer prominentesten Bischöfe, fürs Bürgermeisteramt von Rio de Janeiro gegen den Kandidaten der Linksparteien durchgesetzt.

Nach Auffassung der Soziologin Christina Vital von der staatlichen Universität „Fluminense“ in Rio de Janeiro ist es erklärtes Ziel der Evangelikalen, innerhalb der kommenden 10 Jahre einen ihrer Leute ins Präsidentenamt zu hieven. Nächster Schritt, so die Wissenschaftlerin, sei dann die Erreichung einer evangelikalen Mehrheit in der 11-köpfigen Ministerrunde des Bundesgerichtshofes in Brasilia. „In einer solchen Mehrheit“, sagt

Vital, „sehen die hiesigen evangelikalen Kirchen langfristig eine wichtige Garantie, um die angeblich teuflischen Pläne der liberalen Gesellschaft für eine verfassungsrechtlich sanktionierte Schwulen-Ehe, für die Legalisierung der Abtreibung und der Drogenbeschaffung sowie für eine Gender-Diktatur“ zu verhindern.

Längst haben die Frisöse Regina Bastos und ihr Mann Anderson mit großem Staunen von ihren katholischen Freunden in der Satellitensiedlung „Sitio Cercado“ vernommen, dass die ideologischen Unterschiede in den Auseinandersetzungen um die „ethische Einordnung“ von Homosexualität, Abtreibung, Gender-Mainstreaming und Drogenmissbrauch zwischen konservativ denkenden Katholiken und evangelikalen Christen zuletzt deutlich geringer geworden sind.

Während zwischen den Katholiken und Freikirchlern Lateinamerikas in den vergangenen Jahren zunehmend „konziliante Töne“ angeschlagen werden und ein versöhnlicher Umgang gepflegt wird, haben die Grabenkämpfe zwischen den Chefs der evangelikalen Kirchen merklich zugenommen. Futterneid und Missgunst werden als wichtigste Gründe für wüste Internet-Attacken und für unflätiges Abkanzeln der religiösen Rivalen genannt. Christina Vital sieht in der auffälligen Eitelkeit vieler evangelikaler Kirchenchefs letztlich dann auch eine der Ursachen für „feindliche Übernahmen“ und für die Abwanderung von Tausenden von Kirchenmitgliedern, „wenn einer der Streithähne seinen eigenen Laden aufmacht“.

Werner Post, Bonn

Laudato si

Antikapitalistischer
Sonnengesang

1.

Unübersehbar sind schlechte Zeiten angebrochen für Linke, Sozialisten und Sozialdemokraten: ein sozialistischer Präsident in Frankreich, der einem fast nur noch leid tut, eine schwächlich zerfahrene SPD, verbrauchte / zerstrittene Sozialisten in anderen europäischen Ländern, das Scheitern des lateinamerikanischen Sozialismus in Venezuela, Argentinien, Chile oder nun auch Kuba; und auch griechische oder spanische Sternschnuppen von Varoufakis bis Podemos (Pablo Iglesias) erinnern schon im Outfit weniger an Karl Marx als an Karl Lagerfeld. Auch in deutschen Landen wird die gestrenge Linke Sahra Wagenknecht mit ihrer Partei keinen zweiten Oscar gewinnen. Unsere Gewerkschaften konzentrieren sich auf Tarifstreit, mithin auf das konservative Motiv der Besitzstandswahrung. Hingegen formiert sich weltweit gegenwärtig eine illiberale Internationale der Populisten: Despoten aller Länder, vereinigt euch!

Der einzig verbliebene überzeugte und überzeugende Linke scheint sich zur Zeit ausgerechnet im Vatikan aufzuhalten. Papst Franziskus weist unermüdlich auf die desaströse soziale Bilanz des gegenwärtigen Kapitalismus hin: Noch immer hungern etwa 800 Mill. Menschen weltweit, obwohl es genügend Nahrungsmittel auch für sie gäbe; ab 2016 wird das reichste 1% der Weltbevölkerung mehr Vermögen angehäuft haben als die restlichen 99% (Oxfam), Armut und Reichtum verteilen sich trotz allem auf obszöne Weise, hundert Millionen Menschen weltweit finden keine Arbeit und damit keine Chance auf politische und soziale Partizipation. Die gewaltige Ungleichheit führt zur Verelendung ganzer Territorien und löst entsprechende Migrationsbewegungen aus (55 Mill.), mit mörderisch verheerenden Folgen. Zu alledem kommt noch der ruinöse Umgang mit der äußeren (und schließlich auch der inneren) Natur. Der dem Systemkapitalismus inhärente Wachstumszwang mit seinem irreversiblen Ressourcen-Verschleiß wird akut lebensgefährlich. So bildet sich ein gereiztes

Krisenbewusstsein aus, indem auch die Ressource „Sinn“ immer mehr schwindet.

All dies und noch viel mehr findet sich, im wohlabgewogenen Duktus römischer Verlautbarungen, in „Laudato si“. Nicht nur diese, sondern auch schon frühere Sozialenzykliken gehören zu den respektableren päpstlichen Dokumenten. Franziskus hat sich darüber hinaus einen redlichen Ruf als vatikanischer Prälatenschreck und anarcho-katholischer Latino erarbeitet.

Das hat ihm, zumindest außerhalb, für einen Papst ungewohnt große Sympathien in aller Welt eingetragen und könnte seiner Enzyklika vielleicht mehr Aufmerksamkeit beschern als sonstige Rundschreiben. Vielleicht besteht darin sogar die eigentliche Bedeutung; denn in der Sache bietet „Laudato si“ kaum etwas, das nicht andernorts und im aufgeklärten Gemeinbewusstsein längst vielfach traktiert worden ist. Manchmal ist es eben nicht nur wichtig, *was* gesagt wird, sondern auch wo und von wem. Das zu wiederholen und wie jüngst abermals auf die geradezu sündhafte Zerstörung von Natur und Schöpfung zu verweisen, hat deshalb durchaus Sinn. Und der Sonnengesang des hl. Franz von Assisi feiert poetisch-schöpfungstheologisch die Antithese zu jeder ökonomistischen Verwertungsrationalität.

2.

Nun wird auch der frömmste Franziskaner nicht glauben, man könne heute mit dem Sonnengesang unterm Arm die ökologischen Weltprobleme lösen; der formuliert auch keine klassische Utopie, psalmodiert eher, und *frate sole, sora luna* besingen die schöne Seligkeit der göttlichen Schöpfung.

Aber es ist auch die Ordnung des religiösen Weltbilds und des Mittelalters. Wir mögen die heute um ihre schöne Naivität beneiden, aber unser Knie beugen wir da doch nicht mehr. Das lässt sich gerade am Beispiel des Naturschönen gut beschreiben: Eine originäre Landschafts- und Naturästhetik kommt erst in der Moderne auf (am 26.4.1336 Petrarca am Mont Ventoux als vorzeitiger Vorläufer), und das erklärt sich mit einem heute eher perhorreszierten Motiv: der

fortschreitenden Naturbeherrschung. Je weniger ohnmächtig man den Naturgewalten ausgeliefert war, desto angstfreier konnte man sich den weniger bedrohlichen, zweckfreien, auch schönen Seiten der Natur zuwenden.

Das betrifft ja nicht nur die Ästhetik, sondern auch den enormen Fortschritt an Freiheit und Lebensqualität, von Aufklärung und Modernisierung, den uns Erforschung und Beherrschung der Natur eröffnet haben. Und eine ihrer effektivsten Agenturen war oder ist der Kapitalismus: „Hence the great civilising influence of capital; seine Produktion einer Gesellschaftsstufe, gegen die alle früheren nur als lokale Entwicklungen der Menschheit und als Naturidolatrie erscheinen. Die Natur wird erst rein Gegenstand für den Menschen, rein Sache der Nützlichkeit; hört auf, als Macht für sich anerkannt zu werden; und die theoretische Erkenntnis ihrer selbständigen Gesetze erscheint selbst nur als List, um sie den menschlichen Bedürfnissen, sei es als Gegenstand des Konsums, sei es als Mittel der Produktion zu unterwerfen.“ (Marx, Grundrisse 1857/58; Berlin 1953, 313).

Vielleicht muss man auch einmal darauf verweisen, wie außerordentlich erfolgreich dieser Kapitalismus bis heute gewesen ist; viele der antikapitalistischen Aktivitäten unterschätzen das und scheitern daran, dass sie keine gleich tüchtigen Äquivalente aufbieten können. Das Kapital hat traditionale und regionale Bestände rücksichtslos desillusioniert und damit mehr zum Verschleiß von Dogmatismus und Ideologien beigetragen als alle Moralsysteme und ihr Räsonnieren. Soziologen wie Sombart oder Schumpeter („schöpferische Zerstörung“) haben einen Typus des Unternehmers beschrieben, dessen Kreativität eher an einen Renaissance-Malerfürsten erinnert als an geldgierige Krämerseelen von Managern. Und auch Marx selbst operiert mit einem Motiv nicht-entfremdeter Arbeit, Arbeit als Selbstherstellung des Menschen, in dem ein romantisches Künstlerideal durchschimmert.

Hinzu kommt noch ein Moment, in dem auch Marx sich verschätzt hat: die außerordentliche Lernfähigkeit des

kapitalistischen Systems. Es hat immer wieder härteste Kritik absorbiert und sich zu Eigen gemacht; aktuelles Beispiel: die durch den Wachstums-Ökonomismus erzeugten ökologischen Schäden werden inzwischen selbst wieder zum Gewinnmodell, weil man die Schäden nun profitabel zu bewirtschaften lernt (USA, China, Paris). Konsequenz systemtheoretisch: Selbsterhaltung durch Ausdifferenzierung. Aber selbst wenn das „sustainable“(nachhaltig) angelegt würde, bliebe es natürlich ein Herrschaftsverhältnis, von dem gelegentlich geraunt wird, dass sich darin das Anthropozän manifestiere; es könne eine Ära der Beherrschung der Naturbeherrschung einleiten.

3.

Angesichts dessen wird man heute nicht mehr fragen, wieviel Divisionen der Papst habe, sondern welche Erschütterungen denn Wallstreet, Peking oder Moskau nach „Laudato si“ heimgesucht haben. Es mag dahinstehen, ob das überhaupt ihre Intention gewesen sein kann. Die schöpfungstheologischen Motive verweisen auf ein qualitativ anderes, versöhnliches Verhältnis von Mensch und Natur, das ja auch in Philosophie benannt und in Kunst zum Vorschein gebracht worden ist. Ideale solcher Art geraten freilich immer wieder unter Realitätsdruck und in die Spannung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik.

Sarkastisch hatte schon Marx propagiert, dass die herrschende Moral doch ohnehin die Moral der Herrschenden sei. Auf seinen Spuren wandeln heute deshalb jene Analytiker, die nicht primär moralisch argumentieren, sondern auf interne Widersprüche im Konzept des Kapitals selbst setzen. Systemtheoretisch gesprochen hieße das etwa so: ein System erzeugt eine (Über-)Komplexität, die es selbst nicht mehr reduzieren (steuern) kann.

Ich beziehe mich nun - in aller Verkürzung - auf zwei Autoren, die aktuell solche Thesen vertreten: den französischen Ökonomen Thomas Piketty und den Kölner Soziologen Wolfgang Streeck.

Piketty differenziert die bisweilen schematische Reichtum-Armuts-Differenz und stützt sich auf ein - auch historisch - reiches Finanz-Zahlenmaterial. Reichtum entsteht nicht mehr klassisch primär in der Produktionssphäre, sondern durch Selbstverwertung des Kapitals. Wer reich werden will, setzt nicht mehr auf traditionales Wirtschaftshandeln, sondern auf spekulative Anlagen an den Finanzmärkten: Rendite schlägt Wachstum. Mehr Leistung lohnt sich für die meisten Menschen gerade *nicht*.

Im Grunde sei heute wie schon seit 200 Jahren der gesellschaftliche Reichtum ungleich verteilt: eine kleine Gruppe extrem reicher Menschen verfüge über ein gewaltiges Vermögen, während die allermeisten nichts als ihre Arbeitskraft besitzen. Der sozialstaatliche Kompromiss der Nachkriegszeit habe das nur kurzfristig ändern können, weil im Krieg eine Menge großer Vermögen zerstört worden war und der Wiederaufbau zu einem mächtigen Wachstumsschub führte. Aber seit den siebziger Jahren, konstatiert Piketty, haben sich die alten Relationen wieder eingestellt: eine oligarchische Verteilung des Reichtums. Etwa 70% davon seien nicht jenen zugutegekommen, die ihn produziert hatten, sondern Investoren und ihren Managern.

Piketty fordert angesichts dessen und des *patrimonial capitalism* eine kräftige Vermögenssteuer. Er zitiert eine Passage aus Balzacs „Vater Goriot“ (1835), wo einem mittellosen jungen Adligen (Eugène de Rastignac) von einem gewieften alten Gauner geraten wird, doch gar nicht erst Medizin oder Jura zu studieren, weil er damit niemals so viel Geld verdienen könne wie durch die Heirat einer schüchternen Erbin. Heute hat sich eine Gruppe von sehr reichen Angestellten gebildet, die sich Vermögen und Gehälter selbst festsetzen können; es ist eine eigene dynastische Kaste entstanden, die rechtlich kaum belangbar erscheint.

Piketty distanziert sich von Marx und steht den Sozialisten in Frankreich (2007, Ségolène Royal) nahe. Seine Thesen treffen sich in der Konsequenz mit anderen Beobachtern, die den gegenwärtigen Kapitalismus nicht mehr als irgendwie

noch liberale, sondern als re-feudalisierte Formation klassifizieren.

4.

Ich erspare mir weitere komplizierte finanzökonomische Details samt Algorithmen. Auch das Natur-Verhältnis findet bei Piketty keine direkte Erwähnung; er spricht sich, gut französisch-etatistisch, für eine stärkere Lenkung der Ökonomie aus, zur Freude der US-Finanzadministration. Kaum eine Rolle spielt hingegen die Verbindung von Kapital und Politik im spezifisch europäischen Kontext.

Darauf hat sich aber eine linke Kritik kapriziert, die gegen ihren alten Internationalismus erstaunlich ressentimentbereit auftritt, in puncto EU und „denen da in Brüssel“. Die Ideen der EU-Gründergeneration geraten darüber in Vergessenheit und gelten als nostalgisches Elite-Projekt. Ausgangspunkt dieser Kritik ist die Finanzpolitik der EU und EZB sowie die Rolle der Banken.

Das Problem heißt ungefähr so: die EU umfasst Länder mit sehr unterschiedlichem ökonomischen Niveau; die gemeinsame Währung schwächt die ärmeren Länder, weil sie im jetzigen Währungsverbund nicht mehr wie früher die nationale Währung abwerten und damit einen Ausgleich der Staatsschulden erreichen können. Die Kritik macht dafür eine neoliberal-dominante Politik Brüssels verantwortlich („Spardiktat“). Die schwächeren Länder haben nicht genug Kapital, um Investitionen zu finanzieren; Folge: hohe Arbeitslosigkeit, Stagnation, politische Radikalisierung.

Als Gegenmittel macht die EZB zinsfrei gewaltige Milliardensummen als Anschubfinanzierung locker; die kommen aber kaum oder nur zu einem Drittel an die Basis, weil die jeweiligen Nationalbanken als Adressaten diese Gelder zurückhalten, um eigene Schulden zu tilgen oder als Kredite mit 3-5% Zinsgewinn weiterzuleiten.

5.

So möchte Wolfgang Streeck lieber heute als morgen aus dem Euro aussteigen und das „frivole Experiment“ am Herzen der

„Staatsvölker“ abbrechen. Er glaubt, dass Politiker dem Kapitalismus nur eilends Zeit kaufen wollen, einem Pumpkapitalismus, der dauernd neue Finanzinjektionen benötigt, um sein Ende aufzuschieben. Parolen vom beherrschbar selbstregulativen Markt und sozialverträglichem Kapitalismus hält Streeck für die üblichen Fabeln, die Demokratie befinde sich als „marktkonforme Demokratie“ auf dem Weg in eine Kombination von Rechtsstaat und öffentlicher Unterhaltung. Wenn man die Dinge realiter sieht, bleibe das Gefühl „für die tiefe Absurdität der Markt- und Geldkultur“ zurück. Deren armselige Theorie suche alles in den Traum des Geldes zu verwandeln; kulturelle Besonderheiten gelten nur noch als „Tätowierungen auf der Haut des homo oeconomicus“.

Für Europa zieht Streeck einen älteren Plan (1939) des Altliberalen Friedrich A. Hayek heran: der wollte in der Nachkriegszeit dem Kapital freie Bahn schaffen und in einer starken Zentralregierung einzelstaatliche Eingriffe, hinderliche Gewerkschaften und Nationalstaaten klein halten. Streeck meint nun, dass die gegenwärtige Brüsseler Liberalisierungsmaschinerie diese Hayek-Pläne vollstrecke. Der unverkennbar doch marxistisch inspirierte Streeck zieht daraus eine verwunderliche Konsequenz: er empfiehlt, wieder zum Konzept der früheren Nationalstaaten zurückzukehren.

Man muss wohl befürchten, dass sich hier mal wieder eine Rechts-Links-Konvergenz anbahnt; es verbindet sie eine gemeinsame Aversion gegen Globalisierung mit nostalgischen Wünschen nach Überschaubarkeit. Doch liegt auf der Hand, dass die europäischen Einzelstaaten viel zu schwach gegenüber den Pressionen der globalen Finanzmärkte wären; und auch die Alternative: hie europäischer Zentralismus, da nationale Demokratien, erscheint nicht zwingend: Habermas z.B. verteidigt ein „vertieftes Europa“ als demokratisches Gemeinwesen, als „Wir-Perspektive“ aller Bürger, die zugleich aber auch Bürger der Einzelstaaten bleiben; in dieser Doppelrolle können sie die politischen Gremien und Entscheidungen Europas legitimieren. Angesichts der

realökonomischen und z.T. auch rechtsstaatlichen Unterschiede liegen Überlegungen nicht mehr fern, ein Europa der zwei Geschwindigkeiten zu etablieren.

6.

Nun sind Katastrophen- und Krisenprognosen so alt wie der Kapitalismus selbst; und man muss wohl konstatieren: Totgesagte leben länger.

Man hat inzwischen auch Kritik an Pikettys Theorien geübt. Moniert wird, dass er allzu einseitig auf einen geschlossenen Kapitalismus fixiert sei und andere gesellschaftliche Dynamiken, politische, rechtliche oder kulturelle, einfach ausblende. Und seinen Vorschlag, eine Umverteilung des Reichtums durch eine Vermögenssteuer von 80% zu erzwingen, nimmt er selbst nicht ganz ernst.

Richtig daran bleibt freilich, dass moralische Kritik ebenso wenig ausrichten dürfte; der Kapitalismus selbst agiert immoralisch: Kategorien wie gerecht/ungerecht sind ihm äußerlich, bis auf vielleicht geringe utilitaristische Restmengen. Moralische Kritik verfängt nur dann, wenn sie riskante Störungen der ökonomischen Funktionen auslösen könnte.

Beide Autoren schenken einer anderen aktuellen Veränderung nur wenig Beachtung. „How growth became the enemy of prosperity“ (Douglas Rushkoff; 2016). Anders als in der Pionierphase der 90er Jahre geht es der IT nicht mehr um Fortschritt und Entwicklung, sondern um den Wachstumszwang der Börsen: es bleiben nur einige wenige Gewinner übrig, Rushkoff vergleicht die Mächtigen der digitalen Ökonomie mit jenen Monarchen und Adeligen des Mittelalters, die gegen den neuen Wohlstand der Handwerkerzünfte Monopole verfügten. Das trifft sich mit den o.a. Tendenzen zur Re-Feudalisierung und Postdemokratie.

Diese Gewinner der digitalen Ökonomie, die Netzbetreiber und Software-Giganten sind nicht nur Geldmaschinen; sie präformieren ja auch das Raster unserer Realitäts-Wahrnehmung und Kommunikation. Auf diese Weise schleicht sich der aktuelle Kapitalismus in unsere psychische Struktur ein, gerade weil diese neuen

Technologien mit ihrem Überangebot an Möglichkeiten fürs Bewusstsein so effektiv wie einschüchternd sind.

Lit.

- K. Marx, Grundrisse der politischen Ökonomie (1857/59) Berlin 1953.
- Th. Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014 (Paris 2013)
- D. Rushkoff, Throwing Rocks on the Google Bus, 2016; SZ v. 16.8.2016
- W. Streeck, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013.
- Streeck/Habermas, Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft, in: Blätter f. dt. u. internat. Politik, 58.Jg., 2013, 59-70.

Wolfgang Benz

Ursprung und Wirkung von Vorurteilen

In memoriam Rupert Neudeck

Versteht man Vorurteile als Zuschreibung von Eigenschaften, die unsere Wahrnehmung und unser Verständnis von Individuen, Personengruppen, Ethnien, Nationen bestimmen — als „geschäftstüchtige Juden“, „diebische Zigeuner“, „eroberungssüchtige Muslime“, „unzuverlässige Levantiner“, „kriminelle Albaner“ usw. — so ist es notwendig, sie zu hinterfragen, um Funktion und Wirkung der Ressentiments zu verstehen. Bausteine des Vorurteils sind Stereotype, die geläufige Vorstellungen von Personen, Kollektiven, oder auch Sachverhalten und Dingen fixieren.

Stereotype, zu Formeln erstarrte Zuschreibungen, erlauben rasche und nicht reflektierte Einordnung und Erklärung, sie sind in der Regel über lange Zeiträume tradiert. Das Stereotyp entzieht sich analytischem Zugriff, es wird nicht hinterfragt und braucht keine Begründung. Der Angehörige einer bestimmten Ethnie ist deshalb durch stereotype Klischees ein für alle Mal als listig oder verschlagen, als faul oder berechnend, als aggressiv oder feige charakterisiert. Natürlich gibt es auch positive stereotype Bilder wie die „schöne Jüdin“ oder den „edlen Magyaren“. Funktion und Wirkung von Vorurteilen sind allerdings unabhängig von der positiven oder negativen Belegung. Eindeutig überwiegen die pejorativen Stereotype in der gesellschaftlichen Realität, dementsprechend sind Vorurteile in der Regel an unangenehmen Eigenschaften verankert und entfalten vor allem negative Wirkung.

Vorurteile sind im privaten Alltag wie im öffentlichen Leben Katalysatoren für individuelle und kollektive Ängste, Frustrationen und Aggressionen. Vorurteile verdichten sich zu Feindbildern von Menschen, Ethnien und Nationen, die als Bestandteile politischer Ideologien instrumentalisiert werden. Das negative Fremdbild steht am Anfang der agierten Feindseligkeit, die als individuelles fremdenfeindliches Delikt, als gemeinsamer Angriff gegen stigmatisierte Minderheiten, als kollektive Raserei gegen Fremde bis hin zum organisierten und geplanten Völkermord zum Ausdruck kommt.

Fremdenfeindliche Konstrukte aus tradierten Vorurteilen und instrumentalisierten Feindbildern gehörten beim deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 zum geistigen Marschgepäck der Wehrmacht und im Kalten Krieg nach 1945 dienten sie als Waffenarsenal, sie bildeten einen wesentlichen Teil der Motivation bei der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten und benachbarten Siedlungsräumen am Ende des Zweiten Weltkrieges. Alte und neue, politische und kulturelle Traditionen und Denkstrukturen der Verweigerung gegenüber Angehörigen fremder Kulturen wie z. B. Muslimen, Afrikanern, Roma treffen ohne

Differenzierung Gruppen, etwa Asylbewerber oder „Wirtschaftsflüchtlinge“ wie auch Arbeitsmigranten.

Ressentiments schaffen der Mehrheit, die sie lebt und agiert, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Überlegenheit auf Kosten von Minderheiten, die dadurch definiert, diskriminiert, ausgegrenzt werden. Die Ausgrenzung stiftet Gemeinschaftsgefühl und bietet außerdem schlichte Welterklärung in einem antagonistischen System von Gut und Böse, in dem beliebige Minderheiten – z.B. Juden, Migranten, Muslime, „Zigeuner“, Ausländer – für Missstände, Bedrohungsängste, Mangel, Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht sind. Ressentiments sind gefährlich wegen ihrer Tendenz, im Hass gegen stigmatisierte Individuen, gegen Gruppen, ethnische, religiöse oder nationale Gemeinschaften zu kulminieren, in Hass, der sich durch Gewalt entlädt.

Die Austauschbarkeit von Vorurteilen darzustellen ist ähnlich schwer wie die Vermittlung der zentralen Erkenntnis, dass Ressentiments immer Konstrukte sind: Nicht die Eigenschaften einer Minderheit rufen den Zorn der Mehrheit hervor, nicht wegen ihres Benehmens, ihres Charakters, wegen irgendwelcher Eigenschaften lehnt die jeweilige Mehrheitsgesellschaft Juden oder Muslime, Sinti und Roma oder Türken und Tschetschenen ab, sondern wegen der Eigenschaften, die ihnen zugeschrieben werden, damit sie sich negativ von der Mehrheit unterscheiden und dadurch schließlich zu Feinden werden. Wenn die ausgegrenzte Minderheit auf die Stigmatisierung reagiert und ihre Interessen offensiv durchzusetzen versucht, begibt sie sich in die ihr zugewiesene Situation und rechtfertigt durch ihr Verhalten scheinbar die Ausgrenzung, die sie erfährt. Die Minderheit spielt dann die Rolle, in der die Mehrheit sie sehen will.

Existenzielle Probleme von Minderheiten, die deren Angehörige zur Flucht veranlassen, werden in aller Regel von den Offiziellen der Mehrheit marginalisiert oder geleugnet. Im Frühjahr 2015 wurden z.B. Lager von Flüchtlingen und zahlreiche Gräber in einer Bergregion im Norden

Malaysias nahe der Grenze zu Thailand entdeckt. Die Existenz von Menschenhandel und Schleusern wurde bis dahin ebenso negiert wie jede Verantwortlichkeit für die Flüchtlinge. Sie gehören der muslimischen Minderheit der Rohingya an, die zum großen Teil seit Generationen in Rakhine, Provinz im äußersten Westen Myanmars, leben und von der dortigen buddhistischen Mehrheitsgesellschaft diskriminiert und immer wieder zur Flucht über den Indischen Ozean in die südlichen Nachbarländer gezwungen werden. Die Regierung von Myanmar nennt die Rohingya "illegale Migranten" aus Bangladesch. Die Ministerpräsidentin von Bangladesch kommentiert das Minderheiten- und Flüchtlingsproblem mit drastischen Worten. Sie nennt die Flüchtlinge "geistig krank", beschuldigte sie, dem Image des Landes zu schaden; es gebe genügend Arbeit in Bangladesch und sie forderte die Bestrafung sowohl der gewerblichen Fluchthelfer wie der Flüchtlinge. Das Exempel steht nicht nur für den Umgang von Mehrheiten mit unerwünschten Minderheiten, sondern für die Identitätsprobleme beliebiger Mehrheiten gegenüber Minderheiten, die sich in Alltagskonflikten zeigen.

Die Kategorien Mehrheit und Minderheit definieren sich bei Betrachtung von Ausgrenzungsmechanismen als Instrumentarium der Identitätsbildung nicht in zahlenmäßigen Dimensionen. Aggressive Gruppierungen wie die Pegida-Bewegung oder die "Alternative für Deutschland" sind im Verhältnis zur Bevölkerungsmehrheit nur Sekten, aber sie beanspruchen, im Namen der Mehrheit zu sprechen ("Wir sind das Volk") bzw. im Auftrag einer imaginären Majorität (die die „richtigen“ Werte verkörpert) zu handeln. Die Ausgrenzung von Feinden korrespondiert mit diesem Anspruch: der Slogan "Lügenpresse" verkündet nicht nur Diskursverweigerung, sondern spricht den Organen der demokratischen Gesellschaft die Berechtigung zur Existenz ab. (In der Gegenwart der Verweigerung fühlen sich die in politischen Gruppierungen wie "Pro NRW" oder "Alternative für Deutschland" oder FPÖ oder Schweizer Volkspartei organisierten Fremdenhasser und

Islamfeinde als Mehrheit und glauben, als Delegation der zahlenmäßig tatsächlichen Mehrheit zu agieren.) Identitätsstiftend ist die Abneigung gegen bestimmte sozial, religiös, ethnisch, politisch definierte Kollektive; zur Bestätigung des daraus erwachsenden Gemeinschaftsgefühls und daraus weiter resultierenden Sendungsbewusstseins ist Kommunikation notwendig. Die Gegenwart zur allgemeinen Öffentlichkeit verständigt sich über eigene Informationskanäle, die ihr den Luxus des Verweigerns gegenüber den traditionellen öffentlichen Formen der Nachrichtenvermittlung ermöglichen.

Die Stereotypen in der Wahrnehmung von Minderheiten dienen der Selbstvergewisserung der Mehrheit ebenso wie der Fortdauer des prekären sozialen Status der jeweiligen Minorität. Sozialpsychologisch ist die Existenz von Vorurteilen und ihre Attraktivität leicht zu erklären, aber das darin gestaute erhebliche Konfliktpotenzial bedeutet für das Zusammenleben der Menschen in einer komplexen Gesellschaft eine latente Bedrohung. Abscheu vor Judenfeindschaft, Verurteilung von Islamophobie und Antiziganismus und der gute Wille, die Ressentiments zu bekämpfen und aufzulösen, sind aber allein noch keine genügend tauglichen Instrumente zur Behandlung des Übels. Notwendig ist vor allem die Vermittlung der Einsicht, dass es sich bei Vorurteilen nicht um den Reflex der Mehrheit auf Charaktereigenschaften, Bestrebungen, Handlungen der jeweiligen Minderheit handelt, sondern um die Konstruktion von Feindbildern, die mit der Realität wenig oder nichts zu tun haben.

Die Mehrheit hat bestimmte Interessen, Ängste und Wünsche, die auf „die Juden“ oder „die Muslime“ oder Asylbewerber oder auf beliebige andere Gruppen projiziert werden und die ihren Sinn darin haben, das Gemeinschaftsgefühl der Mehrheit durch Ausgrenzung der Minderheit zu stärken. Die Angehörigen der Minderheit müssen dazu mit schlechten Eigenschaften ausgestattet werden. Als Beweis, dass ein Kollektiv insgesamt bestimmte negative Eigenschaften hat, genügt Demagogen und ihrer Gefolgschaft, der Hinweis auf einen Vertreter, der als typisch in Anspruch genommen wird: Dass „alle Iren“ rote

Haare haben ist ein Beispiel für die Wahrnehmung einer Gruppe. „Die Franzosen“ oder „die Rumänen“ waren jahrhundertlang durch ihnen zugeschriebene schlechte Eigenschaften charakterisiert, die sie zum kollektiven Erbfeind westlich des Rheins bzw. östlich der Habsburger Monarchie machten. Nach zwei Weltkriegen konnten viele Feindbilder überwunden werden, dazu waren erhebliche Anstrengungen notwendig und ihr Erfolg war in hohem Maß Ergebnis politischer Bildung, stetiger Aufklärung und beharrlichen Unterrichts. In der Praxis bedeutet die zur Überwindung von Vorurteilen und zur Auflösung von Feindbildern notwendige Anstrengung zähe Kleinarbeit, d. h. Forschung, deren Resultate mit präzisen Informationen und rationalen Argumenten Aufklärung leisten gegen Trugbilder, Mythen, Illusionen, die politisch instrumentalisiert Schaden stiften. Dazu gehört die Kenntnis sozial- und individualpsychologischer Gesetzmäßigkeiten, die das Handeln von Einzelnen wie von Gruppen bestimmen. Zu reagieren ist auf die Ängste der Mehrheit vor Überfremdung, materiellem Verlust, existentieller Bedrohung. Die Notwendigkeit der Erforschung und Auflösung von Vorurteilen liegt auf der Hand. Ihr Ziel ist die demokratische tolerante Gesellschaft, in der die Menschenrechte gelten und beachtet werden, in der Gleichberechtigung herrscht, in der Minderheiten und Mehrheit auf Augenhöhe miteinander kommunizieren.

Lutz Lemhöfer: Crime Time in
Imprimatur

Wenn schlummernde Gewalt explodiert

Zum Roman „The Girls“ von
Emma Cline

Dieses Buch ist ein durchaus untypischer Krimi. Normalerweise steht am Anfang ein Mord; den Täter oder die Täterin kennt man nicht. Herauszufinden, wer es war, ist Sache des ermittelnden Detektivs, ob amtlich (Polizei), geistlich (Father Brown) oder nur neugierig (Miss Marple). Natürlich geht es neben der Aufklärung der Tat selbst immer auch um deren Motive. Der psychologische oder gesellschaftliche Hintergrund von Verbrechen spielt gerade in den letzten Jahren etwa im „Tatort“ eine immer größere Rolle.

Hier spielt er sogar die Hauptrolle. Das Buch „The Girls“ beschreibt den Weg der Hauptfigur, der 14jährigen Evie Boyd, in ein fremdes, zugleich anziehendes und dann wieder bizarres, in manchen Zügen abstoßendes Milieu. Wir sind im Kalifornien der späten 1960er Jahre. Evie lebt mit ihrer Mutter – der Vater ist seit der Scheidung abwesend – in der behüteten Spießigkeit der amerikanischen Mittelklasse, wie sie Pete Seeger einst in seinem Song ‚Little Boxes‘ unübertroffen geschildert hat. Aber die Idylle ist schon angefressen. Die Mutter versucht mal über alternative Ernährung, mal über diverse Seminare ihre innere Mitte zu entdecken; jedenfalls kreist sie ausdauernd um sich selbst, kultiviert ihre midlife-crisis und hat keine Ahnung, was im Kopf ihrer Tochter vorgeht. Die ist ihrerseits so richtig in der Pubertät und damit genervt von allem: Mutter, Schule Freunde, insbesondere, wenn sich die beste Freundin zunehmend mehr für Jungs als für Evie interessiert. Sie ist auf der Suche nach etwas, ohne zu wissen, nach was. Hauptsache anders. Das blitzt gleich in der ersten Szene des Romans auf, als ihr beim sonst langweiligen Besuch im Park eine Gruppe von etwas älteren Mädchen oder jungen Frauen auffällt. *„Dass ich aufsaß, lag an dem Gelächter; dass ich weiter hinsah, an den Mädchen. Als erstes fielen mir ihre Haare auf, die lang und ungekämmt waren. Dann ihr Schmuck, in dem sich das Sonnenlicht fing. Die drei waren so weit weg, dass ich nur die Konturen ihrer Gesichter erkennen konnte, aber das spielte keine Rolle – ich wusste, dass sie*

anders waren als die anderen im Park. Familien, die in ungleichmäßiger Schlange vor der geöffneten Imbissbude anstanden und auf Würstchen und Burger warteten. Frauen in kariertem Bluse, die sich an ihren Freund schmiegt; Kinder, die mit Eukalyptussamen nach den wild aussehenden Hühnern warfen. Diese langhaarigen Mädchen schienen über allem zu schweben, was um sie herum geschah, tragisch und abgehoben. Wie Fürstinnen im Exil.“ (S.7)

Die Neugier wächst, als Evie noch ein paarmal diesen Mädchen begegnet, die auf einer in der Nähe liegenden Ranch als Kommune leben; einen Namen hat die nicht, wohl aber einen Guru namens Russell. Und der ist etwas ganz Besonderes, wie Evie von einem der Mädchen hört, als sie sich erstmals getraut hat, mitzukommen. *„Er ist nicht wie andere. Kein Scheiß. In seiner Nähe zu sein ist wie ein natürliches High. Wie die Sonne oder so. Genauso groß und hell (...) Bei dem Ort, wo wir hinführen, sagte sie, gehe es um eine bestimmte Lebensweise. Russell bringe ihnen bei, einen Weg zur Wahrheit zu entdecken und wie sie ihr eigentliches Selbst, das in ihnen zusammengedrückt sei, befreien könnten.“ (S.101)* Evie ist fasziniert von dieser hauptsächlich aus Frauen bestehenden Kommune, und insbesondere von einer der Frauen, Suzanne, deren Nähe sie sucht. Russell spielt nur insofern eine Rolle, als die von Evie angehimmelte Suzanne ihrerseits Russell uneingeschränkt verehrt und auch sein Bett teilt. Wenn auch keineswegs als einzige – hier dominiert das Lebensgefühl: Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment... Und das will Russell gerade nicht. *„Die Gesellschaft war mit Spießern bevölkert, erzählte uns Russell. Leuten, die vor den Interessen der Großindustrie in Ehrfurcht erstarrten und so gefügig waren wie Laboraffen, denen man etwas verabreicht hatte. Wir auf der Ranch funktionierten auf einer ganz anderen Ebene, kämpften gegen dieses ganze Elend, und wenn man die Spießier verarschen musste, um größere Ziele, größere Welten zu erreichen, na und? Wenn man aus diesem alten Vertrag ausstieg, sagte uns Russell, wenn man sich der ganzen Scheißeinschüchterungstaktik*

von Gemeinschaftskunde, Gebetbüchern und Rektorenzimmer verweigerte, würde man erkennen, dass es so etwas wie Recht und Unrecht nicht gab.“ (S.170)

Immer häufiger hält Evie sich auf der Ranch auf, schwänzt zunehmend die Schule, erfindet Ausreden für die Mutter, die ihrerseits mit einem neuen Liebhaber beschäftigt ist, den Evie zum Kotzen findet. Aber irgendwann kommt es, wie es kommen muss: Die Dauerschwänzerei fällt auf, die Mutter kriegt sogar spitz, dass Evie sich wohl in der Kommune aufhält, über die wilde Gerüchte im Umlauf sind. Sie soll ins Internat; zuerst geht sie aber zu ihrem Vater und dessen neuer Freundin. Dort ist das Leben freier, aber ähnlich inhaltsleer wie zu Hause, und so kehrt sie nach einigen Wochen in die Kommune zurück.

Etwas Wichtiges hat sich dort verändert: Ein Feind ist plötzlich da bzw. einer, der plötzlich von Russell und den Kommunarden zum Feind gemacht wird. Der Profi-Musiker Mitch, über den der Hobbymusiker Russell zu einem Plattenvertrag zu kommen hoffte. Er kann diese Hoffnung nicht erfüllen, gilt als Verräter und wird gemobbt – er und sein persönliches Umfeld. Und ganz beiläufig steigert sich dies zu immer mehr Gewalt gegen Sachen und Personen, die schließlich in einer Art Mordrausch endet. Um ein Haar wäre Evie bei der Mädchentruppe dabei gewesen, die eines Nachts die gerade in Mitchs Haus Anwesenden grausam ermordet. – Das darf hier verraten werden, weil das eben auch im Buch nie ein Geheimnis ist, immer wieder in kurzen Bemerkungen angedeutet wird. Was ein Geheimnis ist und nur allmählich entschlüsselt wird, ist die destruktive

eine Geschichte im Anschluss an die reale ‚Volkstempel‘-Sekte (peoples temple) von Jim Jones entwickelte. Auch da geht es nicht um die Entlarvung des früh bekannten Täters, sondern um seine Motive und darum, ob es gelingt, ihn an noch schlimmeren Taten zu hindern. Die zweite Parallele findet sich in Patricia Highsmiths Roman „Leute, die an die Tür klopfen“. Hier wird langsam, in immer enger werdenden Kreisen, ein christlich-fundamentalistisches Milieu beschrieben, dessen unterschwellige Gewaltsamkeit

innere Dynamik der Gruppe, die eben fast unausweichlich aus einer Anhängerin eine Täterin werden lässt. *„Suzanne hatte nichts anderes. Sie hatte ihr Leben komplett Russell überantwortet, und zu diesem Zeitpunkt glich es einem Gegenstand, den er in den Händen halten, hin und her drehen und dessen Gewicht er erproben konnte. Suzanne und die übrigen Mädchen waren nicht mehr imstande, Urteile zu fällen; der unbenutzte Muskel ihres Ichs wurde schlaff und unbrauchbar. Es war schon so lange her, dass eine von ihnen eine Welt bewohnt hatte, in der es in irgendeiner ernsthaften Form Recht und Unrecht gab. Was auch immer sie jemals an Instinkten besessen haben mochten – das leichte Ziepen im Bauch, das Nagen von Sorge – war unhörbar geworden. Falls sie diese Instinkte überhaupt je wahrgenommen hatten.“ (S. 277)* Diese zerstörerische Dynamik, dieses destruktive Milieu spiegelt das Buch auf zwei Ebenen: In der Beschreibung dessen, was Evie 1969 als Jugendliche erlebt und – immer wieder im Zeitsprung eingeschoben – in der reflektierenden Erinnerung der erwachsenen Frau Jahrzehnte später. Dass sie am Verbrechen so nah dran war, lässt sie ihr Leben lang nicht los.

So weit die Story von „The Girls“. Zwei Anmerkungen noch dazu. Zum einen: Das Buch hält sich ziemlich genau an ein historisches Vorbild, die sogenannte „Manson-Family“ von Charles Manson, der u.a. die Ehefrau des Filmregisseurs Roman Polanski, Sharon Tate, zum Opfer gefallen ist. Zweite Anmerkung: Der Aufbau des Buches hat verblüffende Ähnlichkeit mit zwei Klassikern des Sekten-Krimis. Zum einen mit Henning Mankells „Vor dem Frost“, der

dann irgendwann in einem Mord explodiert. Es ist offenkundig möglich, auch ohne Suche nach dem Täter einen reizvollen Krimi zu schreiben. Und im Fall von „The Girls“ einen berührenden Entwicklungsroman noch dazu.

Emma Cline, The Girls. Hanser 2016. 348 Seiten. 22,00 €

Jacques Gaillot wurde am 5. Mai 1982 zum Bischof von Evreux im nordfranzösischen Département Eure (Normandie) ernannt. Am 13. Januar 1995 wurde er seines Bischofsamts enthoben und in die fiktive Diözese Partenia „versetzt“, ohne kirchenrechtliche Grundlage und ohne klare Angabe der Gründe. Bischof Gaillot hatte den Unmut Roms und vieler seiner Mitbrüder im Bischofsamt auf sich gezogen, weil er neue, nicht ins Schema passende pastorale Wege versucht hat, die in Frankreich innerhalb und außerhalb der Kirche viel Zustimmung gefunden hatten.

Auch *imprimatur* war bald nach seiner Bischofsernennung auf ihn aufmerksam geworden und hatte ihn, durch Vermittlung eines Frankreich-Kenners unter unseren Lesern, zum ersten „Lesertreffen“ im Jahr 1987 nach Dillingen im Saarland eingeladen (Es fand so viel Anklang, dass weitere Lesertreffen mit Hans Küng, Eugen Drewermann, Herbert Haag u.a. folgten). Danach berichteten wir immer wieder über Gaillots Bücher und Aktionen, seine innerkirchlichen und politischen Konflikte (vgl. bes. die Jahrgänge 1987-94). Gegen seine Amtsenthebung 1995 haben wir vehement protestiert (vgl. *Introitus 1/1995: Schwerer Rechtsbruch und pastorale Dummheit ersten Ranges*), viele Stellungnahmen gegen die römische Maßnahme dokumentiert (u.a. von P. Eicher, *Kirche ohne Hierarchie*, S. 6 – 11; K. Walf, *Ist der Bischof Angestellter des Papstes?*, S. 65 ff.) und zusammen mit „Kirche von unten“ eine Unterschriftenaktion für Gaillot gestartet, in Form von „Beitrittserklärungen“ zu seiner neuen Diözese („Solidarität mit Bischof Gaillot: Partenia ist überall“); die eingegangenen Protestschreiben – es waren etliche Hundert, die auf Deutsch oder in schönstem Kirchenlatein an „Seine Eminenz Herrn Bernardin Kardinal Gantin“, den Präfekten der Bischofskongregation, gerichtet waren – wurden Gaillot bei seinem ersten Auftritt in Deutschland in der Dortmunder Westfalenhalle am 16. Mai 1995 auf offener Bühne überreicht. Eine schöne Frucht, ebenfalls satirischen Charakters, unseres Engagements für den abgesetzten Bischof

war die Kreierung des Senf*Ordens, dessen erster Preisträger Erzbischof Dr. Johannes Dyba war – erinnert sich noch jemand an diesen Bischof von Fulda? –, er erhielt diesen „Orden“, weil er Gaillot als „Geisterfahrer“ und dessen Entfernung aus dem Amt als „Wohltat für die übrigen Verkehrsteilnehmer“ bezeichnet hatte. – Aufgrund dieser bewegten Geschichte unserer Zeitschrift mit Bischof Gaillot sind wir besonders dankbar, dass wir den nachfolgenden Text von Norbert Lüdecke zum „Fall Gaillot“ (wieder) abdrucken dürfen; an der Originalversion interessierte Leserinnen und Leser mögen bitte Fußnote 1 beachten.

Norbert Lüdecke, Inhaber des Lehrstuhls für Kirchenrecht an der Universität Bonn, geht den kirchenrechtlichen Regeln nach, die zur römischen Entscheidung führten. Diese gründliche Analyse betrifft zwar nur den „Fall Gaillot“, hat aber exemplarische Bedeutung: Sie zeigt, in welchen engen Grenzen die katholischen Bischöfe auf der ganzen Welt sich bewegen müssen und wie unmöglich die Ausbildung regional-kirchlicher Besonderheiten ist – eine Gefahr für eine wirksame Präsenz der Kirche in ihrem jeweiligen Umfeld.

Weil der Beitrag auch ohne Fußnotenapparat recht umfangreich ist, werden wir ihn in zwei Teilen publizieren (Teil II in Heft 1, 2017).

Norbert Lüdecke

Entfernung von Diözesanbischöfen

Kanonistische Erinnerung an den exemplarischen Fall „Bischof Gaillot“

Zu dem von Helmuth Pree behandelten breiten kanonistischen Themenspektrum gehören auch die rechte Ausübung der Leitungsgewalt und der Zusammenhang von Recht und Gewissen in der römisch-katholischen Kirche. Beide können sich in

einer für das kirchliche Selbstverständnis, insbesondere auch für das Verhältnis von Primat und Episkopat, erhellenden Weise überschneiden und durchdringen, wenn ein Diözesanbischof gegen seinen Willen aus dem Amt scheidet. Mit vorübergehendem internationalen Aufsehen geschah dies vor genau zwanzig Jahren, als Jacques Gaillot auf bis heute nicht gänzlich geklärte Weise am 13. Januar 1995 um 13 Uhr aufhörte, Diözesanbischof von Evreux zu sein. Nicht nur zeitgeschichtliches, sondern vor allem ekklesiologisches Interesse empfiehlt, den Vorgang kanonistisch zu rekonstruieren und so im scheinbar Besonderen das Typische zu erweisen. Exemplarität und Aktualität können noch deutlicher werden, wenn ein ähnlicher Fall parallel eingeblendet wird, der zwar weniger bekannt, dafür aber sorgfältig dokumentiert ist, nämlich die Entfernung William Morris' aus seinem Amt als Diözesanbischof von Toowoomba im Südosten Australiens am 2. Mai 2011.¹

1. Cours loyal

Als Jacques Gaillot (*1935) im Frühjahr 1982 von einer Rom-Assisi-Reise mit einem Fortbildungskurs zurückkehrte, fand er in der Post einen Brief des Apostolischen Nuntius in Frankreich, Angelo Felici. Darin stand, der Papst habe ihn, Gaillot, am 5. Mai 1982 zum Bischof von Evreux im nordfranzösischen Département ernannt. Am 20. Juni empfing er dort die Bischofsweihe. Offenbar hatte Gaillot sich in seiner bisherigen Biografie und Laufbahn in einer Weise bewährt, die ihn dem Papst als für den Bischofsstand und das zentrale Amt des Diözesanbischofs geeignet erschienen ließ.

¹ Der hier leicht gekürzte Beitrag erschien erstmals und mit ausführlichen Fußnoten, in denen u. a. auch die Geschichte der Absetzung von Bischof Morris nachgezeichnet wird, in: Elmar Güthoff, Stephan Haering (Hg.), *Ius qui iustum*. FS für Helmuth Pree, Duncker & Humblot, Berlin 2015 (= *Kanonistische Studien und Texte* 65), 451-506. Der vollständige Beitrag steht unter <https://www.ktf.uni-bonn.de/Einrichtungen/kirchenrecht/mitarbeiterinnen/prof.-dr.-norbert-luedecke> (Nr. 48) zur Verfügung.

1.1. Fügsamer Seminarist

Als 19-Jähriger war Gaillot 1954 aus der familiären Wohlbehütung in die kirchliche des Priesterseminars gewechselt, um die streng reglementierte tridentinische Seminausbildung zu absolvieren: „Wir waren ohne jegliche Information – Radiohören war verboten – und lebten vollkommen isoliert vom Rest der Welt. In der Tat wurden wir durch diese Lebensweise ‚abgesondert‘ und darauf vorbereitet, daß Priester keine Menschen wie alle anderen sein sollten, sondern sich durch besondere Geisteskultur, eigene Kleidung und einen besonderen Verhaltenskodex auszeichnen. Für uns war das ganz natürlich. Auch für mich.“ Ein „spiritueller Schritt mit einer beträchtlichen psychischen Wirkung“ waren „Tonsur und Einkleidung mit der Soutane. ... Denn dieser Ritus markierte unsere Aufnahme in den Klerikerstand. Dieses Kleid unterschied uns vom Rest der Gesellschaft, trennte uns von den Leuten und isolierte uns. Auf der Straße waren wir schnell ausgemacht.“

Nach einer Unterbrechung durch den Militärdienst (Mai 1957 bis September 1959) im Algerienkrieg hatte er das theologische Lizentiat in Rom zu erwerben (1960-1962), wohnte im dortigen sog. „Gallicum“, dem Päpstlichen Französischen Priesterseminar, und studierte an der Päpstlichen Gregoriana-Universität. Obwohl er lieber in die Mission gegangen wäre, fügte er sich dem Wort seines Bischofs: „Ich fordere Sie bei Ihrem Gewissen auf, in der Diözese zu bleiben. Man wird Sie brauchen“, ließ sich am 18. März 1961 zum Diözesanpriester in Langres weihen und entsprach so den empfundenen Erwartungen an einen Kandidaten für den Klerikerstand: „Ein guter Seminarist hatte sich der Ordnung zu fügen und sich anzupassen“.

1.2. Gehorsamer Priester

Wie jeder Neugeweihte war Jacques Gaillot am Ende der Messe, in der er zum Priester geweiht wurde, noch einmal vor den Bischof getreten und hatte, während seine Hände nach altem lehnsrechtlichem Brauch in denen des Bischofs lagen, auf die Frage „Versprichst Du mir und meinen

Nachfolgern Ehrfurcht und Gehorsam?“ geantwortet: „Ich verspreche.“ In moralischer Selbstverpflichtung hatte er so bekräftigt, wozu vor allem Priester dem Bischof gegenüber kirchenrechtlich verpflichtet waren, eine Rechtspflicht, die Johannes Paul II. kurz darauf mit dem Codex von 1983 zum Gehorsam auch und zunächst gegenüber dem Papst erweitert und zur ersten Klerikerpflicht erhoben hat.

1962 bis 1964 wurde Gaillot zu weiteren Studien an das „Institut Supérieur de Liturgie (ISL)“ in Paris geschickt und gleichzeitig mit der geistlichen Begleitung und Unterrichtung der Seminaristen als Professor am Priesterseminar von Chalon-sur-Marne und als Priester in der Pfarrei Saint-Dizier u. a. mit Religionsunterricht und Katechese betraut. Von 1965 bis 1972 lehrte er am Regionalseminar von Reims mit besonderem Akzent auf der Umsetzung der Orientierungen des II. Vatikanischen Konzils, war anschließend Seelsorger in der Priester-Équipe der Pfarrei Saint-Dizier, Co-Leiter des Instituts für die Ausbildung der Seminarlehrer (Institut de Formation pour les Éducateurs du Clergé, IFEC) und einer der Sekretäre der Bischöflichen Kommission für Priester und Priesterausbildung der Französischen Bischofskonferenz. 1977 rief ihn der neue Bischof von Langres, Lucien Daloz, in seine Diözese zurück und ernannte Gaillot zum Generalvikar. Als der Bischof auf das Erzbistum Besançon versetzt wurde, wählte das Domkapitel Gaillot 1981 zum Kapitularvikar, dem nach altem Recht vorübergehenden Leiter der Diözese.

Aus dem fügsamen Seminaristen war so der gehorsame Priester Gaillot geworden, der 20 Jahre lang auch jener rechtlichen Klerikerpflicht entsprochen hatte, alle ihm vom Bischof übertragenen Aufgaben getreu zu erfüllen, alles in allem also ein Priester ohne besondere Vorgeschichte, „der keine Probleme macht“ – „ein Mann des Apparats“.

1.3. Geeignet und gesichert

Diesen Eindruck musste auch der vom Nuntius bestimmte Informativprozess bestätigt haben, in dem die Eignung eines Kandidaten für den Bischofsstand wie für das Diözesanbischofsamt insbesondere in

puncto Lehr- und Leitungsgehorsam sorgfältig überprüft wird. Und so konnte Johannes Paul II. mit dem Auftrag zur Bischofsweihe Gaillot die *communio hierarchica* gewähren, jenen Zustand der unterordnenden Übereinstimmung mit ihm, in der allein ein Bischof Mitglied des Bischofskollegiums sein kann (cc. 1013, 1382). Der Auftrag muss zweifelsfrei sicher sein, weshalb zu Beginn der Feier der Bischofsweihe das entsprechende Dokument, in der Regel ein Dekret, verlesen wird oder der anwesende Apostolische Nuntius den Auftrag bestätigt, falls das Dekret, wie im Falle Gaillots, nicht rechtzeitig eingetroffen sein sollte. Zur Versinnbildlichung der gewährten *communio hierarchica* wird die Konsekration regelmäßig von mindestens drei Bischöfen vorgenommen.

Gaillot hat diesen Zustand seiner primatialen Einbindung als Bischof mehrfach bekräftigt: Zum einen versprach er bei seiner Bischofsweihe u. a. nicht nur, das Glaubensgut der Kirche immer und überall getreu, rein und integer zu bewahren, sondern auch in der Einheit des Bischofsstandes unter der Autorität des Nachfolgers des seligen Apostels Petri zu bleiben und diesem treuen Gehorsam zu leisten. Zum anderen legte er vor Antritt seines Diözesanbischofsamtes nicht nur erneut die *Professio fidei* ab, sondern versprach auch im bischöflichen Obödienzeid unter Anrufung Gottes: „Ich, Jaques Gaillot, ernannt zum Bischof von Evreux, werde der heiligen apostolischen römischen Kirche und dem Papst, dem Nachfolger des seligen Apostels Petrus im Primat und Stellvertreter Christi, und seinen rechtmäßigen Nachfolgern stets treu und gehorsam sein. ... Die Rechte und die Autorität der Päpste zu fördern und zu verteidigen, werde ich mich bemühen, ebenso die Vorrechte ihrer Gesandten und Vertreter. Jeden Anschlag, der etwa gegen diese Rechte von irgendjemandem geplant wird, werde ich dem Papst persönlich rückhaltlos aufdecken. Die mir anvertrauten Dienste werde ich in hierarchischer Gemeinschaft mit dem Stellvertreter Christi und den Gliedern des Bischofskollegiums mit aller Gewissenhaftigkeit nach Geist und Buchstaben der heiligen Canones zu erfüllen eifrigst bemüht sein.“ Ebenso

schwor er, „Aufträge“ anlässlich eines Adlimina-Besuchs „gehorsam entgegen[zunehmen und mit größtem Eifer durch[zuführen“. Johannes Paul II. erwartete dies als Herzensgehorsam gegenüber der mütterlichen Zuneigung der Kirche.

Diözesanbischöfe sind Männer, die diesen „cours loyal“ klerikaler Sozialisation und präventiver Sicherheitsleistungen in Gestalt von Bekenntnis und sakraler Selbstverpflichtung erfolgreich durchlaufen und sich als zur kirchlichen Loyalitäts- und Konformitätselite gehörig erwiesen haben, dem Papst also die hohe Gewähr bieten, dass sie ihr Amt ordnungs- und weisungsgemäß ausüben. Und doch kam diesmal alles anders.

2. Coup final

Es war vor 20 Jahren, am Freitag, den 13. Januar 1995 um 11:47 Uhr: Über den Ticker der Französischen Nachrichten-Agentur (AFP) lief eine Pressemitteilung des Diözesanbischofs von Evreux: „Ich wurde für den 12. Januar um 9:30 Uhr von Kardinal Gantin, dem Präfekten der Kongregation für die Bischöfe, nach Rom vorgeladen. Die Drohungen, die seit diesem Moment auf mir lasteten, wurden wahr gemacht. Das Fallbeil fiel: man bedeutete mir, daß mir mein Amt als Bischof entzogen und der Bischofsstuhl von Évreux am Freitag-Mittag um 13:00 Uhr für vakant erklärt würde. Ich war aufgefordert worden, mein Entlassungsgesuch einzureichen. Ich glaubte nicht, das tun zu müssen“.

Eine Stunde und 13 Minuten später, um 13:06, folgte die Meldung des Vatikanischen Pressedienstes: „Der Heilige Vater hat seine Exzellenz, Monsignore Jacques Gaillot, von der pastoralen Leitung der Diözese Evreux suspendiert (*suspendu*), indem er ihn auf den Bischofssitz von Parthenay versetzt hat.“

Parthenay ist eine kleine Stadt südlich von Evreux und kein Bistum. Um 16:04 wurde korrigiert: Gaillot sei auf den Titularsitz Partenia im heutigen Algerien versetzt worden. Einen Hinweis, nach welchen Canones des Kirchenrechts diese Maßnahme ergriffen wurde, gab es weder

hier noch in einer weiteren Pressemitteilung der Heiligen Stuhls, die über den Generalsekretär der Französischen Bischofskonferenz verbreitet wurde und in die Feststellung mündete, Gaillot habe sich als nicht geeignet erwiesen, den Dienst der Einheit, der ersten Pflicht eines Bischofs, zu leisten. Nachdem die Meldungen wie eine Bombe eingeschlagen waren, gab die Kongregation für die Bischöfe auf die vielen Anfragen von Gläubigen an den Papst und mehrere kuriale Organe „einige Elemente einer Antwort“, darunter den Hinweis, die Maßnahme sei *im Auftrag* des Papstes ergriffen worden. Es ging also nicht um einen höchstpersönlichen Akt des Papstes, sondern um einen der Kongregation selbst? Wie konnte es zu diesem Schlussakt in der *Affaire Gaillot* kommen und wie ist er kirchenrechtlich einzuordnen?

3. Gewissen trifft Amt

3.1. Individuelle Amtsführung

Auch ein für die Indienstnahme in einem kirchlichen Grundamt formatierter Mann bringt seine eigenen Erfahrungen mit und macht im Amt neue. Dazu können auch solche gehören, die sich nicht einfach in die eigene Kirchlichkeit einfügen lassen. So bildeten für Bischof Gaillot die frühen Erfahrungen des von ihm als Idiotie erlebten Gleichschritts, der harten Disziplin, der Auslieferung an Willkür und der Sinnlosigkeit von Gewalt im Algerienkrieg den Boden für seinen Sinn für Gerechtigkeit, Gewaltlosigkeit und Frieden und ließen ihn bei seiner Rückkehr in das Seminarleben verwundert registrieren: „Auch wenn der Algerienkrieg viel durcheinandergebracht hatte: Im Seminar ging es weiter, als ob nichts geschehen wäre.“

In seiner priesterlichen Existenz sah Gaillot sich auf neue Weise motiviert und getragen durch das II. Vatikanische Konzil, wie er es zeitgenössisch mit vielen anderen verstanden hat und wie er es in seinen Priesterbildungsaufgaben über Jahre selbst weiter vermittelt hat: „Von einer Kirche, die sich ganz massiv auf die Priester abstützte, geht man nun über zu einer Kirche, die mit der Gesamtheit der

Getauften rechnet. Die Kirche steht im Dienst der Menschen. Das Leben der Leute muß uns wichtiger sein als das Überleben der Institution. ... Die Verantwortung aller Getauften anzuerkennen und zu respektieren, ihnen nicht ständig vorzusagen, was sie zu tun oder zu wiederholen haben, sie zu sich selber und zu ihrer Verantwortung zu führen ... Das Zweite Vatikanische Konzil ermöglicht befreiende Perspektiven. Es schreibt niemandem mehr den Glauben vor. Endlich wird nun anerkannt: „Das Gewissen ist die verborgenste Mitte und das Heiligtum im Menschen, wo er allein ist mit Gott, dessen Stimme in diesem seinem Innersten zu hören ist.“

Seine Gregoriana-Ausbildung hatte er als weltfremd erlebt und als „Abschluß einer Geschichte“, die mit dem Konzil vollendet wurde. „Die Formen des Aggiornamento der Kirche“ habe er in seiner „persönlichen Entwicklung übernommen, und „der neue Wind, der die alten Segel der Kirche wieder aufblähte“, weckten in ihm missionarischen Eifer. Für ihn sah das Konzil den Priester nicht mehr als einen der Honoratioren, „weithin sichtbar vom Leben der Leute getrennt“. Entsprechend verzichtete Gaillot seither auf die Soutane.

Der „Pariser Mai“ (1968), den er nicht nur als Dozent im Regionalseminar in Reims erlebte, ließ ihm die enorme Realdistanz der Kirche zur Welt bewusst werden und damit die „Set-apart“-Konzeption der Seminausbildung defizitär erscheinen. Autoritäten wurden in Frage gestellt. „Das Wort befreite sich“. Gaillot selbst habe zunächst passiv „gelernt, daß man nur jemand Eigenständiger wird, wenn man mit anderen spricht. Leben heißt: Kommunikation, Befreiung des Wortes.“ Dass dies in der Kirche durchaus auch schwierig sein könnte, wurde ihm bewusst, als der Konzilstheologe und Prior des kleinen Zisterzienser-Klosters Boquen (im Bistum Saint-Brieuc, Bretagne), Bernard Besret, mit Vorschlägen, wie die Verpflichtung auf die evangelischen Räte zu lockern und einen einjährigen Probe-Zölibat für Priester zuzulassen, scheiterte, von seinem Generaloberen abgesetzt und mit einem Aufenthaltsverbot in Frankreich versehen wurde: „Damals habe ich begriffen: Sobald jemand in der Kirche

Freiräume zu schaffen versucht, gilt er als Außenseiter und als gefährlich. Die Institution pfeift die Menschen, die in der Kirche einen neuen Wind aufkommen lassen, zurück und erledigt sie ...“.

Hinzu kam die Erfahrung, dass viele Priester ihren Dienst aufgaben und manche Diözese so einen regelrechten „Aderlass“ erfuhr. Er selbst habe sich dadurch aber in seiner kirchlichen und priesterlichen Existenz, die er in geschütztem und immer gemeinschaftlich abgestütztem Rahmen leben konnte, nie angefochten gefühlt. In dieser persönlichen Disposition begann für Gaillot 1982 ein „ausgesetztes Leben“. Diözesanbischof ist kein Ausbildungsberuf. Erst seit Ende der 1990er Jahre läßt der Apostolische Stuhl neugeweihte Bischöfe zu einer Studientagung, um sie in theologischer, pastoraler, kanonistischer, geistlicher und verwaltungstechnischer Hinsicht für die Anforderungen ihres Dienstes nachzuqualifizieren. Für Gaillot hatte Nuntius Felici nur einen Ratschlag: „Monsignore, tragen Sie die Priesterkleidung samt dem römischen Kragen, und vergessen Sie das Brustkreuz nicht ... Sie sind von nun an Bischof“.

Dem eingespielten Bischofsbild wollte Gaillot gleichwohl nicht entsprechen: Für viele stelle „der Bischof das Oberhaupt der Kirche in seiner Diözese dar, und zwar ein unbestrittenes Oberhaupt. Er ist der Führer, der alles weiß und die Entscheidungen trifft. Man folgt ihm nach, ohne nach Mitbestimmung, geschweige denn nach Auseinandersetzungen zu suchen; außer wenn er sich über gewisse Tabus hinwegsetzt“. Er bleibe „eine ferne, geheimnisvolle Gestalt. Ein Überrest aus der Vergangenheit. Man stellt sich darunter den Hüter von Religion und Moral vor.“

Vor sich die vielen Dossiers, die nach der Vakanz auf Erledigung warteten, und im Bewusstsein, trotz aller Beratung letztlich der allein verantwortliche Entscheidungsträger zu sein, nahm der neue Bischof sich eine einjährige Lehrzeit, um auf einer Pastoralreise durch das Bistum die Probleme und Erwartungen vor Ort kennenzulernen. Danach legte er los. Von Anfang an durchbrach er die Distanz zwischen Kirche und Gesellschaft, indem er

die Enthobenheitsposition eines Bischofs aufgab und sich ohne stilistische und politische Berührungsängste gegen Gewalt und Ungerechtigkeit einsetzte. Später, besonders seit Ende der 1980er Jahre, sah er sich durch seine Amtserfahrungen veranlasst, innerkirchliche Probleme nicht nur zu erkennen, sondern sie offen anzusprechen. Beide Öffnungen erhielten eine besondere Qualität dadurch, dass Gaillot keine Scheu zeigte, sie medial begleiten zu lassen.

3.1.1. Ad extra: Der „rote Bischof“

1983 setzte er einen ersten Akzent, als er nach vergeblichen Versuchen, einen Priester für die Gefängnisseelsorge zu finden, für ein halbes Jahr selbst dieses Amt übernahm, bis er seinen aufgrund einer Umfrage unter den Priestern bestellten Generalvikar mit dieser Aufgabe betraute.

Schlüsselerlebnis für seine Auffassung, Bischof für alle zu sein, auch und gerade für Arme, Unterdrückte, Randständige und Ausgeschlossene, den Armen an Freiheit und Rechten auch jenseits der eigenen Grenzen der Kirche, wurde für ihn der Fall des Michel Fache, der sowohl den Militärdienst als auch den noch längeren Zivildienst verweigerte und deshalb zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Gaillot solidarisierte sich mit ihm, indem er, von den Medien unvermeidbar bemerkt, zur Gerichtsverhandlung in Evreux ging. Hatte die Bischofssynode 1971 erklärt: „Konflikte zwischen Völkern dürfen niemals durch Krieg gelöst werden. Statt dessen muß man Wege finden, sie auf eine Weise, die dem Menschen angemessen ist, zu lösen. Auch die Strategie der Gewaltlosigkeit soll gefördert werden, und alle Staaten sollen die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen anerkennen und regeln“, wurde Gaillot von Seiten des Erzbistums Rouen signalisiert, die Verteidigung eines Befehlsverweigerers und insoweit Gesetzlosen sei fragwürdig. Nach seiner eigenen Linie hatte Bischof Gaillot am 12. November öffentlich gemacht, dass und warum er auf der Vollversammlung der Französischen Bischofskonferenz in Lourdes deren Befürwortung der atomaren

Abschreckung nicht hatte zustimmen können.

1984 beteiligte er sich nicht an der katholischen Mobilisierung gegen die Pläne der Linksregierung zur Neuordnung des Schulwesens zu Lasten der zu 90% in katholischer Trägerschaft befindlichen Privatschulen. Schon zu Beginn seiner Amtszeit hatte er zu erkennen gegeben, Privatschulen gehörten anders als bei seinem Vorgänger nicht zu seinen Hauptanliegen. Dort tätige Priester hatte er in die Pfarrseelsorge abberufen. Nicht nur nach dem Eindruck des Bischofs betrieben diese durch das hohe Schulgeld vor allem eine soziale Auslese und sorgten dafür, „daß die Kinder des Bürgertums und des Großbürgertums an den ‚cathos‘ unter sich“ blieben. Gaillot war der Auffassung, die Jugendlichen müssten dort angesprochen werden, wo sie fast alle sind, nämlich in den öffentlichen Schulen. Er kündigte an, auch nicht an der Massendemonstration zur „Verteidigung der freien Schulen“ am 24. Juni 1984 in Paris teilzunehmen, und unterzeichnete im Januar 1985 zudem noch einen gewerkschaftlich initiierten und von linken Parteien unterstützten „Appell für Freiheitsrechte“ („Appell aux libertés“), der, wie es hieß, „die dunklen Seiten des katholischen Schulwesens ... unklare Anstellungsverhältnisse, Verbot gewerkschaftlicher Arbeit, Sanktionen bei unbequemen Meinungsäußerungen, Gesinnungsschnüffelei usw.“ offengelegt habe. In der Presse wurde daraufhin das Etikett vom „roten Bischof“ geprägt.

Nachdem er bereits 1983 mit einer eigenen Weihnachtsbotschaft an die Ausländer im Département Eure, zu dem Evreux gehört, ein Signal gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus gerichtet hatte, engagierte er sich 1987 in der „Affäre Pierre-Albert Albertini“: Der junge Entwicklungshelfer aus Evreux wurde 1985 in Südafrika inhaftiert, weil man ihm Kontakte zur Antipartheidsbewegung „African National Congress“ (ANC) nachsagte und zu einer Zeugenaussage gegen diese bewegen wollte, die er jedoch verweigerte. Es kam zu internationalen Vermittlungsversuchen. Gaillot wurde Ehrenmitglied eines 1986 gegründeten und auch von Kommunisten getragenen Unterstützungskomitees und

erhielt am 13. Juli 1987 zusammen mit der Schwester des Inhaftierten ein Visum, um ihn im Gefängnis in Ciskei (in Bantustans, einer autonomen Region für ausschließlich schwarze Bevölkerung) zu besuchen. Der Flugtermin am 16. Juli kollidierte mit der traditionellen jährlichen Bistums-Pilgerfahrt nach Lourdes, die er absagte, nicht ohne die Pilger selbst abends am Bahnhof noch zu verabschieden. Nach Gaillots Rückkehr kam Albertini am 5. September im Rahmen eines Gefangenenaustauschs mit Angola frei. Ende des Jahres äußerte Bischof Gaillot sich gegen die israelische Reaktion auf die erste Intifida 1987 („Krieg der Steine“), traf sich 1988 mit dem Vertreter der PLO in Frankreich und mit Yassir Arafat in Tunis und nahm auf Einladung der UNO an der Dritten UN-Abrüstungskonferenz in Genf teil.

Im gleichen Jahr berührte Gaillot die Schnittstelle zu innerkirchlichen Reizthemen, als er den Film „Die letzte Versuchung Christi“ von Martin Scorsese nicht verurteilte. Der Film hatte auch in Frankreich zu wütenden Protesten und sogar zu einem Brandanschlag auf ein Kino geführt. Gegen diese christliche Intoleranz schrieb Gaillot zunächst in der Bistumszeitung von Evreux: „Skandalös für mich ist nicht der Film, den ich nicht gesehen habe. Skandalös ist für mich, wenn ich sehe, wie Christen eine Intoleranz und Gewalttätigkeit an den Tag legen, die nichts mit dem Evangelium gemein haben.“ Nachdem er den Film gesehen hatte, befand er, Christus werde darin keineswegs diffamiert.

1994 schließlich hatte Bischof Gaillot sich in seinem Buch „Coup de gueule contre l'exclusion“ (Protest gegen die Ausgrenzung) in scharfer Form gegen die durch den damaligen Innenminister Charles Pasqua verfochtene rigide Einwanderungsgesetzgebung („loi Pasqua“) gewandt und das Schweigen der Kirche dazu kritisiert.

3.1.2. Ad intra: Das freie Wort

Auch innerkirchlich führten Bischof Gaillot neue Erfahrungen in seinem Amt zu Fragen, die ihm „früher ... nie in den Sinn gekommen“ wären und gegen die, von

anderen vorgetragen, er sich „innerlich ... gesträubt“ hätte. Er hatte mit Evreux ein Bistum mit rund 500.000 Einwohnern, darunter 400.000 Katholiken, zu leiten, und das mit einer Personaldecke von 100 aktiven Priestern, die im Durchschnitt 65 Jahre alt waren und deren Zahl durch Ruhestand und Begräbnisse zudem rapide abnahm. Er lernte die Probleme des verbliebenen Klerus nicht nur kennen, sondern auch ernstzunehmen: Statusängste angesichts verstärkten Laieneinsatzes in der Pastoral, Einsamkeit im Alter, Schwierigkeiten mit dem Zölibat, Alkohol, Homosexualität. Den Trend, Priester aus dem Ausland oder aus als konservativ geltenden Gruppierungen in der Kirche einzusetzen, hielt er nicht für zielführend. Auch in der zur Vorbereitung der Diözesansynode (26. November 1988 – 20. Mai 1991, Pfingsten,) durchgeführten Diözesanumfrage waren diese (und andere) Probleme angesprochen worden. Auf der Herbstvollversammlung der Französischen Bischofskonferenz im Oktober 1988 in Lourdes nannte er sie beim Namen und schlug – im Wissen um die eindeutige universalkirchliche Haltung – vor, „die Frage der Weihe verheirateter Männer und die eventuelle Wiedereingliederung der verheirateten Priester zu prüfen“. Sein Beitrag wurde kurz darauf in der Zeitschrift „La Croix“ veröffentlicht. Erzbischof Duval, Bischof Gaillots Metropolit und damals Stellvertretender Vorsitzender der Bischofskonferenz, stellte in derselben Zeitschrift klar, über diese Anfragen und Thesen sei nicht diskutiert worden. Vielmehr hätten die Bischöfe die lange Tradition der lateinischen Kirche als „österlichen Weg“ bestätigt. In einer Presseerklärung bekräftigte auch der Ständige Rat die Zölibatstradition und unterstrich, die Kirche habe eine Weihe Verheirateter niemals akzeptiert. Gleichwohl wiederholte Gaillot seine Anfragen öffentlich.

Als in einem Interview mit dem Männermagazin „Lui“ im Januar 1989 auch das ausnahmslose Verhütungsverbot der katholischen Kirche vor dem Hintergrund der damals innerkirchlich noch neuen Debatte um die Immunkrankheit AIDS zur Sprache kam, antwortete Bischof Gaillot auf die Frage, ob die physische Rettung der moralischen

vorgehe: „Ja, denn das menschliche Leben hat keinen Preis. Wenn man um eines Prinzips willen den Gebrauch von Präservativen ablehnt, kommt dies in der Tat einer verweigerten Hilfeleistung in Notsituationen gleich. Die praktizierenden Katholiken müssen begreifen, daß sie hier nicht angesprochen sind. Sie wissen, daß ich für die Treue in der Liebe bin. Wenn aber Präservative Leben retten können, sollten wir sie eben nützen“.

Im Februar appellierte er in einem Beitrag für das Homosexuellen-Journal „Gay Pied Hebdo“ für die Anerkennung von Homosexuellen in der Kirche, so dass sie „voll und ganz in den Gemeinden katholisch sein können, und zwar um der Dynamik der Gemeinden selbst willen“. 1992 befürwortete er in derselben Zeitschrift die Anerkennung homosexueller Lebenspartnerschaften. Auch für die Priesterweihe von Frauen sprach er sich aus. Am 12. April 1994 brachte der TV-Sender Arte in seinem Magazin „Transit“ nach Beiträgen über verheiratete und homosexuelle Priester ein Gespräch zwischen Bischof Gaillot und dem Theologen Eugen Drewermann, dem der Erzbischof von Paderborn die Lehr- und Predigtbefugnis entzogen hatte.

Bischof Gaillot stieß mit seinen politischen und innerkirchlichen Positionierungen auf Zustimmung wie Kritik. Was die einen als das lange vermisste soziale Engagement der Kirche und als doktrинelle Öffnung begrüßten, galt anderen als Verletzung der Rolle eines Bischofs, der ein Mann der Ordnung und der Sakristei zu sein habe, der Meinungsverschiedenheiten unter Bischöfen nicht öffentlich mache, der die kirchlichen Lehren und Gebote anmahne, statt sie in Frage zu stellen. Bischof Gaillot erlebte unmittelbare persönliche Anfeindungen: „Manchmal begegnen mir auf der Straße Leute, die mir verächtliche und haßerfüllte Blicke zuwerfen. Man spürt, wie sie sich kaum beherrschen können. Eines Tages ruft mir z. B. in Évreux jemand im Vorbeigehen zu: ‚Es lebe Msgr. Lefebvre!‘ Manchmal sind die Mauern des Bischofssitzes oder der Kathedrale mit beleidigenden Sprüchen beschmiert, was vor allem nach den Artikeln in ‚Gay Pied‘ bzw. ‚Lui‘ der Fall war: ‚Pornographiebischof‘, ‚Ayatollah

Gaillot‘ konnte man da lesen. Manchmal sind meine ‚Auftritte‘, meine Vorträge Anlaß zu organisierten Szenarios: vom Flugblattregen in einem Saal in Pontoise bis zum Bombenalarm in Carcassonne“. Bischof Gaillot galt als Kristallisationsfigur der auch unabhängig von ihm bestehenden Polarisierung zwischen reformorientierten und konservativen Katholiken mit je verschiedenen Auffassungen über Inhalt und Bedeutung des II. Vatikanischen Konzils.

Legitimiert sah sich Bischof Gaillot zu seiner besonderen Amtsführung gleichwohl durch ein bestimmtes Verständnis seines Bischofsamtes und durch die Berufung auf sein Gewissen. Ein Diözesanbischof sei kein Präfekt. Dieser setze „den Kurs der Regierung durch. Ein Bischof hingegen ist – in seinem Gewissen, vor Gott – selbst für seine Kirche verantwortlich. Er ist Bischof, um das Evangelium zu verkünden, und nicht, um den römischen Transmissionsriemen zu spielen. Zugleich gilt aber: Er handelt nicht auf eigene Rechnung; er steht in Gemeinschaft mit den anderen Bischöfen und mit dem Bischof von Rom.“ Gleichwohl sei eine Ortskirche „frei und autonom. Wir haben alles, was wesentlich ist. Wir müssen nicht andauernd fragen: ‚Was befiehlt man uns dort oben?‘ Schließlich verfügen wir über die gesamte notwendige ‚Ausstattung‘. Der Papst selbst ist ein wichtiges Bindeglied zwischen den einzelnen Partikularkirchen. Es steht ihm nicht zu, sie zu beherrschen.“

Ein Bischof brauche Freiheit, um die Wahrheit aussprechen zu können. Meinungsvielfalt sei auch unter Bischöfen wünschenswert, er nehme „das Recht auf Verschiedenheit in Anspruch“. Entscheidend sei das Gewissen. Er selbst habe sich immer kritisch gefragt: „Wie weit darf man gehen, wann geht man zu weit? ... Andererseits kann der unmöglich stumm bleiben, der mit Christus auf dem Weg ist, oder darf man Unrecht stillschweigend mit ansehen? Darf man sich so ein gutes Gewissen verschaffen und dabei hoffen, man könne mit Vorsicht Ärger vermeiden? Auch Schweigen ist eine Art, Stellung zu beziehen. Es erspart einem, das zu tun, was zu tun ist. Es ist die Sünde des Unterlassens.“ Auch falls die Kirche eine andere Position vertreten

sollte, gelte: „Man muß unbedingt mit seinem Gewissen in Einklang sein.“ Bischöfe hätten anzuregen und vorzuschlagen, seien aber „nicht die Herren über das christliche Denken. In letzter Instanz entscheidet das Gewissen der Leute. Man kann nicht über das Gewissen hinweggehen.“ „Ich bin nicht, wie man es oft geschrieben hat, für die ‚Pille danach‘, und ich betrachte die Abtreibung als ein Versagen. Aber bin ich verpflichtet, mich über die Ratlosigkeit, in der sich manche Frauen befinden, hinwegzusetzen? Bin ich verpflichtet, zu richten, zu verletzen und mit Strafe zu drohen?“

3.2. Objektives Amtsprofil

Wozu war Bischof Gaillot verpflichtet? Blieb er mit dem, was er tat, nicht im Rahmen seiner Amtsverantwortung? Schließlich hatte er bei seiner Bischofsweihe, wie schon bei der Diakonen- und Priesterweihe, auch versprochen, den „Armen und Kranken, den Heimatlosen und Notleidenden zu helfen“? Ist es nicht Aufgabe des Diözesanbischofs, das Evangelium zu verkünden (c. 756 § 2) und den „apostolischen Geist auch denen zuzuwenden, die wegen ihrer Lebensumstände aus der ordentlichen Seelsorge nicht hinreichend Nutzen ziehen können, wie auch jenen, die von der religiösen Praxis abständig geworden sind“ (c. 383 § 1)? Und wird der Diözesanbischof nicht sogar aufgefordert, für seine Aufgaben auch die sozialen Kommunikationsmittel zu nutzen (cc. 761, 822 § 1)?

Im Amt des Diözesanbischofs ist ein ganzes Set aus Rechten und Pflichten institutionell gebündelt. Mit der Übertragung dieses Amtes hat der Papst die in der Bischofsweihe spezifisch grundgelegte Befähigung, durch die Erfüllung der *munera docendi, sanctificandi und regendi* in der Person Christi des Hauptes dem Volk Gottes zu dienen (cc. 1008f.), rechtlich determiniert und ausübbar gemacht (*missio canonica*). Anders als früher konzidiert der Papst dabei nicht mehr ein Paket mit Leitungskompetenzen. Vielmehr besitzt der Diözesanbischof kraft Amtes alle Vollmacht, die zur Ausübung seines

Hirtendienstes nötig ist (c. 381 § 1), genauer: die der Papst für nötig hält. Dieser reserviert entsprechend von vornherein eine Reihe von Kompetenzen sich oder seiner Kurie.

Die detaillierte Durchnormierung des Diözesanbischofsamtes im Codex mit ca. 600 Einzelpflichten und -rechten von Amts wegen zeigt: Richter ist ein Diözesanbischof faktisch nur in Ehesachen. Als Gesetzgeber ist er beschränkt auf die teilkirchliche Auffüllung z. T. enger universalkirchlicher Rahmenvorgaben und so ohne nennenswerte Eigenständigkeit. Seine Kernkompetenz ist die Verwaltung, jener Bereich, der auch von einem Generalvikar betreut werden kann. Die Bezeichnung des Diözesanbischofs als *pastor proprius* ist daher vor allem formaler Natur. Seine eigenständige Gewalt betätigt sich primär auf einem Feld, das auch mit *potestas vicaria* zu bestellen wäre. Das bedeutet: Der Diözesanbischof ist alles andere als autonom. Vielmehr zeichnen „die allgemeinen kodikarischen Bestimmungen zum Episkopat und zum Diözesanbischofsamt sowie die normative Ausgestaltung dieses Amtes in den kodikarischen Bestimmungen ... den Diözesanbischof rechtlich als päpstlichen Beamten“.

Dem entspricht, dass er seine Amtsbefugnisse *ad normam iuris* (c. 391 § 1) auszuüben hat, in Befolgung höherrangigen Rechts. Zudem steht er in besonderer Weise unter der Leitpflicht des Lehr- und Leitungsgehorsams (cc. 212 § 1, 750-754). Denn er hat in der *Professio fidei* seine Identifikation mit allen kirchlichen Lehren bekannt und im Treueid dem Papst die „Haltung einer anhänglichen und beständigen Zuverlässigkeit“ versprochen, d. h. nicht nur die sorgfältige Amtsausübung, sondern auch „persönliche Verbundenheit und Gefolgschaft“ (*fidelitas*), mithin eine Haltung, in der sich der Diözesanbischof „als verlässlicher und loyaler Untergebener erweisen [wird]; er wird sich an das halten, was der Papst als seinen Willen zu erkennen gibt. Die Pflicht zur Gefolgschaft gilt unabhängig von der formalen Beschaffenheit der päpstlichen Weisung.“

Wie schon für jeden Gläubigen hat auch und besonders für einen Diözesanbischof

der Wunsch des Papstes Befehl zu sein. Eine öffentliche Meinungsäußerung ist nur dann legal, wenn sie im Urteil der kirchlichen Autorität, beim Diözesanbischof gemeinwohlrelevant, lehr- und autoritätsverträglich, nützlich und die Würde der Person während ist (c. 212 § 3). Dabei wird der Gehorsam (c. 212 § 1) gegenüber einem Lehr- oder Leitungsbefehl des Papstes vorausgesetzt. Alle lehramtlichen Äußerungen sind mindestens mit religiösem Verstandes- und Willensgehorsam zu beantworten, d. h. wenigstens unter Verzicht auf öffentlichen Widerspruch, bis das Lehramt sich selbst ggf. korrigiert, und schon Nicht-Entsprechendes ist sorgfältig zu meiden (cc. 750-754).

Wie jeder Gläubige muss auch der Diözesanbischof bei Verletzung dieser Rechtspflichten mit Sanktionen rechnen. Wer eine vom Lehramt definitiv vorgelegte Offenbarungswahrheit (z.B. die Primatsdogmen) hartnäckig leugnet (Häresie, Apostasie), den trifft die Höchststrafe der fast völligen Entrechtung (Exkommunikation mit der Tat) (c. 1364). Bei hartnäckiger und auch nach Verwarnung nicht widerrufener Ablehnung einer vom Lehramt definitiv vorgelegten offenbarungsnahen Lehre, wie der über die Unmöglichkeit der Priesterweihe für Frauen, und jeder anderen authentischen Lehre hat die zuständige Autorität eine gerechte Strafe zu verhängen (c. 1371 n. 1). Das gleiche gilt für einen Diözesanbischof, der außerhalb des Bereichs der Lehre dem Apostolischen Stuhl nicht gehorcht, wenn dieser rechtmäßig etwas ge- oder verbietet, und jener Bischof nach Verwarnung im Ungehorsam verharret (n. 2). Dem rangniederen authentischen Lehramt des Diözesanbischofs sind die Gläubigen nur insoweit gehorsamspflichtig, als er selbst dem universalkirchlichen gehorcht (c. 753). Zudem wird der Diözesanbischof als amtlicher Verkündiger sensibel darauf achten, dass seine Adressaten deutlich erkennen können, wenn er nur eine persönliche Meinung äußert, ohne dafür seine amtliche Zeugnisautorität in Anspruch zu nehmen. Der Diözesanbischof hat die Einheit der Gesamtkirche zu wahren und muss deshalb „auf die Befolgung aller kirchlichen Gesetze

drängen“ (c. 392 § 1) und jeden Missbrauch verhindern (c. 392 § 2). Einen Gewissensvorbehalt für die Geltung von Lehre oder Recht kennt das Kirchenrecht nicht.

Dabei bleibt es bei der klassischen Lehre, nach der niemand gegen sein Gewissen handeln oder etwas kundtun darf, was er für falsch hält. Gleichwohl gilt: „[D]ie Befolgung des Rechts ist aufgrund der Tugend der Gerechtigkeit grundsätzlich Gewissenspflicht. Daher endet der Anspruch der potestas regiminis nicht schlechthin vor dem Gewissen des Betroffenen, so dass dieser sich je nach Gutdünken und subjektiv abweichender Meinung, moralisch gerechtfertigt, über die rechtlichen Anordnungen hinwegsetzen könnte. Einem rechtmäßig ergangenen rechtlichen Gebot oder Verbot darf moralisch legitim nur dann zuwider gehandelt werden, wenn entweder die Befolgung gegen das Gewissen verstoßen würde, also für den Handelnden Sünde wäre (und nicht schon dann, wenn der von der Anordnung Betroffene anderer Meinung ist), oder wenn in einer dringenden Entscheidungssituation das sittliche Handlungsurteil zu dem Ergebnis führt, die rechtliche Anordnung verpflichte in diesem konkreten Fall auf Grund der besonderen Umstände nicht (Epikie).“ Aber auch wer sich darauf beruft, muss die rechtlich vorgesehenen Folgen, etwaige Maßnahmen und eintretende Rechtsminderungen hinnehmen. Ihm bleibt ggf. nur die Hoffnung, dass sich, wenn es wirklich um die Wahrheit geht, diese notwendig am Ende durchsetzt. Der Diözesanbischof soll Prinzip und Fundament der Einheit seiner Teilkirche sein, so wie der Papst Prinzip und Fundament der Universalkirche ist.

4. Korrekturversuche

4.1. Sorgfältige Beobachtung

Dass die Amtsführung eines Diözesanbischofs vom vorgegebenen Amtsprofil abweicht, ist aufgrund der sorgfältigen Selektion und Prävention in Bezug auf den Amtsträger unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich. Und weil die Einheit im Glauben und in

der Disziplin am besten durch die Einheit der Diözesanbischöfe mit dem Papst gewährleistet wird, ja, die Teilkirche nur dann voll Kirche ist, wenn „in ihr als ihr ureigenes Element die höchste Autorität der Kirche gegenwärtig“ ist, und „das Amt des Petrusnachfolgers innerlich zum eigentlichen Kirche-Sein jeder Teilkirche gehört“, begleitet der Papst deren Vorsteher mit seiner gewissenhaften Sorge und kümmert sich um die Angelegenheiten, die sie ihm unterbreiten „oder deren Kenntnis er auf andere Weise erlangt, damit er, nachdem er eine vollere Erkenntnis bezüglich dieser Dinge erlangt hat, kraft seines Amtes, d. h. als Stellvertreter Christi und als Hirte der Gesamtkirche, seine Brüder im Glauben stärken kann (vgl. Lk 22, 34).“ Dabei ist „offenkundig, daß der Papst jedesmal dann eingreifen muß, wenn schwerwiegende Gründe das fordern, um die Einheit im Glauben, in der Liebe und der Ordnung zu schützen.“

Dabei helfen ihm vor allem die Behörden der Römischen Kurie (c. 360) und die Päpstlichen Gesandten (c. 364). Um angemessen, ggf. auch durch Korrekturen, helfen zu können, muss das universalkirchliche „Zentrum“ über die teilkirchliche „Peripherie“ informiert sein. Als Überwachungs- und Kontrollinstanz ohne Eingriffsbefugnis ist der Metropolit verpflichtet, dem Apostolischen Stuhl Meldung zu machen, wenn in seiner Kirchenprovinz Glaube oder Disziplin Schaden nehmen oder Missbräuche auftreten (c. 436 § 1 n. 1). Der *periodischen* Information dient die Rechenschaftslegung des Diözesanbischofs („Quinquennialbericht“), zu der er sich alle fünf Jahre dem Papst zu stellen hat und die von der Kongregation vor- und nachbereitet wird. Für die *ständige* Aufmerksamkeit des Apostolischen Stuhls und den kontinuierlichen Informationsfluss ist über zwei Kanäle gesorgt. Der *erste Kanal* ist das Amt des Päpstlichen Gesandten. „Äußerst vornehm“ ist seine Überwachungsfunktion im Gesetz umschrieben: „Durch Unsere Legaten, die bei den verschiedenen Nationen weilen, nehmen Wir selbst teil am Leben Unserer Kinder, gliedern Uns gleichsam in ihre Gemeinschaft ein und werden leichter und sicherer mit ihren Anliegen und tiefsten

Wünschen bekannt.“ Vorrangige Aufgabe des Gesandten ist es daher, mit ihm geeignet erscheinenden Mitteln den Apostolischen Stuhl umfassend über das kirchliche Leben, einschließlich der Ansichten der Bischöfe, zu informieren und ihnen den Sinn der Erlasse und Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls auszulegen.

Der *zweite Kanal* zur relativ permanenten Information über die Amtsführung von Diözesanbischöfen ist die gezielte Denunziation durch andere Gläubige beim Gesandten oder direkt bei der Römischen Kurie. Alle Katholiken, einschließlich der Mitbrüder im Bischofsamt, sind berechtigt und bisweilen verpflichtet, der kirchlichen Autorität über Gemeinwohlrelevantes Mitteilung zu machen (c. 212 § 3). Dazu soll die Kongregation „in der Regel“ den betroffenen Diözesanbischof und den Gesandten hören. Ob sie es tut und in welcher Form und in welchem Umfang, beurteilt sie selbst.

4.2. Persönliche Einwirkungsversuche

Entsprechend einheitsbesorgt wurde auch die Amtsführung des Bischofs von Evreux pastoral beschattet. Die Kurie wurde informiert und bisweilen auch offen von „Eingaben in Rom“ und „Anträgen beim Nuntius“ gesprochen. Von diesem, seit 1988 Lorenzo Antonetti, kamen auch erste Signale an Bischof Gaillot. Mehrmals hatte er den Bischof beiseitegenommen und gewarnt: „Es gibt Bischöfe, die mit Ihnen nicht zufrieden sind. Ich bekomme entsprechende Briefe, und man erzählt mir viel über Sie. Sie werden beobachtet in allem, was Sie sagen, und in allem, was sie tun. Passen Sie auf, ich habe Angst um Sie.“

Während des Ad-limina-Besuchs der französischen Bischöfe 1987 habe der Präfekt der Kongregation für die Bischöfe, Kardinal Gantin, ihm lange zugeredet, um dann plötzlich irritiert zu erklären: „Wenn ich alle gegen Sie gerichteten Klagebriefe sehe und höre, was über Sie gesagt wird, frage ich mich, wie es Ihnen gelingt, als Bischof zu leben. Seien Sie klug, seien Sie vorsichtig. Bewahren Sie die Verbindung zu

den Bischöfen. Viele von ihnen haben kein Verständnis für Sie ...“.

In einem Gespräch am 19. September 1988 hatte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Decourtray, Bischof Gaillot mitgeteilt, wie besorgt der Apostolische Stuhl und zahlreiche Bischöfe seien angesichts diverser seiner Äußerungen, insbesondere über die Weihe von Verheirateten und den pastoralen Wiedereinsatz verheirateter Priester. Seinen Neujahrsgruß 1989 nahm Decourtray zum Anlass, daran zu erinnern und zugleich seine Irritation darüber zum Ausdruck zu bringen, dass Bischof Gaillot die angemahnten Äußerungen nicht nur wiederholt, sondern ihnen weitere zur „Pille danach“, zu Präservativen, zum Scorsese-Film und schließlich zu Homosexuellen hinzugefügt habe. Sie fügten nach Auffassung des Ständigen Rates und sehr vieler Bischöfe der Kirche Schaden zu, und er, Gaillot, könne doch nicht verkennen, dass sie im vollständigen Widerspruch zur Disziplin der Kirche stehen, an die der Apostolische Stuhl und die Bischofskonferenz erinnert hätten. Sie trügen den Vorhaltungen, die ihm gemacht wurden, keinerlei Rechnung. Deshalb schloss der Vorsitzende seinen Neujahrsbrief in aller Deutlichkeit: „Lieber Jacques, Deine Lage ist ernst. Dein Verhalten ist bedauerlich. Deine Stellungnahmen widersprechen öffentlich der Disziplin der Kirche, deren Bischof Du bist. Sie verletzen die kirchliche Gemeinschaft und das Vertrauen der Gläubigen in ihre Hirten. In aller Freundschaft, wie Du weißt, ersuche ich Dich, Deine den Lehren und der Doktrin der katholischen Kirche formell entgegenstehenden Stellungnahmen, wenn nicht zu widerrufen, so doch zumindest in Zukunft darauf zu verzichten. Verstehe diesen meinen Appell als den der französischen Bischofskonferenz. In treuer Freundschaft, Albert Cardinal Decourtray.“ Das war der klare und mit Signalen kurialen Einverständnisses versehene Aufruf, zum Lehrgehorsam zurückzukehren.

4.3. Öffentliche Signale

Diese persönlichen informellen Einwirkungsversuche wurden kurz darauf durch eine öffentliche Maßnahme unterstrichen. Die kirchliche Medien-Einrichtung „Chrétien médias“ nutzte das damals in Frankreich verbreitete Bildschirmtextsystem „Minitel“ für ein eigenes Informationsangebot „Gabriel“ und regte nach den vielen Reaktionen auf Gaillots Äußerungen über den Priestermangel und den Scorsese-Film an, für ihn einen eigenen Terminal (Bildschirm, Tastatur, Telefon) einzurichten, über den er zwei Wochen lang Anfragen hätte selbst beantworten können. Kurz vor der Freischaltung wurde „Chrétien médias“ am 15. Januar 1989 gebeten, von der öffentlich beworbenen Aktion Abstand zu nehmen. Alles wurde wieder abgebaut. Vorher vertrat Bischof Gaillot eine andere Meinung als seine Mitbrüder, jetzt wurde er von ihnen öffentlich zensiert. Da weder der Vorsitzende der Bischofskonferenz noch der Metropolit das Recht haben, einen Diözesanbischof zu maßregeln, war die kuriale Rückendeckung für alle erkennbar.

Bischof Gaillot jedenfalls hatte verstanden. Er erkannte „die Gefahr der Marginalisierung“ und sah: „Die Bischöfe und Rom wollten eine Geste“. Um nicht in die „Rebellion-Falle“ zu tappen, lehnte er Ersatzangebote anderer Medien ab. Noch im Januar hatte der Nuntius ihn bestärkt, dem Rat zu folgen, dem Papst in einer Audienz seine Amtsführung zu erläutern, und ein entsprechendes Gesuch nach Rom weitergeleitet. In einem erneuten Interview in „Lui“ hatte Bischof Gaillot dies erwähnt und hinzugefügt: „Ich habe meinen Auftrag vom Papst erhalten, und wenn er mich zum Wohl der Kirche bittet zu gehen, werde ich ohne Zögern und Vorbehalte gehorchen“.

Auf Verlangen des Ständigen Rates der Bischofskonferenz arbeitete er mit dem Vorsitzenden, Kardinal Decourtray, eine Acht-Punkte-Erklärung aus, die, vom Ständigen Rat gebilligt und von beiden unterzeichnet, am 15. Februar 1989 veröffentlicht wurde. Was Bischof Gaillot als Kompromisstext aufgefasst hat, wurde in der Öffentlichkeit und nicht zuletzt von den Synodalen seiner laufenden Diözesansynode als „Kniefall“ und „Gang

nach Canossa“ aufgenommen. Daher interpretierte er sie am Tag nach der Erklärung vor katholischen Journalisten, indem er jene Punkte betonte, die seine Anliegen spiegelten, nämlich Gemeinschaft im Glauben, keine Ausgrenzung durch das Evangelium, legitime Verschiedenheit im Episkopat, bessere Absprache und wenn möglich, offene Diskussion unter Bischöfen, die unvertretbare Verantwortung des Diözesanbischofs.

4.4. Der Papst ist nicht zu sprechen

Möglicherweise hoffte Bischof Gaillot, die Angelegenheit in der erbetenen Papstaudienz erklären und beilegen zu können. Diese Hoffnung erfüllte sich gleichwohl nicht. Fast drei Monate nach seinem Audienzgesuch bestellte der Nuntius Bischof Gaillot zu sich, um ihm ohne eine Begründung mitzuteilen, der Papst könne ihn nicht empfangen. Da er dem Rat des Nuntius nicht folgen wollte, der ebenfalls wartenden Öffentlichkeit einfach zu erklären, er wolle nicht mehr nach Rom gehen, gab Bischof Gaillot am 23. März in einer Presse-Erklärung die Ablehnung seiner Bitte bekannt und fügte hinzu: „Ich bedaure, daß das von mir gewünschte Treffen nicht ermöglicht wird und daß ein Bischof vom Papst nicht empfangen werden kann, auch wenn er darum bittet. Trotz dieser Verweigerung möchte ich meine Verbindung betonen zur Kirche und zum Nachfolger Petri.“

4.5. Ad-Limina

Nichts war damit beigelegt, und der Bischof von Evreux wusste und bekannte offen, er stehe weiterhin „unter strenger Aufsicht“. Was er nicht wusste, sondern erst im Nachhinein durch eine Indiskretion erfuhr, war, dass der Nuntius im Auftrag der Kurie den Generalvikar von Evreux, Jean Francois Berjonneau, zu einem geheimen Bericht über die Diözese und ihren Bischof aufgefordert hatte, der nach Rom weitergeleitet wurde. Bischof Gaillot war darüber erbost und machte daraus bei seinem Ad-limina-Besuch im Januar 1992 keinen Hehl. Als Kardinal Gantin ihn zu einem Einzelgespräch bat, beschwerte Bischof Gaillot sich sofort: „Ich habe mitbekommen, daß Rom von meinem

engsten Mitarbeiter einen Bericht über mich verlangt hat, und zwar unter dem Siegel der Verschwiegenheit. Ich kann das nicht verstehen. Erlauben Sie mir zu sagen, daß solche Methoden der Kirche schaden.“ Sichtlich überrascht habe der Kardinal protestiert: „Aber wir müssen doch wissen, was Sie tun, wer Sie sind. Wir brauchen wirklich Informationen über Sie.“ – „Dann möchte ich Ihnen aber auch sagen, daß dies Stasi-Methoden sind.“ – „Herr Bischof, sind Sie sich bewußt, was Sie sagen?“ – „Wie soll ich Ihnen noch vertrauen können, wenn Sie mit solchen Methoden arbeiten?“

Jedem Bischof wird während des Ad-limina-Besuchs eine 15-minütige Papstaudienz gewährt. Bischof Gaillot sprach den Papst direkt an: „Sie sind sicher auf dem laufenden, daß ich mit Rom Ärger habe. Sie werden wissen, daß man über mich einen Bericht verlangt hat ...“ ... „Ja. Aber Sie müssen wissen, es gibt nicht nur Rom, es gibt auch Frankreich, die Bischöfe von Frankreich. ... Sogar der Präsident der Bischofskonferenz hat Ihnen gegenüber Schritte unternommen. ... Ich gebe Ihnen den Rat, nicht nur *cantare extra chorum*, sondern auch *cantare in choro*. Vergessen Sie nie, auch gemeinsam mit Ihren Brüdern, den Bischöfen, zu singen.“ ... „Die Freiheit des Wortes, die ich mir herausnehme, ist kein Hindernis für die Einheit mit der Kirche.“ ... „Ich weiß.“ Mit diesen Worten war die Audienz beendet, denn der Papst drückte auf einen Knopf, woraufhin der Sekretär das Kästchen mit den Rosenkränzen reichte, dessen Übergabe an Bischof Gaillot der herbeigeeilte Fotograf festhielt.

4.6. Zuspitzung und Countdown

Zwei Jahre später, nach dem Fernsehauftritt mit Drewermann, spitzte sich die Lage zu. Der Erzbischof von Rouen, Joseph Duval, seit 1990 Vorsitzender der Bischofskonferenz, habe seinem Mitbruder in Evreux telefonisch eine „Warnung (avertissement)“ angekündigt, die er, um ihr einen offiziellen Charakter zu verleihen, in Kopie an alle Bischöfe sandte. Duval schrieb mit Datum vom 14. April 1994, er sei verpflichtet zu sagen, Gaillots Haltung in den Medien werde immer

intolerabler, sein Auftritt mit Drewermann habe erneut die ganze Distanz gezeigt, die er zwischen sich, dem Papst und den Bischöfen aufbaue. Mit seinem Brief wolle er Bischof Gaillot helfen, „sich einige Fragen zu stellen“. Kein einziges Mal habe er in der Sendung auf die Forderungen des Evangeliums hingewiesen noch an die Solidarität mit der Kirche erinnert. Später von Gaillot auf den Brief angesprochen, habe Erzbischof Duval dann auch erklärt: „Du kannst dir die Drohungen nicht vorstellen, die in Rom gegen Dich vorliegen. Ich habe den Brief geschrieben, um dich zu schützen.“ Bei anderer Gelegenheit sei er konkreter geworden: „Es ist möglich, daß Rom dich auffordert zu demissionieren oder dir einen apostolischen Administrator mit allen Vollmachten schickt.“

Ob gutgläubig oder nicht: Mit diesem Brief des Vorsitzenden der Bischofskonferenz war die Handhabe geboten, ihn später materiell als Vorwarnung zu werten, auch wenn das Schreiben selbst einen solchen Ausdruck vermied. Bischof Gaillot hat die Bedeutung des Vorgangs zunächst unterschätzt und den Bischöfen seinerseits brieflich seine Medienpräsenz erläutert. Als ihm aufging, dass die Arte-Sendung nur der gewählte Anlass für eine grundsätzlichere Vorhaltung war, suchte er am 21. Mai 1994 den Nuntius in Paris auf. Eine Romreise hielt dieser nicht für erforderlich, empfahl sie ihm aber als möglicherweise vorteilhaft: „Reden Sie in den Medien nicht mehr. Sie versprechen mir das in einem Brief, und ich lasse es Rom wissen.“

Bischof Gaillot hat diese Zusage nicht gegeben. Nachdem der Brief von Erzbischof Duval an die Öffentlichkeit geraten war, kam es zu organisierten öffentlichen Solidaritätsbekundungen mit zigtausenden Teilnehmern. Zudem war seit Februar Gaillots Buch gegen die „loi Pasqua“ erschienen. Der Generalsekretär der Bischofskonferenz habe ihn damals gewarnt, der Minister sei nicht zufrieden mit ihm. Er habe bei der Bischofskonferenz anrufen lassen, um deren Ansicht zu Gaillots Buch zu erfahren. Einige Tage später habe sich der Ständige Rat der Bischofskonferenz von dem Buch distanziert.

Ende Dezember 1994 wurde der Schlussakt im Fall Gaillot eingeleitet. Der Nuntius schrieb: „Wie Sie es am 21. Mai gewünscht haben, können Sie Kardinal Gantin treffen. Er empfängt Sie am Montag, den 9. Januar um 9 Uhr.“ Eine Begründung, einen Hinweis auf Gesprächsthemen oder auf Dringlichkeit gab es nicht. Gaillot rief ihn an und zeigte sich überrascht, weil er nicht um einen Termin bei der Kongregation für die Bischöfe gebeten hatte. Antwort: „Sie wollten nach Rom ... Nun ist es soweit.“ ... „Am 9. Januar ist es mir nicht möglich.“ ... „Aber, Herr Bischof, wirklich! Der Kardinal verlangt nach Ihnen, es ist wichtig. Wissen Sie: Wenn ich nach Rom vorgeladen werden, gehe ich und lasse alles liegen.“ – „Wenn Sie es dem Kardinal nicht sagen können, werde ich selber ihn benachrichtigen.“ – „Wann können Sie denn nach Rom fahren?“ – „Februar oder März.“ – „Monsignore, das geht nicht. Nein! Sie können das Treffen allenfalls um ein paar Tage hinausschieben, aber nicht mehr.“ „Gut. Mittwoch oder Donnerstag derselben Woche.“ Ein paar Tage später rief er mich wieder an: „Kardinal Gantin wird Sie am Donnerstag, den 12. Januar, um 9 Uhr 30 empfangen.“

Bischof Gaillot ging allein und nicht vorschrittmäßig gekleidet zu diesem Termin. Nicht allein jedoch war Kardinal Gantin. Neben ihm saßen auch der gerade erst ernannte Sekretär der Kongregation, Titularerzbischof Bischof Jorge Maria Mejia, und Titularerzbischof Jean-Louis Tauran, seit 1990 Sekretär der Sektion für auswärtige Angelegenheiten des Päpstlichen Staatssekretariats, das für die vatikanische Diplomatie und die Päpstlichen Gesandten zuständig ist. Die numerische Überlegenheit unterstrich den hierarchischen Abstand, konnte einschüchtern und ließ die Bezeugungsmehrheit über das Gespräch im Bedarfsfall bei der Kongregation. Die exemplarische asymmetrische *communicatio hierarchica* spiegelt die gottgewollte *communio hierarchica*. Kardinal Gantin rollte aus dem Gedächtnis den Fall Gaillot seit ihrer ersten Begegnung 1987 in Rom auf. Dann betonten der Sekretär und Tauran, wie sehr sich das Verhältnis Bischof Gaillots zu seinen Mitbischöfen, besonders in den letzten beiden Jahren, verschlechtert habe und

dass viele Christen Anstoß an seinem Medienauftritt nahmen. „Wir haben zahlreiche Klagen gegen Sie erhalten.“ Gaillot sah den „Turm von Dossiers“ vor Tauran, einsehen durfte er sie nie. Schließlich habe Kardinal Gantin erklärt: „Zuviel, es ist zuviel! Und als Konsequenz ist beschlossen worden: Morgen wird Ihnen Ihr Auftrag als Bischof von Evreux entzogen. Am Mittag. Und die Diözese von Evreux wird als vakant erklärt.“ Ohne Anlass habe Tauran hastig hinzugefügt: „Diese Entscheidung hat keinerlei politischen Charakter. Ich möchte Ihnen gegenüber betonen, daß ich – im Gegensatz zu dem, was die Zeitschrift Golias geschrieben hat – mich noch nie mit Charles Pasqua getroffen habe!“ Der Kardinal bot an: „Wenn Sie Ihren Rücktritt unterschreiben, werden Sie den Titel führen: emeritierter Bischof von Evreux.“ – „Und wenn ich nicht unterschreibe?“ – „Dann werden Sie als Bischof versetzt. Sie haben bis heute abend

Zeit zu überlegen.“ – „Ich denke, wir haben einander nichts mehr zu sagen“ – „Nehmen Sie das alles in Ihr Gebet.“ Im Französischen Seminar hatte der Kardinal seine persönliche Telefonnummer mit den Worten hinterlassen: „Sagen Sie Bischof Gaillot, daß er mich bis heute abend erreichen kann.“ Dabei blieb es.

5. Entfernung aus dem Amt

Seit der Pressemeldung am 13. Januar 1995 war klar, dass Evreux keinen Diözesanbischof mehr hat. Keineswegs klar war und ist, wie, durch wen und aus welchen Gründen genau diese Vakanz rechtlich herbeigeführt wurde.

(wird fortgesetzt)

Dramatischer Appell an UN-Sicherheitsrat

In einem dramatischen Appell zur Beendigung des Blutvergießens in Syrien hat sich Ende Oktober der Nothilfe Koordinator der Vereinten Nationen, Stephen O´Brian, an die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates gewandt und sie angesichts der humanitären Katastrophe im Nahen Osten zu schnellem Handeln aufgefordert.

Die bisherige Passivität des Sicherheitsrates im Umgang mit dem Massensterben im syrischen Bürgerkrieg, so der Brite in seiner Rede, erfülle ihn mit unbändiger Wut. Wörtlich sagte er: "Ich nehme Sie heute Nachmittag mit auf einen Abstecher in den Osten von Aleppo. In ein tiefes Kellerloch, aneinandergedrängt mit ihren Kindern und

Großeltern. Der Gestank von Urin und Erbrochenem, Ergebnis unbändiger Angst, setzt sich in Ihrer Nase fest. Sie warten auf die bunkerbrechende Bombe, die Sie hier drin töten wird, in Ihrem letzten Unterschlupf, ähnlich dem Ihres Nachbarn, der gestern Nacht darin getötet wurde."

O´Brian mahnte: „Diese Menschen sind wie Sie und ich - mit dem Unterschied, dass sie nicht um einen Tisch in New York herumsitzen, sondern verzweifelt mitansehen müssen, wie ihre Zukunft ausgelöscht wird". Falls der Sicherheitsrat weiterhin nicht handle, so O´Brian, "wird es kein syrisches Volk und kein Syrien mehr geben, das Sie retten können. Das wäre dann das Erbe dieses Sicherheitsrates, eine Schande für unsere Generation."

Witali Tschurkin, der UN-Botschafter Russlands, das durch sein Veto ein Ende des syrischen Bürgerkrieges seit Monaten verhindert, bezeichnete die Ausführungen des Briten als "unfair und unwahr" und erklärte: "Wenn ich mir eine Predigt anhören will, dann gehe ich in die Kirche!"

Sternberg für Lockerung des Zölibats

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) fordert von der Amtskirche Konsequenzen aus dem dramatischen Rückgang der Zahl der Priesterweihen in Deutschland. ZdK-Präsident Thomas Sternberg stellte in der "Augsburger Allgemeinen" (29.08.2016) dabei auch den Pflichtzölibat für katholische Priester infrage: "Wenn es nicht mehr anders

geht, dass wir personell in der Seelsorge ausbluten, und wenn es so ist, dass der Zölibat ein Hindernis darstellt, dann muss er, weil weniger wichtig, gelockert werden", sagte der nordrhein-westfälische CDU-Landtagsabgeordnete.

"Wir haben jetzt schon sehr gute und engagierte Diakone – das sind verheiratete Männer. Warum in aller Welt sollen sie nicht zu Priestern geweiht werden?", fügte Sternberg hinzu. "Das könnte schnell und zügig entschieden werden."

Sternberg verwies darauf, dass sich im vergangenen Jahr in ganz Deutschland nur 58 Männer zu katholischen Priestern weihen ließen. "Schon jetzt fehlen jüngere Pfarrer, um Pfarreien zu besetzen, zugleich haben die heutigen Priester einen sehr hohen Altersschnitt", warnte er. "Die Situation wird sich künftig also in drastischer Weise verschärfen."

Der Chef der katholischen Laienorganisationen kritisierte, dass die einzige Antwort der Kirche die Zusammenlegung von Pfarreien und der Einsatz ausländischer Priester sei. "Wenn unsere Kirche Bestand haben soll in Deutschland, dann geht das nicht über XXL-Pfarreien", betonte Sternberg. Er habe rein gar nichts gegen den Einsatz ausländischer Pfarrer, "allerdings kann man nicht alle Pfarreien einfach mit Import-Priestern ausstatten, das ist auf Dauer keine Lösung für den Priestermangel in Deutschland."

Zudem forderte Sternberg die Einführung des

Diakonats der Frau. "Ich weiß nicht, warum das für einige ein offenbar wichtiger Streitpunkt ist", betonte der ZdK-Präsident. "Wir müssen ohnehin eine ganz andere Präsenz von Frauen auch in den seelsorgerlichen Diensten anstreben." Pastoralreferentinnen müssten auch die sakramentalen Funktionen übernehmen können, die mit ihrer Seelsorgetätigkeit verbunden sind. "Ich denke da vor allem an die Krankensalbung."

Protest gegen UNESCO-Resolution

Zusammen mit der Gemeinschaft Sant´Egidio hat die Leitung der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien vor zunehmenden „judenfeindlichen Tendenzen“ gewarnt. Wer Auschwitz als Zeitindex ernstnehme, so die Stellungnahme, könne nicht gleichgültig bleiben, wenn Juden in ihrem Selbstverständnis irritiert oder verletzt werden. Aus diesem Grund müsse die jüngste UNESCO-Resolution über den Tempelberg in Jerusalem als hochproblematisch, ja inakzeptabel zurückgewiesen werden. In der Resolution werde der Tempelberg nämlich ausschließlich mit dem muslimischen Namen „Haram-esch-Scharif“ (edles Heiligtum) bezeichnet, die jüdischen Namen „Har ha-Bayit“ (Tempelberg) oder Har ha-Miqdash“ (Berg des Heiligen) aber würden gezielt ausgelassen.

Die enge Beziehung zwischen Jerusalem und dem Judentum, die in einer facettenreichen Geschichte vom salomonischen über den herodianischen Tempel bis in die Gegenwart reiche, werde ausgeblendet. „Dies ist ein Akt fahrlässiger Geschichtsvergessenheit“, heißt es in der Protestnote aus Wien. Er provoziere Irritationen und schüre Konflikte statt dazu beizutragen, dass Jerusalem als „Stadt des Friedens“ ein Ort sein kann, an dem Juden, Christen und Muslime friedlich miteinander leben und die heiligen Stätten aufsuchen können.

Verschärftes Kirchenrecht gegen fahrlässige Bischöfe

Die katholischen Bischöfe sind im Kampf gegen sexuellen Missbrauch nach Aussage des deutschen Jesuiten Hans Zollner in den vergangenen Monaten "aktiver geworden". Seit Papst Franziskus das Kirchenrecht im Juni verschärft habe, würden Verdachtsfälle von den Bischöfen rascher an den Vatikan gemeldet, sagte der Leiter des Kinderschutzzentrums der Päpstlichen Universität Gregoriana gegenüber "Kathpress" in Rom. Denn immerhin, so der der päpstlichen Kinderschutzkommission angehörende Psychologie-Professor, müssten jetzt fahrlässig handelnde Bischöfe im Extremfall mit Amtsenthebung rechnen.

Wie die neuen kirchenrechtlichen Vorgaben in der Praxis angewandt würden, sei bislang noch nicht geklärt, sagte Zollner. Die vier für Bischöfe zuständigen Behörden im Vatikan erarbeiteten derzeit unabhängig voneinander Kriterien.

Das Fortbestehen der päpstlichen Kinderschutzkommission ist indes noch ungewiss. Es werde aber vermutlich auch weiterhin eine Einrichtung geben, die sich auf Weltebene mit Fragen des sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche beschäftigt, sagte Zollner im "Kathpress"-Interview. Derzeit sei jedoch noch offen, in welcher Form dies geschehen werde, so das Mitglied der Kommission. Papst Franziskus hatte die Kinderschutzkommission 2014 für zunächst drei Jahre eingerichtet. Diese Probezeit läuft Ende 2017 aus (vgl. dazu das Interview mit Peter Saunders in dieser Ausgabe).

Die "Päpstliche Kommission für den Schutz von Minderjährigen" setzt sich aus 17 Psychotherapeuten, Sozialarbeitern, Missbrauchsopfern, Theologen und Juristen zusammen. Vorsitzender ist Kardinal Sean Patrick O'Malley aus Boston.

Marx fordert Mäßigung in der Flüchtlings-Debatte

Mehr „Mäßigung in der öffentlichen Flüchtlings-Debatte“ hat der

Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, gefordert. Die aktuelle Diskussion werde in einem Ton geführt, der nicht hilfreich sei und letztlich konstruktive Lösungen verhindere. Er sei „erschrocken und verärgert“ über Äußerungen, in denen es nur um die Frage gehe, wie Deutschland Flüchtlinge loswerden könne.

Der Münchner Erzbischof distanzierte sich in seinem Statement ausdrücklich von Sprache und Forderungen der CSU im allgemeinen und von CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer im Besonderen. Der hatte vor kurzem erklärt: „Das Schlimmste ist ein fußballspielender, ministrierender Senegalese. Der ist drei Jahre hier – als Wirtschaftsflüchtling, den kriegen wir nie wieder los.“ Marx wörtlich: „Wir werden uns die Solidarität, die es in der deutschen Gesellschaft gibt, nicht kaputtreden lassen“. Es sei im vergangenen Jahr bei der Flüchtlingsbetreuung viel geleistet worden. Marx äußerte sich zum Auftakt der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda.

Neuer Generaloberer der Jesuiten

Der größte Männerorden der katholischen Kirche wird künftig erstmals in seiner knapp 500-jährigen Geschichte von einem Nichteuropäer geleitet: Das Generalkapitel der Jesuiten wählte vergangenen Oktober in Rom den Venezolaner P.

Arturo Sosa Abascal zum 31. Generaloberen des Ordens. Sosa folgt auf den Spanier P. Adolfo Nicolas Pachon, der aus gesundheitlichen Gründen vom „Amt auf Lebenszeit“ zurückgetreten war.

Der 68-jährige Venezolaner wurde 1948 in Caracas geboren. Er trat 1966 in den Jesuitenorden ein und wurde 1977 zum Priester geweiht. Sosa studierte Philosophie und Politikwissenschaft in Caracas und Theologie an der römischen Gregoriana. Bis 1996 koordinierte er das Sozialapostolat des Ordens in Venezuela sowie ein dortiges Studienzentrum der Jesuiten. Von 1996 bis 2004 leitete er die Jesuitenprovinz Venezuela und war 2008 bis 2011 Generalrat der Gesellschaft Jesu. Zuletzt war er Chef des Internationalen Hauses der Jesuiten in Rom sowie der dort angesiedelten Werke des Ordens. Sosa machte sich in seiner politikwissenschaftlichen Forschungsarbeit einen Namen und publizierte u.a. über die Geschichte und Politik Venezuelas. 2004 war er Gastprofessor für Lateinamerika-Studien an der Georgetown University.

Der Jesuitenorden hat derzeit weltweit rund 16.400 Mitglieder. Er unterhält in allen Erdteilen Universitäten und Schulen und ist durch seinen seit Jahrzehnten existierenden Flüchtlingsdienst weltweit an allen wichtigen sozialen Brennpunkten präsent.

Zusätzlich zu den drei klassischen Ordensgelübden Armut, Ehelosigkeit und Gehorsam versprechen

Jesuiten, dass sie sich vom Papst in die Pflicht nehmen lassen. Gegründet wurde der Orden 1534 vom heiligen Ignatius von Loyola, einem Basken. Vor 50 Jahren gab es noch 36.000 Jesuiten, doppelt so viele wie heute.

Vatikan: Mutige Weichenstellung

Papst Franziskus hat das römische "Institut Johannes Paul II. für Studien zu Ehe und Familie" zu einer Neuorientierung aufgerufen. Die an der Lateran-Universität angesiedelte Einrichtung, die als Denkfabrik der traditionellen kirchlichen Morallehre gilt, müsse "die nötige Öffnung des Glaubens für die seelsorgerische Aufgabe des Nachfolgers Petri unterstützen", sagte der Papst in einer Audienz anlässlich der Eröffnung des Studienjahres. Eine theologische Lehre, die sich nicht am Ziel der Glaubensverkündigung und der Seelsorge der Kirche orientiere, sei ebenso undenkbar wie eine Seelsorge, die den Schatz der Offenbarung und der Tradition nicht würdige, so der Papst weiter. Es gehe darum, auf Ebene der Lehre und der Seelsorge die Wahrheit und Schönheit des Schöpfungsplans Gottes für die heutige Zeit zu lesen und zu interpretieren. Anlass der Audienz war die Eröffnung des Akademischen Jahres. Dass der Papst persönlich eine Ansprache dazu hält, ist sehr ungewöhnlich.

Im Umfeld der zweiteiligen Bischofssynode über Ehe und Familie (2014/15), zu welcher kein einziger Vertreter des konservativen Think-Tanks eingeladen worden war, hatten sich prominente Mitglieder des Instituts wiederholt ablehnend über Veränderungen oder Weiterentwicklungen der kirchlichen Morallehre geäußert.

Im August hatte der Papst den vormaligen Präsidenten des Päpstlichen Rates für die Familie, Erzbischof Vincenzo Paglia zum neuen Großkanzler des Instituts ernannt. Beobachter deuteten diese Ernennung als weiteren mutigen Schritt des Papstes für neue Weichenstellungen innerhalb der Kurie.

Das 1981 von Johannes Paul II. (1978-2005) gegründete Institut hat neben seinem Hauptsitz in Rom weltweit 11 einflussreiche Niederlassungen.

Solidarität mit Erzbischof Schick

Der aus AfD-Kreisen mit dem Tod bedrohte Bamberger Erzbischof Ludwig Schick hat in einer bundesweit einmaligen Erklärung Rückendeckung seitens der Stadt Bamberg erhalten. Durch die Hasstiraden der Partei und ihrer Sympathisanten werde nicht nur der Erzbischof, "sondern auch die freiheitlich-demokratische Grundordnung angegriffen", heißt es in einer Stellungnahme des Bamberger

Oberbürgermeisters Andreas Starke (SPD) und weiterer Vertreter der Stadtverwaltung.

Sie forderten zugleich strafrechtliche Konsequenzen für die Urheber der Attacken.

Schick war auf der Facebook-Seite der rechtspopulistischen AfD mit Hassbotschaften bis hin zu Mordaufrufen überzogen worden. Unter anderem war dort von "Pfaffengesindel" die Rede, das liquidiert werden müsse. Hintergrund sind Äußerungen des Erzbischofs über einen möglichen islamischen Bundespräsidenten. Er hatte gesagt, ein Muslim als Staatsoberhaupt sei grundsätzlich denkbar, allerdings sehe er dafür gegenwärtig keine gesellschaftliche Mehrheit.

In der Erklärung der Stadtverwaltung heißt es, Schick habe "die Verfassungslage unseres Grundgesetzes wiedergegeben, nicht mehr und nicht weniger".

Zeilebration "ad orientem"?

In einer umstrittenen Erklärung hat der Präfekt der Kongregation für den Gottesdienst und die Sakramentenordnung, Kardinal Robert Sarah, während einer Vortragsreise in England gefordert, den „ideologisch motivierten Streit um mögliche Formen der Liturgie“ beizulegen, da dieser „vom Teufel“ sei.

Kardinal Sarah empfahl allen Priestern, im Rahmen einer „Reform der Reform“

künftig wieder „ad orientem“ die Messe zu feiern, d.h. Richtung Kirchen-Apsis bzw. Richtung Tabernakel. Nach einem Bericht der englischen Kirchenzeitung „Catholic Herald“ habe der aus Guinea/Westafrika stammende Kurienvertreter bei seinen Ausführungen den Eindruck erweckt, mit seinem Vorstoß im Auftrag von Papst Franziskus zu handeln.

Über das vatikanische Presseamt ließ Papst Franziskus dem Präfekten in einer Verlautbarung lapidar mitteilen, dass der unter Papst Paul VI. eingeführte neue Messritus weiterhin volle Gültigkeit habe und kein Priester zur Zelebration „ad orientem“ verpflichtet sei.

Kolumbien: Friedensnobelpreis für Präsident Santos

Für seine unermüdlichen Bemühungen um eine dauerhafte, historische Aussöhnung mit den FARC-Rebellen ist der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos mit dem diesjährigen Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden.

Santos hatte seit Beginn seiner Amtszeit im August 2010 keinen Zweifel daran gelassen, dass er sich für einen Friedensschluss in dem seit 50 Jahren geführten blutigen Bürgerkrieg zwischen den revolutionären FARC-Streitkräften auf der einen und dem Interessenbündnis von Regierungstruppen und Großfarmer-Milizen auf der anderen Seite einsetzen werde. Mehr

als 220.000 Menschen waren während des Konflikts zu Tode gekommen. Wenigstens 3 Millionen Kolumbianer mussten aus ihren angestammten Heimatprovinzen flüchten.

Einen vorläufigen Rückschlag erlitt der Friedensprozess, in welchem der Vatikan eine wichtige Mittlerrolle spielte, als die Kolumbianer Anfang Oktober 2016 per Referendum mit einer hauchdünnen Mehrheit von nur 50,23 Prozent gegen eine Einigung mit der FARC stimmten. Präsident Santos erklärte, dass der Friedensschluss weiterhin oberstes Verhandlungsziel sei.

Wien: Richtungweisendes Gender-Symposium

Im Rahmen eines Gender-Symposiums, das im September 2016 in Wien stattfand, hat sich der österreichische Theologe und Ethiker Gunter Prüller-Jagenteufel entschieden gegen den Vorwurf gewandt, das kritische Hinterfragen von Geschlechterrollenvorgaben sei mit einem ideologisch motivierten Angriff auf christlich-abendländische Werte und Institutionen gleichzusetzen. Der in kirchlichen Kreisen weit verbreitete „Anti-Genderismus“, so der Wissenschaftler, unterstelle der Gender-Bewegung „marxistische Absichten der Gleichmacherei“, bei der es einzig und allein darum gehe, das Geschlecht als ein „bloß soziales Konstrukt“ zu definieren, heterosexuelle

Paarbeziehungen aufzulösen und die traditionelle Familie zu zerstören.

Das Wiener Symposium mit katholischen und protestantischen Vortragenden aus dem deutschsprachigen und osteuropäischen Raum sowie aus den Niederlanden und den USA, fand im Rahmen eines auf drei Jahre anberaumten weltweiten Forschungsprojektes statt, das zu einer effektiven Gleichberechtigung unter den Geschlechtern beitragen möchte.

Trauer um Jörg Zink

Am 8. September 2016 starb in Stuttgart Jörg Zink, einer der angesehensten evangelischen Buch- und Fernsehautoren der jüngeren Gegenwart. Der Theologe und Publizist galt weit über seine eigene Glaubensgemeinschaft hinaus als leidenschaftlicher und kompetenter Interpret der Bibel. Zink, der 93 Jahre alt wurde, ging in seinen famosen Kirchentagsreden sowie in dem von ihm immer wieder gesprochenen „Wort zum Sonntag“ oft den Ursachen menschlicher Zerwürfnisse nach. Wie kaum ein anderer Seelsorger schaute er den Menschen in die Seele und spendete Trost. Er vermittelte unermüdlich zwischen den ökumenischen Fronten. Er heilte Wunden, die jüdische und palästinensische Freunde in Nahost einander schlugen. Er war für

Tausende von Flüchtlingen, die er im Namen seiner Kirche betreute, ein stets ansprechbarer Helfer in der Not, und gehörte als evangelischer Bundespräsident für Jugendliche zu den beliebtesten kirchlichen Ansprechpartnern für junge Menschen.

Der streitbare Theologe Jörg Zink war nach eigenem Bekunden „heilfroh“, dreimal ein glattes Nein über die Lippen gebracht zu haben, als ihn Freunde drängten, sich fürs Bischofsamt in der Evangelischen Kirche zu bewerben. „Da hätte es mir einfach an der nötigen Geduld und dem erforderlichen

diplomatischen Geschick gefehlt“, erklärte er immer.

Schwul durch „negative Einflüsse“?

Kardinal Oscar Andres Rodriguez Maradiaga aus Honduras, Vorsitzender des Kardinalrats von Papst Franziskus, hat bei einer Diskussion mit Schülern in Münster die These vertreten, dass kein Mensch homosexuell geboren werde. "Jeder wird als Mann oder Frau geboren, um den anderen zu lieben – das ist Gottes Plan", so der Honduraner. Homosexualität entstehe

erst durch negative Einflüsse in jungen Lebensjahren – durch sexuellen Missbrauch zum Beispiel, durch Vernachlässigung oder durch Pornografie, zitiert das Internet-Portal des Bistums Münster den Kardinal.

Bezüglich der Forderung nach einer baldigen „Priesterweihe für Frauen“ gab Maradiaga bei der Diskussionsrunde zu bedenken: "Wenn Gott gewollt hätte, dass Frauen Priesterinnen werden, dann hätte er die Gottesmutter Maria, die heiligste aller Frauen, zur ersten Priesterin gemacht."

Fundsachen

Lichtjahre

Ein typischer, mit bloßem Auge sichtbarer Stern ist durchschnittlich 100 Lichtjahre von der Erde entfernt. Von welcher Distanz hierbei die Rede ist, lässt sich nur „erahnen“, wenn wir daran erinnern, dass das Licht 299.972 Kilometer pro Sekunde zurücklegt. In seinem Buch „Die Wunder des Nachthimmels“ (Verlag Piper, 1999) sagt der amerikanische Astronom Bob Berman: „Wenn Sie also Ihre Besorgungen in Lichtgeschwindigkeit erledigen könnten, würden Sie in einer einzigen Sekunde dreißigmal zwischen New York und Kalifornien hin- und herreisen.“

Der Simulant

Krankenschwester zum Arzt: „Der Simulant in Zimmer 261 ist vor 5 Minuten gestorben!“ Arzt: „Diesmal ist er zu weit gegangen!“

Zum Spottpreis

Bis 1803 hatte niemand damit gerechnet, dass die USA einmal mit einer Fläche von 9,82 Millionen Quadratkilometern das drittgrößte Land der Erde sein würden. Die wunderbare Landvermehrung begann mit dem sogenannten „Louisiana Purchase“, als die US-Regierung 1803 den Franzosen das gesamte Mississippibecken zum Spottpreis von 15 Millionen US-Dollar abkaufte und das nationale Territorium verdoppelte. Dann ging’s mit den Landkäufen und Landnahmen Schlag auf Schlag: 1819 kauft man Florida (einschließlich der Pazifikküste nördlich des 42. Breitengrades) den Spaniern ab. 1845/46 „überlässt“ Mexiko den USA Texas. 1867 kauft man für 7,2 Millionen US-Dollar Alaska von den Russen.

Quelle: Tim Marshall: Die Macht der Geographie. Dtv. 2015

Vom alten Baobab

Entwurzelt, so sagt man, entwurzelt hätten sie uns, hätten uns Erde, Sprache und Götter genommen.

Manchmal, so muss ich gestehen,
glaubte ich ihren verächtlichen Reden.
Doch vom Baobab,
der seit ewigen Zeiten am Dorfrand steht,
ließ ich mir dann die Augen öffnen:
Bruder, so hört ich ihn fragen,
haben die Fremden jemals vermocht,
mich aus dem heiligen Boden unserer
Ahnen zu reißen?
Haben sie jemals mit ihren Armen
meinen mächtigen Stamm umschlossen?
Vom alten Baobab weiß ich nun ganz
gewiss:
Unsere Wurzeln sind tiefer, viel tiefer
als von törichten Fremden jemals
vermutet.

Aus Ostafrika

Fußnote

Als Fußnote für die im Mai 2015
veröffentlichte Umwelt-Enzyklika „Laudato
Si“ von Papst Franziskus könnte folgende
Kurznachricht vom letzten Monat
nachgereicht werden: In Deutschland
haben 750 von 1000 Einwohnern ein
Auto, in China 70 von 1000 und in Indien
20 von 1000.

Steinreich

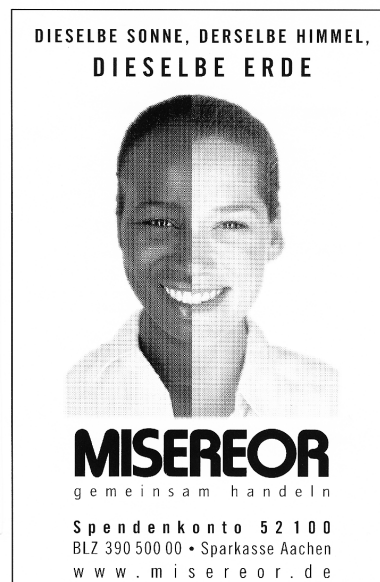
Das Vermögen der 500 reichsten
Deutschen ist in den vergangenen 12
Monaten um 5,9 Prozent auf 692,25
Milliarden Euro angewachsen. Gemäß den
zuletzt veröffentlichten Statistiken dürfen
sich vier deutsche Bistümer zum Klub der
Steinreichen, d.h. zum Kreis der knapp
über 100 Milliardäre der BRD rechnen:
München-Freising mit 5,5 Milliarden
Euro; Paderborn mit 4,0 Milliarden Euro;
Köln mit 3,4 Milliarden Euro und Limburg
mit 1,0 Milliarde Euro.

Der Glaube ohne Werke

„Zwar ist Luthers Schisma noch lange
nicht, wie die Katholiken oft sagen, die
Grundursache des deutschen Elends, aber
sie ist sein schreiendstes Symptom. Man
strebt zum Geistigsten und endet bei den
Kanonen. Man verlegt das Gebet ins

Kämmerlein, verwirft die guten Werke und
rutscht verantwortungslos in alle Höllen,
gegen die man Fels und Widerstand sein
sollte.“

Aus einem Brief des Pastorensohns und
Schriftstellers Hermann Hesse



Vorbildlich

Eine Scheibe abschneiden, so meinte dieser Tage ein kirchenfreundlicher Plog-Schreiber, könnten sich die Finanzmanager des Vatikans von der Unternehmenspolitik der Genossenschaftsbanken, welche von sich behaupten: „Wir machen nur Geschäfte, die wir können, mit Leuten, die wir kennen.“

Herkules-Arbeit

Mit großem Erfolg schlüpft der aus Schongau stammende ur-bayerische Kabarettist Helmut Schleich immer wieder in die Rolle prominenter Zeitgenossen.

Als Kardinal Marx brüstet er sich: „Jetzt haben wir Franziskus schon so weit, dass er Gemüsesuppe isst.“

Als Königin Elisabeth, welche missverstanden hatte, dass der aus Bayern (Buy Ann) stammende Interviewer ihre Tochter kaufen wolle, macht er das Angebot: „Sie können die ganze königliche Familie im Paket bekommen. Prinz Philipp kriegen sie gratis.“

Als Papst Benedikt klagt er bitterlich: „Alle jubeln, dass Papst Franziskus die Kirche jetzt wieder aus der Krise rausführt. Kann man wirklich so schnell vergessen, welche Herkules-Arbeit es für mich war, die Kirche in die Krise hineinzuführen?!“

Irrenhäuser

In ihrem schockierenden TV-Dokumentarfilm „Behind the Walls“ stellt die 2012 verstorbene irische Journalistin Mary Raftery summarisch fest, dass in ihrer katholisch geprägten Heimat in den Jahren zwischen 1940 und 1950 prozentual mehr Menschen in staatlichen Irrenhäusern weggesperrt waren („We branded people lunatics!“) als zu Stalins Zeiten in der Sowjetunion.

Ins Stammbuch

Trotz der immer wieder aufflammenden Debatten um den Ausbau und die Reform des Erziehungswesens gilt in dem zur westafrikanischen Goldküste zählenden

Ghana noch immer die alte Weisheit: „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind großzuziehen.“

PTSD

In den USA begehen jeden Tag durchschnittlich 18 Kriegsveteranen Selbstmord - 6500 pro Jahr. Ein Drittel der knapp 270000 Irak- und Afghanistan-Kriegsveteranen leiden an PTSD – Post Traumatic Stress Disorder.

Seelenzöpfe

Zum frühen Brauchtum rund um die Feiertage Allerheiligen/Allerseelen gehört in vielen Regionen des deutschsprachigen Raumes noch immer das sogenannte „Seelen-Gebäck“ – der Seelenzopf, der Seelenwecken und das Seelenbrot.

Wenn man die Teigwaren dazumal Patenkindern überreichte, war damit der Wunsch verbunden, dass selbigen durch das Gebäck jene Kraft zukomme, die „Leib und Seele zusammenhält“.

Und wenn man sie an Arme und an bedürftige Mönche verschenkte, konnte man sicher sein, dass man mit jedem empfangenen „Vergelt´s Gott“ eine „arme Seele“ aus den läuternden Flammen des Fegefeuers gerettet hatte.

Militante Glaubenskrieger

Fundamentalistische, freikirchliche Missionare aus den USA und aus Deutschland standen Mitte des 19. Jahrhunderts in China Pate für einen der grausamsten neuzeitlichen Religionskriege. Sie inspirierten Hong Xiuquan bei der Gründung der Reformbewegung „Taiping Tianguo“ (eines christlichen „Himmelreiches des vollkommenen Friedens“).

Hunderttausende von Glaubenskrieger wurden in den religiös motivierten Kreuzzug gegen die mandschurische Besatzungsmacht der Qing-Dynastie geschickt. Als die aufständischen Fanatiker 1864 in Nanking von den Qing-Truppen entscheidend geschlagen wurden, hatten rund 30 Millionen Menschen den Tod gefunden.

Vgl. ZEIT-Artikel „Gottes zweiter Sohn“, 2.12.2010

In dieser harten Zeit

Vor genau 40 Jahren wurde der geniale Liedermacher und Schauspieler Wolf Biermann wegen seiner scharfen Kritik am SED-Regime aus der ehemaligen DDR ausgebürgert. Am 15. November 2016 feierte Biermann seinen 80. Geburtstag. Unter dem Titel „Ermutigung“ schrieb der Barde in den 1960-er Jahren:

Du, lass Dich nicht verhärten
In dieser harten Zeit -
die allzu hart sind, brechen
die allzu spitz sind, stechen
und brechen ab sogleich
und brechen ab sogleich.

Gebet für Dschihadisten

In der Zeit der Wallfahrt nach Mekka, zu welcher gerade in diesen Tagen Millionen von Muslimen aufgebrochen sind, wird auf das Gebet in Sure 1 deutlich hingewiesen. Abdurrahman ibn Abdulaziz as-Sudai ist der Imam der bedeutendsten Moschee des Islam. Im Vorhof dieser Moschee steht die Kaaba mit dem Meteoriten. Der Imam studierte Islamwissenschaft in Mekka und gilt für die sunnitischen Muslime als bedeutender Interpret des Koran.

In einem als „Gebet“ bezeichneten Teil seiner Predigt ließ er über 800.000 Pilger aus der ganzen Welt wissen, was an die Sure 1 erinnert und sie interpretiert:

„Oh Allah, schenke Sieg, Ehre und Macht unseren Brüdern, den Dschihadisten im Jemen, in Syrien, im Irak, auf der ganzen Welt. Lass sie triumphieren über die verräterischen Juden, die bössartigen Christen und die unzuverlässigen Heuchler.“

(BPE (Bürgerbewegung Pax Europa) Info: Eine aktuelle Predigt in Mekka, 22.09.16)

Helfen zur Selbsthilfe

www.misereor.de

MISEREOR
● DAS HILFSWERK

Die Glosse

Rauschheim an Christkönig 2016

Lieber Joseph,

weißt Du, ab wann ich zur Kirch auf Distanz gegangen bin? Das war, wie damals die Pastöre von der Kanzel herunter die Kirchgänger vor Bundestagswahlen aufgefordert haben: "Ihr seid Christen und im Gewissen verpflichtet, christlich zu wählen", also die CSU. Was dann in mir als Gewerkschafter und SPD-Mann an Wut hochkam, kannst Du Dir als CSU-Mitglied kaum vorstellen. Mir ist das ein lebenslanges Trauma geblieben. Den Prediger im Gottesdienst offen und direkt zur Rede zu stellen, wär damals ein heftiger Skandal geworden. Du hättest Dich mit einem solchen Auftritt bei uns im Dorf zum totalen Außenseiter gemacht, neben den sich der Kirchgänger nicht einmal mehr auf dem Fußballplatz gestellt hätten.

Und jetzt, wo ich älter geworden bin, geht mir auf, dass ich trotz allem immer noch dert, weil in dem Fall die Christgläubigen in die irriige Meinung geraten hätten, ein mikriger Laiengottesdienst könnte eine heilige Priestermesse ersetzen. Um diese Irrlehre zu bekämpfen verordnet uns Rauschheimern dem Bischof seine Behörde das Folgende: „Am Sonntag besser eine leere Kirche als wie einen Laiengottesdienst darin!“ Sowas schafft Verdruss, sag ich Dir. Bedenk mal, die genannte Truppe hält seit elf Jahren jeden Mittwoch im Pfarrhaus ihren Wortgottesdienst mit einem Kreis von 30 älteren Leuten. Das ist nur erlaubt, weil ein Mittwochsgottesdienst nicht in Konkurrenz zu einer Sonntagsmesse geraten kann.

Bis zum Stammtisch am Donnerstag

Dein Freund Sepp.

P.S.: Joseph, vielleicht hat der neue Bischof von Aachen, er heißt Dieser, den Speck gefunden, mit dem man Mäuse

an der Kirch hänge. Mir machts zu schaffen, wenn ich gelegentlich die Sonntagsmess besuche und seh, wies mit der Kirch bergab geht: Wenig Messbesucher und die sitzen noch weit weg vom Altar, die Männer hinten unter der Empore, als wie wenn sie vorm Priester auf möglichst große Distanz geflüchtet wären. Jugendliche sind überhaupt keine da. In der Gewerkschaft täten wir uns bei dem Mitgliederschwund fragen, wie soll das weitergehen? Und dann schlussfolgern: Wir können einpacken!

Joseph, ich glaub die Hierarchen fahren das Schiff der Kirche an die Kaimauer. In unserer Diözese seh ich niemand, der wo sich gegen die kommende Katastrophe stemmt, abgesehen von ein paar Laien, aber die haben ja nichts zu sagen. Ein Beispiel: In Rauschheim haben wir - das weißt Du als verlässlicher Kirchgänger ja besser als wie ich- nur noch sporadisch eine Sonntagsmess. Drum wollten drei Religionslehrer, samt den Lektoren in der Pfarrei, um den Sonntag zu retten, anstatt der ausfallenden Mess, einen Wortgottesdienst halten. Das wurde von oben verhin-

fängt. Er hat einen alten „Kirchenschatz“ entdeckt, den er noch als Weihbischof von Trier in einer Handreichung unter den Diözesanen verteilen ließ. Dadrin offenbart er: Man könnte gegen eine kleine fromme Leistung (Beichte und Kommunion, 6 Vater unser, 6 Gegrüßet seist du Maria und 6 Ehre sei dem Vater) einen vollkommenen

Ablass gewinnen. Damit würdest Du, Luther hin oder her, deine Sündenstrafen los, und Du könntest damit auf der Stelle auch Deine im Fegfeuer schmachtende Verwandtschaft von ihrem Leiden befreien und schnurstraks in den Himmel befördern. Diese „Gnadengabe“ hält der schlitzohrige Bischof Dieser wohl bei der Werbung von neuen oder ehemaligen Kirchenmitgliedern hervorragend einsetzbar. Um die Gnadengabe des Ablasses zu bekommen, müssten sie selbstverständlich ihre Bindung an die Kirche kräftig befeuern, sonntags wieder zur Messe gehen, das „Geschenk des Bußsakramentes“, also der Beichte, eifrig

nutzen, jedenfalls ihre Kirchensteuern zahlen.

Die Redaktion sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von "imprimatur" danken zum Jahresende 2016 allen Leserinnen und Lesern für ihre Treue und Verbundenheit.



Wir wünschen Ihnen, liebe Freundinnen und Freunde, besinnliche und erholsame Advents- und Weihnachtstage sowie ein gutes und gesundes Jahr 2017!

